

— Zwanzigster Jahrgang. —

Nr. 6.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

für die Zeit vom 3. bis 9. Februar 1911.

Posen, den 14. Februar 1911.

Aus der Provinz Posen.

Verband der polnischen kaufmännischen Vereine im Deutschen Reiche.

Die Anregung zur Gründung des Verbandes polnischer kaufmännischer Vereine ging von dem Vorstande des Vereins der Kaufleute und der kaufmännischen Jugend in Hohenjalsa im Jahre 1903 aus. In der Grauden er polnischen Zeitung ist von dem vorerwähnten Vereine ein Aufruf veröffentlicht worden, in dem alle Brudervereine gebeten wurden, ihre Adressen anzugeben, weil es sich um eine wichtige Sache des ganzen polnischen Kaufmannsstandes handele. In dem in der polnischen Presse bekannt gegebenen Satzungsentwurfe ist insbesondere darauf hingewiesen worden, daß der Verband nach Möglichkeit Rechtsbelehrungen erteilen und nach Kräften durch die polnische Fraktion auf die Gesetzgebung einwirken wolle, welche das Interesse der gesamten Kaufmannschaft betrifft, er solle bei der Vermittlung des Wareneinkaufs für die Verbandsmitglieder möglichst die bereits bestehenden polnischen Quellen berücksichtigen und ebenso darauf einwirken, daß neue polnische Aktienfabriken und Importhäuser (en gros) im Verhältnis zum Bedarf der polnischen Kaufleute ins Leben gerufen würden.

Die endgültige Gründung des Verbandes, dem gegenwärtig 28 Vereinen mit 791 Mitgliedern angehören, erfolgte am 23. Oktober 1904 in Hohenjalsa.

Nach § 4 der ursprünglichen Satzungen setzt sich der Verband aus polnischen im deutschen Reiche bestehenden kaufmännischen Vereinen zusammen. Obwohl in den später geänderten Satzungen auf Anraten des Verbandsyndikus das Wort „polnischen“ weggelassen wurde, besteht der Verband in der Tat nur aus polnischen kaufmännischen Vereinen, er nimmt auch nur aus Polen bestehende Vereine auf; nur dem Interesse des polnischen Elements will er also dienen. Sein Bestreben ist demnach ein einseitiges; es ist nicht darauf gerichtet, den Handel im allgemeinen zu fördern, sondern er setzt sich das Ziel, ausschließlich die polnische Erwerbsfähigkeit auf diesem Gebiete zu heben und die polnischen Kaufleute in den Stand zu setzen, sich im wirtschaftlichen Konkurrenzkampfe neben und gegenüber dem deutschen Erwerbsleben zu behaupten.

Im Lichte des § 4 der Satzungen kennzeichnet sich die Verbandsarbeit im innerlichen Gegensatz zu der in diesem Paragraphen enthaltenen weiteren Bestimmung,

daß Vereine, welche sich mit Politik befassen, dem Verbande nicht angehören können, als beflissen, das polnische Element im Gegensatz und auf Kosten der Deutschen auf wirtschaftlichem Gebiete vorwärts zu bringen. Betrachtet man die Verbandstätigkeit von diesem Gesichtspunkte aus, so erhellt, daß der Verband, und somit auch die ihm angeschlossenen Vereine, nicht bloß in volkswirtschaftlicher Hinsicht auf den sozialen Werdegang Einfluß ausüben will, sondern daß er geradezu nationalpolitische Bedeutung besitzt.

Die Satzungen des Verbandes lauten wie folgt:

Satzungen

des kaufmännischen Verbandes für das Deutsche Reich.

Name, Sitz und Zweck des Verbandes.

§ 1.

Der Name des Verbandes lautet: Kaufmännischer Verband für das Deutsche Reich.

§ 2.

Der Sitz des Verbandes ist die Stadt, in welcher sich das Bureau des jeweiligen Vorstandes befindet.

§ 3.

Der Zweck des Verbandes ist

- a) die Zusammenschließung der bereits bestehenden kaufmännischen Vereine und der Kaufleute überhaupt in einen Berufsverband;
- b) die Gründung neuer kaufmännischer Vereine, bzw. die Aufnahme einzelner Kaufleute als Mitglieder;
- c) die Unterstützung der Verbandsvereine und des Kaufmannsstandes im allgemeinen durch Rat und Tat in ihren Bemühungen um die moralische und materielle Hebung des Kaufmannsstandes durch:
 1. Erteilung von Informationen und Fingerzeigen mit Hilfe des Verbandsorgans Kupiec,
 2. das Sichbefassen mit den Wahlen zu den Handelskammern und Kaufmannsgerichten,
 3. Einrichtung von Informationsbureaus in den einzelnen Vereinen für Kreditgewährende, sowie eines Bureaus für Stellennachweis und für Orte, die sich zur Etablierung eignen. Wo es keinen Verein gibt, sollen Vertrauensmänner gewählt werden;
 4. Ergründung der Meinung in Angelegenheiten, welche die Kaufmannschaft oder einzelne Branchen betreffen und Schutz der Interessen der Kaufmannschaft im allgemeinen,
 5. Veranstaltung allgemeiner kaufmännischer Zusammenkünfte oder solcher für einzelne Branchen,

welche das gegenseitige Sichinformieren und einheitliche Zusammenwirken in den Lebensfragen bezwecken.

Organisation.

§ 4.

Der Verband besteht aus kaufmännischen im deutschen Reiche bestehenden Vereinen, sowie aus einzelnen dem Kaufmannsstande angehörenden Mitgliedern; mit politischen und religiösen Angelegenheiten befaßt sich der Verband nicht, nur dem kaufmännischen Berufe soll er dienen.

§ 5.

Die Organe des Verbandes sind: der Vorstand und die Generalversammlung.

Der Vorstand.

§ 6.

Der Vorstand besteht aus neun Mitgliedern und zwar: aus dem Vorsitzenden und seinem Stellvertreter, dem Schriftführer und seinem Stellvertreter, dem Kassierer, drei Beiräten und dem Syndikus. Der Vorsitzende, Schriftführer und Kassierer bilden das Bureau des Vorstandes des Verbandes und wohnen in dem Orte des Sitzes des Verbandes.

§ 7.

Die Mitglieder des Vorstandes wählt die Generalversammlung durch Zettel mit absoluter Stimmenmehrheit auf drei Jahre. Scheidet ein Vorstandsmitglied aus, so steht dem Vorstande das Kooptationsrecht zu; die Kooptation wird durch die nächste Generalversammlung bestätigt.

§ 8.

Der Vorstand erledigt die Verbandsangelegenheiten und führt die Beschlüsse der Generalversammlung aus. Der Vorstand hat nach Bedarf, jedoch mindestens einmal im Jahre eine Generalversammlung einzuberufen und erstattet den Jahresbericht über seine Tätigkeit,

er nimmt neue Vereine und einzelne Kaufleute in den Verband auf, teilt den Verband in Bezirke, kontrolliert die Tätigkeit der einzelnen Vereine im Sinne des Reglements, verwaltet das Vermögen des Verbandes und ist für dasselbe den Vorstandsmitgliedern gegenüber verantwortlich.

§ 9.

Zur Beschlußfassung und Kooptation ist die Anwesenheit von mindestens fünf Vorstandsmitgliedern des Verbandes erforderlich. Die Beschlüsse werden mit Stimmenmehrheit gefaßt; bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Die Kooptation erfolgt durch geheime Zettelwahl; bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

§ 10.

Der Vorsitzende und dessen Stellvertreter öffnen sämtliche Korrespondenzen und Eingaben an den Verband, erteilen die nötigen Zahlungsanweisungen an die Kasse und haben das Recht, jeder Zeit die Kasse zu revidieren.

§ 11.

Der Schriftführer oder dessen Stellvertreter erledigt die Korrespondenzen und unterschreibt mit dem Vorsitzenden sämtliche Briefe und Aufrufe des Verbandes.

§ 12.

Der Kassierer zieht sämtliche Beiträge von den Verbandsvereinen und den einzelnen Mitgliedern ein; er leistet sämtliche Zahlungen laut Anweisung des Vorsitzenden und ist verpflichtet, auf jedesmaliges Verlangen des Vorsitzenden oder der Revisionskommission die Kasse revidieren zu lassen, auch alljährlich in der Generalversammlung die Bilanz vorzulegen.

§ 13.

Der Syndikus vertritt den Verband gegenüber den Behörden.

Die Generalversammlung.

§ 14.

Die Generalversammlung findet alljährlich im März abwechselnd in verschiedenen Ortschaften statt. Dem Vorstande steht das Recht zu, eine Generalversammlung zu jeder Zeit einzuberufen; er ist verpflichtet, dies innerhalb zwei Wochen zu tun, wenn mindestens $\frac{1}{4}$ der Mitglieder unter Angabe der Gründe solches verlangt.

§ 15.

Die Generalversammlung bestimmt über die den Verband angehenden Angelegenheiten und wählt bzw. bestätigt die Vorstandsmitglieder; sie entscheidet über die Aufnahme neuer Vereine und einzelner Mitglieder in den Verband und hat das Recht, Vereine und Mitglieder, die ihre Pflichten nicht erfüllen, auszuschließen. Freiwillig auscheidende oder durch die Generalversammlung ausgeschlossene Vereine, oder in Konkurs geratene einzelne Mitglieder verlieren das Anrecht auf das Vermögen des Verbandes.

§ 16.

Die Beschlüsse werden mit Stimmenmehrheit gefaßt, bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

§ 17.

Jeder Verein wird durch einen Delegierten vertreten. Das einzelne Mitglied des Verbandes hat eine Stimme. Gäste aus dem Kaufmannsstande haben nur beratende Stimme.

Den Vorsitz in der Generalversammlung führt der Verbandsvorsitzende; die Mitglieder des Vorstandes haben nur beratende Stimme. Ein Mitglied des Verbandsvorstandes kann nicht Delegierter des Vereins sein.

§ 18.

Die Revisionskommission besteht aus drei Mitgliedern, die alljährlich in der Generalversammlung gewählt werden; Neuwahl der ganzen Revisionskommission ist nicht zulässig.

Satzungsänderungen und Auflösung des Verbandes.

§ 19.

Über Änderungen der Satzungen und über die Auflösung des Verbandes kann nur die Generalversammlung beschließen.

Jegliche Anträge der Verbandsvereine und der einzelnen Mitglieder müssen dem Vorstande schriftlich wenigstens vier Wochen vor der Generalversammlung eingereicht werden; der Vorstand muß sie spätestens zwei Wochen vor der Generalversammlung im Verbandsorgan bekannt geben. Dasselbe betrifft die seitens des Verbandsvorstandes gestellten Anträge.

§ 20.

Im Falle der Auflösung des Verbandes verfügt über das Verbandsvermögen die Generalversammlung; im Falle der Unmöglichkeit der Einberufung der Generalversammlung verfügen über das Vermögen die Personen, die dem lektweisigen Vorstande angehören.

§ 21.

Zur Änderung der Satzungen ist eine Mehrheit von $\frac{2}{3}$ der Anwesenden, zur Auflösung des Verbandes eine solche von $\frac{3}{4}$ der Anwesenden erforderlich.

§ 22.

Organ des Verbandes ist die in Posen erscheinende Zeitschrift „Kupiec“.

Angenommen in der allgemeinen kaufmännischen
Versammlung in Gnesen am 16. Juni 1907.

Der Vorstand.

A. Jafubowski, Vorsitzender;
W. Dzowski, stellvertretender Vorsitzender;
T. Lipczynski, Schriftführer;
B. Sinda, stellvertretender Schriftführer;
W. Piechocki, Kassierer;
Dr. jur. W. von Swinarski, Syndikus;
A. Antojkiewicz, K. Gonsowski,
St. Piskorski, Beiräte.

Reglement

für die Vereine und einzelnen Mitglieder des Verbandes.

§ 1.

Jeder kaufmännische Verein und jeder einzelne
Kaufmann, der dem Verbands beiträgt, hat an die
Verbandskasse zu entrichten:

- a) der kaufmännische Verein für jedes Mitglied
50 Pfg. Beitrittsgeld, außerdem für jedes Mitglied
einen Jahresbeitrag von 50 Pfg.,
- b) der einzelne als Mitglied beitretende Kaufmann
3 M. Eintrittsgeld und einen Jahresbeitrag von
6 M.

§ 2.

Die Jahresbeiträge müssen an die Verbandskasse
spätestens 3 Monate nach dem Beitritte zum Verbands-
das Eintrittsgeld unmittelbar nach der Aufnahme
entrichtet werden.

Vereine oder einzelne Mitglieder, welche die
Jahresbeiträge nicht regelmäßig bezahlen, können auf
Antrag des Verbandsvorstandes nach vorhergegangener
zweimaliger schriftlicher Erinnerung durch die General-
versammlung aus dem Verbands ausgeschlossen werden.
So lange Vereine oder einzelne Mitglieder das Ein-
trittsgeld nicht entrichtet haben, können sie dem Ver-
bands nicht angehören.

§ 3.

Das Vereinsjahr beginnt am 1. Januar, dieser
Tag ist für die Vereine maßgebend für die Zahl der
Mitglieder, für die jeder Verein die Jahresbeiträge
zu zahlen hat.

§ 4.

Alljährlich, spätestens bis zum 15. Februar, muß
jeder Verein dem Verbandsvorstande den Jahresbericht
über seine Tätigkeit einreichen; dieser Bericht muß
enthalten: die Namen der Mitglieder, der Delegierten
und ihrer Vertreter, die für das laufende Jahr gewählt
worden sind.

§ 5.

Jeder Verbandsverein und jedes dem Verbands-
angehörnde einzelne Mitglied muß dem Verbands-
vorstande alle von ihm geforderten Auskünfte geben,
sie müssen nach Möglichkeit gemäß der ihnen erteilten
Weisungen handeln und auch durch entsprechende
Delegationen an den kaufmännischen Versammlungen
teilnehmen.

§ 6.

Jeder Verein und jedes einzelne Mitglied genießen
die aus den Einrichtungen des Verbandes sich ergebenden
Vorteile in vollem Umfange.

20 Mitglieder eines Vereins, die den Jahresbeitrag
für das verflossene Jahr entrichtet haben, werden durch
einen Delegierten vertreten. Einzelne Mitglieder des
Verbandes haben je eine Stimme. Die Generalver-
sammlungen werden in Gemäßheit des § 14 der Satzungen
alljährlich im März abgehalten.

§ 7.

Vereine oder einzelne Mitglieder, die aus dem
Verbands ausscheiden wollen, müssen den Verbands-
vorstand spätestens 3 Monate vor Ablauf des Vereins-
jahres von ihrer Absicht schriftlich in Kenntnis setzen.

§ 8.

Auf schriftliches Verlangen, unter Angabe der
Gründe, von mindestens $\frac{1}{4}$ der Mitglieder muß der
Verbandsvorstand spätestens binnen 14 Tagen eine
außergewöhnliche Generalversammlung einberufen.

Der Vorstand

des kaufmännischen Verbandes.

Aus Nr. 27 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 2. Februar 1911:

In der gestrigen Sitzung der polnischen Landtags-
fraktion wählte man zum Vorsitzenden an Stelle des
verstorbenen Prälaten Dr. v. Jazdzewski den Abgeord-
neten Dr. Mizerski, zum zweiten Vizevorsitzenden den
Abgeordneten von Sas Jaworski. Erster Vizevorsitzender
ist, wie bekannt, das Herrenhausmitglied Herr Kasimir
von Chlapowski. In die Reichstagskommission berief
man ebenfalls an Stelle des verstorbenen Prälaten
Dr. v. Jazdzewski den Abgeordneten Dr. von Niegolewski.

Aus Nr. 27 des Wielkopolanin (Posen)

vom 4. Februar 1911:

Die künftigen Reichstagswahlen.

Die deutschen Parteien rüsten sich schon. In
deutschen Tageszeitungen lesen wir, daß die Parteien
sich untereinander verständigen, daß die Wahlkomitees
und die Parteiführer nach Kandidaten Ausschau halten —
mit einem Wort, die deutsche Volksgesamtheit rüstet
sich zum Wahlkampf, der zweifelsohne sehr lebhaft
sein wird.

Bei uns hört man noch nichts von Wahlvor-
bereitungen. Es ist möglich, daß die wachsam National-
demokraten sich in aller Stille versammeln — doch wir
wissen darüber nichts genaues.

Und doch wäre es gut, die Sachlage zu übersehen.

Vor allen Dingen geht es darum, festzustellen,
worum es bei den künftigen Wahlen
bei den Deutschen und worum es bei
uns gehen wird.

Wir wissen es, daß die Sozialdemokraten bei den
letzten Reichstagswahlen eine große Niederlage erlitten
und fast die Hälfte ihrer Mandate verloren haben.

Das war ein Triumph Bülow's, doch wie alle dessen
Triumphe von kurzer Dauer. Der gegen das Z e n t r u m
geführte Hauptschlag prallte an dessen starker Organi-
sation wirkungslos ab; das Zentrum hat an Kraft nicht
nur nichts verloren, sondern im Gegenteil, es zog ver-
stärkt ins neue Parlament ein.

Doch auch die Sozialdemokraten erholen sich langsam
von der Niederlage. In Deutschland haben sich die
Verhältnisse so gestaltet, daß die Sozialdemokratie volle
Hoffnung hegt, bei den nächsten Wahlen ihre Nieder-
lage wieder wett zu machen. Sie strengt auch alle Kräfte
an, um die verloren gegangenen Mandate wieder zu
erhalten und noch neue dazu zu gewinnen. Andererseits
werden die konservativen Parteien, überhaupt alle
jogenannten bürgerlichen Parteien, die Sozialdemo-
kraten bekämpfen — doch es ist nicht ausgeschlossen,
daß die Sozialdemokraten in einzelnen Fällen von
den Freisinnigen unterstützt werden, wenn es um die
Entreißung eines konservativen Mandats gehen wird.

Was uns anbetrifft, so bestehen darüber keinerlei Zweifel, daß auch wir gegen die Sozialdemokraten uns erklären und gegebenenfalls einen Zentrums kandidaten gegen einen solchen der sozialdemokratischen Partei unterstützen werden, und wenn es um andere deutsche Parteien gehen wird, so werden wir uns vermutlich der Stimmenabgabe enthalten.

Doch das ist noch nicht alles.

Wir wissen, daß der künftige Reichstag über die künftigen Handelsverträge und auch über die Agrarschutzzölle entscheiden wird.

In Deutschland wird der Kampf unter der Parole geführt werden: für oder gegen die Sozialdemokratie, für oder gegen die Zölle.

Für uns ist die Sache klar und wir erklären uns **gegen die Sozialdemokratie, aber für die Agrarschutzzölle.**

Diese Parolen müssen wir schon heute befestigen, sie uns gut merken, und das deswegen, weil die Nationaldemokraten in Sachen der Zölle eine direkte Erklärung ihrerseits vermeiden. Im Gegenteil — sie gehen einer Besprechung dieser Angelegenheit vorsichtig aus dem Wege und wollen jedenfalls nicht, daß diese Sache in den Vordergrund geschoben wird.

Dieses Gebaren gibt Anlaß zu dem Verdacht, daß die Nationaldemokraten willens sind, der toten Doktrin unsere vitalsten wirtschaftlichen Interessen zu opfern.

Dieses darf nicht zugegeben werden. Aus den zahlreichen Briefen, die wir in dieser Angelegenheit veröffentlicht haben, hat man sich überzeugen können, daß die ganze Volksgeamtheit für die Zölle ist. Wir brachten Briefe von Landleuten, Häuslern, Tagelöhnern und Dominialarbeitern — sie alle erklärten sich für die Zölle.

Aus anderen Kreisen erhielten wir kein Wort des Protestes, wir nehmen deshalb an, daß auch sie mit den vorherigen Ausführungen einverstanden sind.

Also die Volksgeamtheit ist für die Agrarzölle.

Daher können wir offen die Losung ausgeben, daß wir nur solche Abgeordneten wählen dürfen, welche sich als Anhänger der Agrarschutzzölle, dieses Erwerbszweiges, von welchem unsere ganze Existenz abhängt, erweisen.

Es versteht sich eigentlich von selbst, daß der Abgeordnete außer der Zusage, für die Agrarzölle zu stimmen auch noch diejenigen Eigenschaften besitzen muß, die wir im allgemeinen von unseren Abgeordneten verlangen.

Wir würden nicht solchen Nachdruck auf die Meinung unserer Abgeordneten in dieser wirtschaftlichen Frage legen, wenn uns nicht dazu folgende Ursachen zwingen:

Vermutlich kommen in den deutschen Reichstag eine große Anzahl sozialdemokratischer Abgeordneten, welche Zollgegner sind. Außerdem werden die Nationalliberalen und Freisinnigen sich verstärken, die Konserativen einige Sitze verlieren.

Die Freisinnigen und Nationalliberalen stehen in Diensten der Großindustrie und des Großkapitals, welches sich vorwiegend in jüdischer Hand befindet.

Diese Parteien werden bestrebt sein, die größten Vorteile für den Großhandel und die Kapitalisten zu Ungunsten der Landwirtschaft zu erringen.

Daher werden sie für Schutzzölle für die Großindustrie stimmen und bestrebt sein, die Agrarzölle herabzusetzen oder ganz zu beseitigen.

Die Sozialdemokraten sind bereit, sie teilweise zu unterstützen, um die Landwirtschaft ärmer zu machen,

denn nur ein verarmter Bauer und Arbeiter geben ein gutes Agitationsfeld ab.

Daher können unsere Abgeordneten in der Angelegenheit der Schutzzölle das Zünglein an der Waage bilden und sich für diese oder jene Seite entscheiden.

Wir wissen, daß in unserer Fraktion die „Solidarität“ verpflichtet, d. h. die Minorität muß so stimmen, wie es die Majorität beschlossen hat.

Diesen Grundsatz halten wir für gerecht.

Werden also in der polnischen Reichstagsfraktion Nationaldemokraten sitzen, die nach der Parteidoktrin Schutz Zollgegner sind, so kann es leicht geschehen, daß unsere Fraktion sich gegen die Agrarschutzzölle erklären wird.

Daher ist es für uns wichtig zu wissen, was unsere zukünftigen Abgeordneten über die Agrarzölle denken.

Es ist uns ferner bekannt, daß viele Abgeordnete ihr Mandate niederlegen wollen — wie z. B. die Abgeordneten: Czarinski, Rapieralski, Sas Javorski, Korfanty, Kulerski, Trzinski und mehrere Geistlichen aus Oberschlesien.

Unter den Ausscheidenden befinden sich Freunde wie Gegner der Zölle.

Es werden also in den Reichstag mehrere neue Abgeordnete einziehen — unsere Pflicht ist es, noch vor ihrer Wahl zu sondieren, was sie über die Schutzzölle denken.

Die Sache ist zu wichtig, als daß man über sie nicht offen sprechen sollte, und daß wir nicht sagen sollten, daß wir nur solche Abgeordneten wählen werden, die uns versprechen werden, für die Agrarschutzzölle einzutreten.

Die Angelegenheit ist zu wichtig, als daß wir in ihr nicht mit aller Entschiedenheit auftreten sollten.

Aus Nr. 30 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 7. Februar 1911:

In der neuesten Nummer des Przeglond Wielkopolski berührte man die Kandidatur des päpstlichen Kammerherrn Stefan Cegielski anstelle des verstorbenen Prälaten Jazdzewski. — Der im Przeglond Wielkopolski mit „Ern“ unterzeichnete Artikel führt aus, daß die polnische Fraktion sowohl des Land- als auch des Reichstags keine Abgeordneten mehr habe, der soviel Fühlung mit anderen deutschen Parteien und auch persönliche Sympathien besäße, wie dies beim verstorbenen Prälaten Jazdzewski der Fall gewesen sei. Der Artikelschreiber schlägt also vor, die beiden routinierten früheren Parlamentarier Romierowski und Cegielski zu wählen und hegt die Hoffnung, daß die beiden vorgeschlagenen Herren auch die Wahl nach Klärung der Sachlage wohl annehmen würden. — Indessen — fährt der Dziennik Poznański fort — erklärt Herr Cegielski durch unsere Vermittlung, daß er dem Autor des Artikels im Przeglond und allen denen, die ihn zum kandidieren aufmuntern, zwar sehr dankbar sei, daß er jedoch infolge Krankheit und Zeitmangel die Kandidatur gegenwärtig nicht annehmen könne.

Aus Nr. 3 des Kupiec (Posen)
vom 1. Februar 1911:

Unter der Spitzmarke
**„Über Abgeordnete aus Kaufmanns- und
Industriellenkreisen“**

schreibt der „Kupiec“ folgendes:

Ein Abgeordneter muß in den gesetzgebenden Kammern die Interessen der ganzen Gesamtheit verteidigen, ein Abgeordneter aus dem Kaufmannsstande kann demnach nicht ausschließlich die Interessen der Kaufleute wahren. Doch manche wichtigen Gründe sprechen dafür, daß unter unseren Abgeordneten wenigstens ein Kaufmann wäre. Im Reichstage wird doch über Sachen aus dem Gebiete des Handels und der Industrie gesprochen, man beschließt daselbst Gesetze, welche den Handel und die Industrie betreffen. Es ist daher in der polnischen Fraktion ein Fachmann erforderlich, der auf Grund eigener Erfahrung und Berufskennntnis unsere wirtschaftlichen Bedürfnisse genau kennen würde und wüßte, welchen Einfluß die betreffenden Gesetze besonders auf unsere Fabriken und Verhältnisse im Handel ausüben können. Ein Nichtfachmann hat nicht immer die nötigen Informationen bei der Hand. Außerdem würde die Wahl eines Abgeordneten aus dem Kaufmannsstande unter unseren Kaufleuten vielleicht das Interesse für öffentliche Angelegenheiten wecken, für die viele Gleichgültigkeit zeigen. Deshalb empfiehlt es sich, beizeiten die Agitation für die Wahl eines Kaufmanns oder Handwerkers in den Reichstag vorzubereiten.

Aus Nr. 28 des Orędownik (Posen)
vom 4. Februar 1911:

Kampfeslosungen.

Unsere Leser wissen wohl, welchen Standpunkt wir in Sachen der Agrarzölle einnehmen, der Zölle, welche am meisten zum Vorteil der Großgrundbesitzer hinauslaufen, weniger schon zum Vorteil der Kleinbauern und am wenigsten zum Nutzen der Arbeiter und der städtischen Bürger. Unseren Standpunkt haben wir mehrfach gekennzeichnet; wir erinnern nur an das, was wir anlässlich des Briefes eines früheren Demokraten, des Herrn v. Chlapowski-Bonikowo, geschrieben haben, der als erster in der „Gazeta Polska“ die Agrarzölle zur Kampfeslosung aufgeworfen wissen wollte. Unseren Standpunkt kennt einzig der „Więkopolanin“ nicht, was aus dem in der letzten Nummer dieses konservativen Blattes enthaltenen Artikel hervorgeht.

Der Artikel des „Więkopolanin“ ist in der Hinsicht charakteristisch, als in ihm ihr wahres Antlitz die „unparteiische“ Partei gezeigt hat, deren Generalsekretär der Redakteur des „Więkopolanin“ ist. Man ersieht aus diesem Artikel, daß der Nationalbund schon über die Angelegenheit der Agrarzölle sowie über die künftige Reichstagswahl nachgedacht hat. Man ersieht ferner aus diesem Artikel, daß der Nationalbund die Agrarzölle als Kampfeslosung gegen die Nationaldemokraten verwenden will, ohne sich darum zu kümmern, daß die Nationaldemokraten entsprechend ihren nationalen Grundsätzen, die für sie stets maßgebend sind, auch in dieser peinlichen Frage einen mittleren, mit dem nationalen Interesse sich vereinbarenden Standpunkt eingenommen haben. Der „Więkopolanin“ indes oder der hinter ihm stehende Nationalbund macht aus den Agrarzöllen eine Maulangelegenheit. Er sagt offen, daß man nur solche

Abgeordnete wählen werde, welche versprechen würden, sich für die landwirtschaftlichen Schutzölle zu erklären.

Der „Więkopolanin“ wirft also Kampfeslosungen auf. Es muß festgestellt werden, daß dieses Blatt oder die hinter ihm stehenden Leute während des künftigen Wahlkampfes, der im Herbst unser wartet, durchaus die schärfsten Konflikte hervorzurufen willens sind. Die erste Losung zum Kampfe gab der „fortschrittliche Edelmann“ aus Bonikowo, und in dasselbe Horn stößt seit dieser Zeit mit aller Gewalt das täglich erscheinende Organ des Nationalbundes. Mögen sich die Herren recht bald die Folgen ihres Vorgehens überlegen. Nach der Wahl wird es heißen, sie seien die sanftmütigsten Schäflein, Unfrieden hätten einzig die Nationaldemokraten gefät. Ihr Herren, überlegt euch die Sentenz: Wer Wind sät, der erntet Sturm!

Aus Nr. 30 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 7. Februar 1911:

Brief an die Redaktion.

Die geehrte Redaktion bitte ich ergebenst um Veröffentlichung folgenden Aufrufs:

Angeichts der immer mehr wachsenden Bedürfnisse für öffentliche Zwecke ist es eine unangenehme und wenig verlockende Sache an die barmherzigen Herzen zu pochen, denn so mancher wäre bereit zu antworten: „Dort ist keine Hilfe nötig, sie werden sich selbst helfen.“

Doch der mit den örtlichen Verhältnissen vertraute nicht voreingenommene Kritiker müßte in vielen Fällen seine persönlichen Ansichten berichtigen, wenn er darauf acht gäbe, was in Wirklichkeit existiert.

Solche Ausnahme kommt in meiner Parochie vor! Ich habe viele Arbeiter, doch keine Hilfsmittel zur Errichtung eines Hauses, in welchem Arbeiterversammlungen, ohne der Gesundheit und Moralität der Arbeiter Abbruch zu tun, stattfinden könnten. In der Parochie befindet sich nur ein größeres Gut in polnischer Hand, alles andere gehört Fremden. Die hiesigen Bauern, Handwerker und Arbeiter interessieren sich für die Angelegenheit des Hauses, das auch notwendig ist für die den Vorbereitungsunterricht für die hl. Sakramente besuchenden Kinder, wenig oder garnicht. Im benachbarten Raszewice wurde das katholische Haus, dank der Opferwilligkeit der zahlreichen Gutsbesitzer und bemittelten Parochianen, in kurzer Zeit fertiggestellt. Würde ich mich versucht fühlen, die Verwirklichung einer ähnlichen Stiftung in die Wege zu leiten, ich fände in der Parochie wohl unberufene Anhänger der „Feder“, kaum aber opferfreudige Gönner.

In diesem äußersten Falle wende ich mich an das breitere und vermögendere Publikum mit der ergebensten und herzlichsten Bitte um Beiträge für den Bau des katholischen Hauses in Cerekwica bei Röhrfeld. Gott zum Lohn auch für die kleinste Gabe!
Geistlicher Snowacki.

Aus Nr. 27 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 2. Februar 1911:

**Jubiläumsversammlung des Vereins der
landwirtschaftlichen Beamten.**

Die Versammlung eröffnete im BazarSaale der Vorstehende des Aufsichtsrats, Herr Stanislaus Milewski aus Kijewo, und bemerkte, daß mit dem laufenden Jahre der Verein der landwirtschaftlichen

Beamten für das Großherzogtum Posen 50 Jahre seiner Arbeit hinter sich habe. Dieses Jubiläum treffe mit dem 50 jährigen Jubiläum des landwirtschaftlichen Zentralvereins zusammen. Redner beschrieb den Verlauf der 50 jährigen Tätigkeit des Vereins. Der Bericht über diese Arbeit findet in dem Jubiläumsbüchlein des landwirtschaftlichen Zentralvereins Aufnahme.

Aus dem Verein sind durch Tod ausgeschieden: die Ehrenmitglieder: Dr. Skarzynski aus Splawie, Johann Dr. von Mielzynski aus Chudopsie, St. Maljzewski aus Odrowoz, Trompczynski aus Faktorowo, Strzyblewski aus Zbrudzewo, Josef Jaraczewski aus Posen. Von den ordentlichen Mitgliedern sind gestorben: Felix Skorajzewski aus Miłosław, Johann Radomski aus Neustadt bei Pinne, Urbanowicz aus Ostrowo, Zurekowski und Krause aus Posen. Drei von den Verstorbenen nahmen tätigen Anteil in der Organisation des Vereins, nämlich Strzyblewski und Jaraczewski, welche lange Jahre hindurch im Aufsichtsrate saßen — und Radomski, der bis zu seinem Tode die Geschäfte des Vereins im Kreise Neutomischel führte. An diesen Männern verlor der Verein eifrige Arbeiter und Mitglieder. Ehre ihrem Andenken!

Die Versammlung ehrte das Andenken der Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen. An den alljährlich stattgefundenen Vorträgen in Posen nahmen die Vereinsmitglieder immer sehr zahlreich teil. — Die Lust hierzu wächst immer mehr. Daher besteht die begründete Hoffnung, daß im Laufe der Zeit die Arbeitgeber mit fachmännisch ausgebildetem Material versorgt werden können.

Aus dem Aufsichtsrat ist Ladislaus Glowacki ausgeschieden, er ist emeritiert worden. An seine Stelle ist A. Krzyminski, Direktor der Güter Lubasch im Kreise Czarnikau, kooptiert worden.

Zum Schriftführer berief man Josef Winiewicz aus Posen.

Die Tagesordnung ist angenommen worden.

Nach Prüfung der Delegiertenmandate wurde das letzte Sitzungsprotokoll verlesen. Dieses wurde angenommen.

Den Tätigkeitsbericht des Vereins im verflossenen Jahre erstattete Redakteur Brownsford. Der Verein entwickelt sich regelrecht und gewinnt immer mehr die Zuneigung der interessierten Kreise. Im laufenden Jahre sind dem Verein wiederum 28 Beamte beigetreten. Die junge Generation scheint zu fühlen, daß ihr eine Vereinigung notwendig ist, und wie jeder Stand, so werden auch die vereinigten landwirtschaftlichen Beamten leichter vorwärts kommen, als die Einspänner. (Bravo.)

Den Kassenbericht erstattete der Vorsitzende, Herr Milewski.

Das Kassenbuch des Hauptvorstands zeigt beim Abschluß der Bücher für 1910 folgenden Stand der Hauptkasse:

Einnahmen.

- I. Der Rest aus dem Jahre 1909 beträgt 13 024,89 M.
- II. Beiträge. Von den Kreisdirektionen sind 3 686,31 M. in die Kasse geflossen.
- III. Zinsen: 4 095,10 M.
- IV. Banken: Aus dem Depositenbuch hob man für laufende Ausgaben 3 290 M. ab.
- V. Beamtenheim:
 - a) Zinsen vom Spezialfonds 205,20 M.,
 - b) für erhaltene Stellen zahlten die Mitglieder für das „Beamtenheim“ 100 M. ein,
 - c) dem Beamtenheim haben verschiedene Delegierte ihre Diäten in Höhe von 58 M. überwiesen.
- VI. Außergewöhnliches: Zur Deckung der Vortragskosten sammelte man von den Herren Gutsbe-

sitzern 70 M. ein. Die Gesamteinnahme betrug 24 529,50 M.

Ausgaben.

- I. Die im Jahre 1910 ausgezahlten Ruhegehälter betragen 3 477,84 M.
 - II. Unterstützungen: Man zahlte 2 Mitgliedern 140,25 M. aus.
 - III. Verwaltung: 1 645,81 M.
 - IV. Banken: In der Verbandsbank der Erwerbsgenossenschaften sind 4 595,10 M. hinterlegt worden.
 - V. Beamtenheim: 363,20 M.
- Gesamtausgabe: 10 222,20 M. — Auf das Jahr 1911 gehen über 14 307,30 M. = 24 529,50 M.

Einnahmen: 24 529,50 M.

Ausgaben: 10 222,20 M.

Auf das Jahr 1911 gehen über 14 307,30 M.

Vereinsvermögen:

- 1) Rest vom Jahre 1910 14 307,30 M.,
- 2) Pfandbriefe..... 13 680,— M.,
- 3) Pfandbriefe..... 69 962,40 M.,
- 4) Beamtenheimfonds ... 4 695,61 M.

Zusammen: 102 645,31 M.

Herr Krzyminski aus Lubasch sah die Kassenbücher durch und stellte ihre Übereinstimmung mit dem Stande der Kasse fest.

Die Versammlung erteilt dem Schatzmeister Entlastung.

Der Versammlungsleiter schlägt vor, in den Aufsichtsrat auch den Schriftführer des Vereins, Herrn Josef Winiewicz, zu wählen.

Mit Rücksicht auf Westpreußen schlägt der Vorsitzende Milewski vor, auch Herrn Brendzynski aus Skarpy in den Aufsichtsrat zu wählen.

Das Wahlergebnis war folgendes:

In den Hauptvorstand sind gewählt worden: An Stelle des Herrn Magowski aus Lipnica, Herr Giejski aus Gogdzichowo; in den Aufsichtsrat an Stelle des Herrn Stefan Piekucki Herr L. Brendzynski aus Skarpy (Westpreußen) und an Stelle des Herrn A. Krzyminski aus Lubasch Herr L. Lozynski aus Lipowicz; Herrn Josef Winiewicz aus Posen wählte man in den Hauptvorstand. Sonst blieb die alte Zusammensetzung des Vorstands und des Aufsichtsrats bestehen.

Der folgende Punkt der Tagesordnung betraf Annahme neuer Satzungen.

Rechtsanwalt Dr. Kolszewski aus Posen beleuchtete die Satzungen vom rechtlichen Standpunkte aus. Nuncmehr erfolgte über diesen Gegenstand eine lebhaft Diskussion. Die Statuten werden nunmehr auf Vorschlag des Hauptvorstandes ohne Änderungen angenommen.

Mit den üblichen Dankesworten an den Hauptvorstand und Aufsichtsrat und auch an Herrn Dr. Kolszewski schloß der Vorsitzende Milewski die Versammlung. Auch diesem wurde für die Leitung der Versammlung Dank ausgesprochen.

Aus Nr. 29 des Dziennik Poznański (Posen) vom 5. Februar 1911:

Urteil des Bürgergerichts in Sachen des Abgeordneten Dr. Siegmund v. Dziembowski gegen den Redakteur des Dziennik Poznański.

Verhandelt Posen, den 2. Februar 1911.

Im Dziennik Poznański sind in der Reifener Sache Artikel erschienen, durch welche sich der Abgeordnete

Herr Dr. v. Dziembowski verletzt fühlte. Infolgedessen schlug er die Einberufung eines Bürgergerichts vor zwecks Untersuchung seiner Beteiligung an der Sache. Der Redakteur des Dziennik Poznański, Herr Kasimir Puffke, war mit diesem Vorschlage einverstanden. Auf diese Weise kam ein Bürgergericht zustande, welchem von seiten des Herrn Dr. v. Dziembowski die Herren Boleslaw v. Brodnicki, Ludwig v. Mycielski und Adam Rapieralski, von seiten des Dziennik Poznański die Herren Wladislaus Jęczyński, Prof. Dr. Stanislaus Karwowski und Stanislaus v. Loncek angehörten.

Obige Herren wählten als Oberschiedsrichter Herrn Gustav v. Rajewski.

Das Bürgergericht hat die Sache in den Sitzungen vom 26. und 28. Januar, 1. und 2. Februar untersucht.

Das Bürgergericht hat vor allem mit Rücksicht darauf, daß die Reiser Sache die ganze Volksgemeinschaft in hohem Grade interessiert und bis heute den Gegenstand verschiedener Kommentare bildet, beschlossen, sich nicht ausschließlich auf die in den Artikeln des Dziennik erhobenen Vorwürfe zu beschränken, sondern diese Sache, die nur auf diese Weise gehörig aufgeklärt werden kann, im allgemeinen zu untersuchen.

Das Bürgergericht hat nach Vernehmung von 5 Zeugen, Prüfung zahlreicher Dokumente und anderen Beweismaterials die ganze Sache in 5 Fragen gefaßt, auf die es, wie folgt, geantwortet hat:

I. War es im Prinzip zulässig, in Sachen von Reisen unter bestimmten Umständen mit der Regierung einen Vergleich abzuschließen?

Das Bürgergericht antwortet darauf einstimmig: Wenn die Hoffnung aufgehört hatte, Reisen für die Agnaten zu erhalten, so lief es den Grundsätzen der nationalen Ethik nicht zuwider, mit der Regierung einen Vergleich zu schließen, sofern sich hieraus für die Volksgemeinschaft ein mittelbarer oder unmittelbarer Nutzen ergab.

II. Berechtigten die Umstände, unter denen die Grafen Wodzicki und Potocki mit der Regierung den Vergleich geschlossen haben, zu der Annahme, daß die Hoffnung, Reisen für die Agnaten zu erhalten, aufgehört habe?

Die Grundlage des Anrechts der Agnaten auf Reisen war nach dem Erektionsstatut neben der adligen Geburt die Ausführung einer gewissen Schenkung aus dem eigenen Vermögen zu Gunsten des Reiserer Majorats und die Mitteilung hiervon an den Majorats herrn. Diese beiden Bedingungen hat die Bialaer Linie der Fürsten Sulkowski, der einzige heut übriggebliebene Zweig der Familie, nicht erfüllt. Es kommen somit die Agnaten des sogenannten zweiten Rechts in Rechnung.

Von diesen Agnaten haben einzig Alexander Szembek und Graf Theodor Sulkowski die Bedingungen erfüllt; doch sind sie kinderlos gestorben bzw. ihre Nachkommenschaft in grader Linie ist erloschen, da sich trotz Aufrufs niemand gemeldet hat.

Eine solche Schenkung hat auch Graf Thomas Potocki als Enkel der Schwester des Stifters ausgeführt, nachdem er ein Alter von 24 Jahren erreicht hatte, und auf Grund dessen haben seine Nachkommen Ansprüche auf das Reiserer Majorat erhoben. Der in dieser Sache angestrebte Prozeß endete mit einer Niederlage für die Kläger in allen Instanzen. Die Gerichte haben ihre Ansprüche auf Grund dessen abgewiesen, weil nicht der Sohn, sondern erst der Enkel die Schenkung ausgeführt hatte. Ein gleiches Urteil wurde in dem Restitutionsprozeß sowie in dem Prozeß des minderjährigen Grafen Stanislaus Potocki gefällt, welche sich schon nach dem von den Grafen Wodzicki und Potocki mit der preussischen Regierung abgeschlossenen Vergleich abgespielt haben.

Gerüchtweise verlautete, daß noch andere Agnaten sich mit der Absicht trügen, ihre Rechte geltend zu machen; sie haben diese Absicht jedoch nicht ausgeführt.

Angeichts dieser Sachlage hat man die Meinung polnischer und deutscher gelehrter Juristen und Historiker bezüglich der Möglichkeit einer erfolgreichen Durchführung des Prozesses, sei es von seiten der Agnaten oder der Sukzessoren, eingeholt.

Alle diese Gelehrten hielten den Ausgang des Prozesses für sehr zweifelhaft. Einer von ihnen, Professor an einer polnischen Hochschule, ein in der wissenschaftlichen Welt bekannter Zivilrechtslehrer, schließt seine Ansicht mit folgenden Worten: „Wenn irgendwo, so wäre es in diesem Falle Pflicht der nach dieser Richtung hin entscheidenden Faktoren, nach der Erledigung der Sache auf dem Wege eines Vergleichs zu streben.“

Während die Anrechte der Agnaten sich so ungünstig darstellten, waren die Ansprüche der preussischen Regierung auf Reisen, die sich bisher einzig theoretisch auf den Artikel III des Majoratsstatuts stützten, durch den Majorats herrn Fürsten Anton selbst und durch seine Söhne bzw. durch deren Kurator gestärkt worden. Denn durch die vor dem Oberlandesgericht in Posen unterm 10. März 1892 abgegebene Befundung haben Fürst Anton und dessen Söhne bzw. deren Kurator ausdrücklich das Provinzial-Schulkollegium als berechtigten Nachfolger der Edukationskommission des Königreichs Polen anerkannt, und sie haben durch diesen Akt unwiderruflich zwar nicht die Agnaten, aber sich und ihre Allodialsukzessoren der preussischen Regierung gegenüber gebunden. Der damalige Familienschluß, welcher einzig deshalb gefaßt wurde, um ein neues Darlehen für das Majorat zu ermöglichen, und welcher der Regierung für die Zukunft das Recht einräumte, in allen weiteren Familienschlüssen mitzuwirken, dieser Beschluß ist rechtsgültig zustande gekommen, namentlich auch nach Aufrufung aller Agnaten. Mit der obigen Darstellung der tatsächlichen Vorgänge erklärt sich das Bürgergericht einverstanden, und es kommt, gestützt auf diese Feststellungen, mit sechs gegen eine Stimme zu der Überzeugung, daß die gegebenen Umstände die Annahme rechtfertigen, daß die Hoffnung, Reisen für die Agnaten oder die Allodialsukzessoren zu erhalten, aufgehört habe.

III. Hat der zwischen den Grafen Wodzicki und Potocki und dem Fiskus unterm 10. Juli 1908 abgeschlossene Vergleich Einzelpersonen oder die Volksgemeinschaft geschädigt?

Das Bürgergericht stellt einstimmig fest, daß nach der übereinstimmenden Ansicht der von ihm gehörten Juristen die Agnaten durch den Vergleich vom 10. Juli 1908 ihrer Anrechte nicht beraubt worden sind, denn einem jeden von ihnen stand es, soweit er berechtigt war, sowohl vor als auch nach dem Vergleich frei, seine Rechte geltend zu machen, und sogar der zweite Teil des § 3 jenes Vergleichs, welcher die Grafen Wodzicki und Potocki verpflichtete, nichts zu unternehmen, was das Zustandekommen des Familienschlusses erschweren oder unmöglich machen oder dessen rechtliches Bestehen in Frage stellen könnte, hat den übrigen Agnaten keinen Schaden zugefügt.

Das allgemeine Interesse der Volksgemeinschaft bezog sich auf die Reiserer Sache vom Gesichtspunkte einer Stiftung aus, die bis zum Tode des letzten Majorats herrn ungeteilt bleiben und stets völlig zur Erziehung nationaler adliger junger Leute weltlichen Standes dienen sollte, damit diese Erziehung dem Vaterlande nützliche und geeignete Bürger heranbilde. Die mit solchen Bedingungen versehene Stiftung wurde durch den Familienschluß vom 2. September 1908 aufgehoben, der zwar aus dem Vergleich vom 10. Juli 1908

resultierte, aber einzig durch den Majorats Herrn Anton, das Posener Königl. Provinzialschulkollegium und den Kurator eventueller und unbekannter Agnaten ohne Beteiligung der Grafen Wodzicki und Potocki bzw. ihrer rechtlichen Beiräte abgeschlossen worden ist.

Das Bürgergericht stellt fest, daß alle von ihm gehörten Rechtskundigen diesen Familienschluß vom 2. September 1908 für ungültig aufnehmen, und zwar mit Rücksicht darauf, daß der durch das allgemeine Fideikommißgesetz vorgeschriebenen Bedingung, die Agnaten zur Anmeldung ihrer Rechte im Laufe der gesetzlich vorgeschriebenen Zeit aufzufordern, nicht Genüge geschehen ist. Wenn das der Fall ist, dann versperrt der Familienschluß den Agnaten nicht den Weg zum weiteren Geltendmachen ihrer Rechte. Einer der gehörten Rechtskundigen hat zwar erklärt, der Familienschluß vom 2. September 1908 habe den Agnaten die Sache insofern erschwert, als er der Regierung eine Ausflucht mehr geboten habe. Diese Ausflucht hat tatsächlich das Lissaer Gericht in dem Prozesse des minderjährigen Grafen Stanislaus Potocki aufgegriffen. Die höheren gerichtlichen Instanzen haben sich jedoch auf den Standpunkt dieses Gerichts nicht gestellt, sondern sie haben die Klage unter Außerachtlassung des Familienschlusses aus anderen Gründen abgewiesen. Das Bürgergericht stellt somit auf Grund obiger Tatsachen fest, daß die vorausgesetzliche Ausflucht de facto von den Gerichtshöfen als maßgebend bisher gegen die Agnaten nicht in Anwendung gebracht worden ist.

Das Bürgergericht hat sodann die Frage untersucht, welche Folgen es für die Volksgemeinschaft gehabt hätte, falls das Majorat nicht aufgelöst worden wäre, wenn also das Königl. Provinzialschulkollegium von Reisen Besitz ergriffen hätte als Stiftung unter den oben aufgeführten, aus dem Majoratsstatut hervorgehenden Bedingungen.

Für das Bürgergericht unterliegt es keinem Zweifel, daß der Stifter, wenn er von der Erziehung der adligen nationalen Jugend sprach, die polnische Jugend, und daß er, wenn er von der Erziehung geeigneter Bürger für das Vaterland sprach, das polnische Vaterland im Sinne hatte. Ob das Provinzialschulkollegium, nachdem es das Reiser Majorat in Herrschaft und Besitz genommen, die polnische Jugend in Schulen und Konvikten zu geeigneten Bürgern für das polnische Vaterland erzogen hätte, daran zu zweifeln ist das Bürgergericht gezwungen, umsomehr, als das Majoratsstatut die Einrichtung aller nach dieser Richtung hin der Edukationskommission obliegenden Pflichten dem Willen und der Gewalt der zu dieser Zeit bestehenden Stände des Freistaats übertrug. Der Rechtsnachfolger dieser Stände ist nach Ansicht der einen der Posener Provinziallandtag, nach Ansicht anderer der preußische Landtag.

Das Bürgergericht ist der Meinung, daß weder vom Posener Provinziallandtag, noch vom preußischen Landtage zu erwarten ist, daß sie als in dieser Hinsicht entscheidende Gewalten das Provinzialschulkollegium als Besitzer des Majorats zwingen würden, die Bedingungen der Stiftung im Sinne des Stifters zu erfüllen. Darauf gestützt ist das Bürgergericht der einmütigen Meinung, daß die Beibehaltung des Stiftungsscharakters des Majorats im Besitz des Provinzialschulkollegiums unserer Volksgemeinschaft die vom Stifter beabsichtigten Vorteile nicht bringen würde.

In Anknüpfung an diesen Punkt untersuchte man, ob der andere Vorwurf gerechtfertigt sei, daß die Aufhebung des Majorats der Regierung die Besiedelung der Reiser Güter erleichtere. Das Bürgergericht antwortet darauf, daß durch den Familienschluß die

Gefahr der Besiedelung nicht entstanden ist, denn die Regierung konnte das Majorat sogar in Form kleiner Pachtungen besiedeln, was die Ansiedelungskommission schon mehrfach getan hat, abgesehen davon, daß jedes, mit Hypothekenschulden belastete Majorat zur Subhastation gestellt und verkauft werden kann, sodaß dann nicht das Landgut, sondern das aus dem Verkauf erzielte Kapital das Majorat bildet.

Das Bürgergericht kommt einstimmig zu der Überzeugung, daß der von den Grafen Wodzicki und Potocki eingegangene Vergleich vom 10. Juli 1908, sowie auch der Familienschluß vom 2. September 1908 weder Einzelpersonen, noch der Volksgemeinschaft tatsächlichen Schaden gebracht haben.

IV. Welcher Art war die Beteiligung des Herrn Dr. v. Dziembowski in den Bemühungen um Reisen?

Das Bürgergericht hatte Beweise in der Hand und stellte die Tatsache einstimmig fest, daß Herr von Dziembowski nach dem verspielten ersten Prozeß des Grafen Vladislaus Potocki und nach dem Tode des Fürsten Alexander Sulkowski nach dreifacher Richtung hin bestrebt war, Reisen retten zu helfen:

1. durch die Absicht, den Grafen Heinrich Potocki zu bewegen, einen Prozeß auf Anerkennung seiner Agnateneigenschaft anzustrengen.

2. Wegen des sehr zweifelhaften Ausgangs dieses Prozesses überlegte er mit dem Grafen Wodzicki, ob nicht durch Adoption dessen Sohnes durch den Fürsten Anton Sulkowski der Majoratscharakter Reisens für so lange zu erhalten wäre, als der adoptierte Majorats Herr am Leben sein oder seine männliche Nachkommenschaft existieren würde, worauf das Reiser Majorat aufgelöst werden und in den ausschließlichen Besitz der Regierung übergehen sollte.

3. Er, Dziembowski, nahm teil an der Vorbereitung der gemeinsamen Aktion des Grafen Wodzicki und Heinrich Potocki in Sachen des Vergleichs mit dem preußischen Fiskus vom 10. Juli 1908. Bei dem formellen Abschluß des Vergleichs mit der Regierung war er jedoch nicht zugegen, was aus dem bezüglichen Akt hervorgeht.

V. Ist die Teilnahme des Herrn Dr. v. Dziembowski an den oben festgestellten Bemühungen um Reisen vom bürgerlichen Standpunkt aus zu verdammen?

Mit Rücksicht auf den unter Punkt III dieses Urteils im Einzelnen besprochenen Stand der Dinge hatte Herr Dr. v. Dziembowski keinen Anlaß, an den Bestrebungen um den Vergleich nicht teilzunehmen. Dazu hatten ihm die Grafen Wodzicki und Potocki die Meinungsäußerung dreier bekannter Bürger des Großherzogtums Posen vorgelegt, welche den Weg des Vergleichs unter bestimmten Bedingungen empfehlen. Diese Bedingungen sind dem Bürgergericht bekannt, und wenn sie innegehalten werden (das Bürgergericht hat dafür die ernste schriftliche Zusicherung) dann werden sie der Volksgemeinschaft tatsächlichen Vorteil bringen.

In Erwägung des in dem vorliegenden Akt Gesagten, kommt das Bürgergericht zu der Überzeugung, daß Herr Dr. v. Dziembowski durch seine Beteiligung an der Reiser Sache die Pflichten eines polnischen Bürgers nicht verletzt hat. Dieser Beschluß ist ein einmütiger.

Eines der Mitglieder gibt jedoch Nachstehendes zu Protokoll: „Ich halte es für eine Nachlässigkeit des Herrn Dr. v. Dziembowski, daß er vor Abschluß des Vergleichs mit den Agnaten, welche einen Prozeß zu führen beabsichtigten, bzw. mit deren Vertreter sich nicht verständigt hat.“ Alle übrigen Mitglieder des

Gerichts stellen dem gegenüber fest, daß sie die Berechtigung dieses Vorwurfs nicht anerkennen.

W. g. u.

v. Rajzewski. W. Jerzykiewicz. L. v. Mycielski.
Prof. Dr. Karwowski. Adam Napieralski.
Pol. v. Brodnicki. Stanislaus v. Loncki.

Obigen Spruch kritisiert der Kurjer Poznański in der Nr. 29 v. 5. Februar wie folgt:

Will man von der Bedeutung des obigen Urteils die rechte Vorstellung haben, so muß man daran denken, daß das Bürgergericht, daß es gefällt hat, zustande gekommen ist auf Grund einer privaten Verabredung zwischen dem Abg. v. Dziembowski und dem Redakteur des Dziennik Poznański, Herrn Puffe. Im Gerichtshofe saßen zweifellos sehr angesehene Leute, Bürger, hinsichtlich ihrer Charaktereigenschaft man keinen Zweifel haben kann. Aber sie sind nicht Mitglieder des Gerichtshofs geworden als Vertreter der Volksgemeinschaft infolge Wahl durch diese oder jene gesellschaftliche Organisation, sondern als Vertreter der beiden interessierten Seiten. Sie gehören auch mehr oder weniger derselben politischen Richtung an, welcher die beiden streitenden Seiten sich zurechnen.

Ein solches Gericht kann auf keinen Fall als der objektive Ausdruck der öffentlichen Meinung gelten, und gegenüber dem Urteil eines solchen Gerichts hat jeder, dem sich irgend welche Zweifel aufdrängen, nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, seine Kritik zu äußern. — Das muß umsomehr hervorgehoben werden, als der Gerichtshof sich nicht darauf beschränkte, die Billigkeit oder Unbilligkeit der vom Dziennik Poznański gegen Herrn v. Dziembowski erhobenen Vorwürfe zu entscheiden, sondern sich in ein Meritum der ganzen Reiseren Sache eingelassen hat und in deren wichtigsten Punkten zu gewissen Schlüssen gelangt ist, welche die Allgemeinheit der Volksgemeinschaft im höchsten Grade angeht.

In dem ganzen Urteil muß dem unparteiischen Leser sofort auffallen, und zwar, daß der Gerichtshof sich fast ausschließlich an die rein tatsächliche, äußere Seite des Handelns der interessierten Persönlichkeiten hält und garnicht auf das moralische Wesen der Sache eingeht. Der Gerichtshof stellt sich ausschließlich auf den Standpunkt, ob der oder ein anderer Schritt der Volksgemeinschaft oder Einzelpersonen irgendwelchen tatsächlichen Schaden brachte, und von diesem Gesichtspunkt aus fällt er seine Entscheidung. Unseres Erachtens reicht dieser rein utilitarische Standpunkt nicht hin. Darüber hinaus gibt es höhere moralische Gebote, die im Empfinden unserer Volksgemeinschaft sehr begründet sind und gegen die man sich nicht vergehen darf, ohne Rücksicht darauf, ob das der Allgemeinheit irgendwelchen materiellen Schaden (denn von einem solchen spricht das Urteil nur) bringen konnte oder nicht.

Von diesem Gesichtspunkt aus müssen wir gleich bei dem ersten Punkte des Urteils einen Vorbehalt machen. Auf die Frage, ob es zulässig gewesen sei, sich mit der Regierung in einen Vergleich einzulassen, antwortet der Gerichtshof:

„Wenn die Hoffnung aufgehört hatte, Reisen für die Agnaten zu erhalten, so lief es den Grundsätzen der nationalen Ethik nicht zuwider, mit der Regierung einen Vergleich abzuschließen, sofern daraus für die Volksgemeinschaft ein mittel- oder unmittelbarer Nutzen erwuchs.“

Zweifellos war ein Vergleich zulässig, es handelt sich aber darum, auf welche Weise, unter welchen Bedingungen. Da, wo die preussische Regierung in Rechnung kommt, kann man von der prinzipiellen Zu-

stimmung zu Vergleichen überhaupt nicht die Frage trennen, ob die Form der Verhandlung und die aufgestellten Bedingungen sich mit unseren Auffassungen betreffend die nationale Würde und die bürgerlichen Pflichten vertragen. Die Antwort des Gerichtshofs sagt davon nichts, und darum hat sie in diesem allgemein gehaltenen Wortlaut keine Bedeutung.

Bei dem zweiten Punkte handelt es sich um die rein juristische Frage, ob die Umstände, unter denen die Grafen Wodzicki und Potocki mit der Regierung den Vergleich schlossen, zu der Annahme berechtigten, daß die Hoffnung, Reisen den Agnaten zu erhalten, aufgehört habe. Ob auf diese Frage ein Gerichtshof, in welchem nicht ein einziger Jurist saß, in befriedigender Weise antworten konnte, das ist eine große Frage. Daß nach dieser Richtung hin alle Zweifel auch vor dem Gerichtshofe nicht zerstreut worden sind, davon zeugt die Äußerung eines der Richter, die gegen das Votum der Mehrheit abgegeben wurde, daß die Umstände zu der Annahme berechtigten, die Hoffnung, Reisen für die Agnaten oder die Allodialerben zu erhalten, habe aufgehört. In dem Passus betreffend diesen Punkt sagt der Gerichtshof, es seien Gerüchte im Umlauf gewesen, wonach noch andre Agnaten sich mit der Absicht trugen, ihre Rechte geltend zu machen. Nach unsern Informationen waren das nicht nur Gerüchte. Der Abg. v. Dziembowski hat aus dem Munde des Vertreters derjenigen Agnaten selbst, die ihre Rechte nach geltend machen wollten, erfahren, daß solche Schritte würden getan werden. In welchem Lichte stellt sich angesichts dessen die Tatsache dar, daß Herr v. Dziembowski an der vorbereitenden Aktion für den Vergleich teilgenommen hat, in welchem die Herren Wodzicki und Potocki sich verpflichteten, nichts zu unternehmen, was das Zustandekommen des das Majorats auflösenden Familienschlusses erschweren oder dessen rechtliches Bestehen in Frage stellen würde.

Zwar ist der Gerichtshof in Punkt 3 des Urteils zu dem Schluß gekommen, daß der von den Grafen Wodzicki und Potocki abgeschlossene Vergleich Einzelpersonen und die Volksgemeinschaft nicht geschädigt habe. Aber gerade hier tritt der einseitige Standpunkt des Gerichts am meisten zutage. Das Gericht spürt einzig den tatsächlichen Folgen irgendeines Schrittes nach und sieht von der moralischen Würdigung der gegebenen Handlung als solcher ganz ab. Selbst angenommen, daß der Vergleich der Herren Wodzicki u. Potocki mit der Regierung in der Praxis den Verlauf der Sache in nichts änderte, so wird unseres Erachtens dessen ungeachtet, die Unsitlichkeit eines solchen Sichverpflichtens zu Gunsten der Regierung und zu Ungunsten des Restes der Agnaten bestehen bleiben, und von diesem Vorwurf vermag nichts in der Welt diese Herren zu reinigen.

Die unmittelbare Folge der mit der Regierung abgeschlossenen Vergleichs war der Familienschluß vom 10. Juli 1908, durch den das Majorat Reisen aufgelöst wurde. Die Feststellung des Gerichts, daß dieser Beschluß ohne die Beteiligung der Grafen Wodzicki und Potocki bzw. ihrer gesetzlichen Beiräte gefaßt worden sei, ist bedeutungslos. Die Verantwortung für diesen Beschluß tragen alle die, welche bei der Abmachung mit der Regierung mitgewirkt haben.

Der Gerichtshof sucht darzutun, daß die Auflösung des Majorats der Volksgemeinschaft nicht zum Schaden gereicht habe, da die Regierung, selbst wenn sie Reisen als Majorat nicht besiedeln konnte, es in kleine Pachtungen aufgeteilt haben würde. Das ist nur eine Vermutung, und zwar eine ausschließlich zu Gunsten von Dziembowski und Konforten vorgefaßte Vermutung. Ob die Regierung in der Tat die schwerfällige Form

kleiner Pachtungen hätte durchführen können, ist zum mindesten zweifelhaft. Unseres Erachtens ist die Besiedelung in jedem Falle bedeutend ungünstiger und gefährlicher für unsere Volksgemeinschaft, und darum können wir uns durchaus nicht damit einverstanden erklären, daß die Abmachung mit der Regierung in Sachen Reisen der Volksgemeinschaft einen tatsächlichen Schaden nicht zugefügt habe.

Für heut lassen wir es bei diesen kritischen Auslassungen bewenden. Über den letzten Punkt, Herrn v. Dziembowski selbst betreffend, werden wir uns in der folgenden Nummer auslassen.

Warschauer Blättern teilt man aus Posen mit, der Rechtsanwalt v. Dziembowski und Dr. Löwenstein aus Lemberg würden sich dieser Tage nach Petersburg begeben um dort im Kreise polnischer Reichsrats- und Dumaabgeordneter, deren Kritik und Urteil Graf Heinrich Potocki seine Teilnahme an der Reiser Sache unterbreitet habe, die Einzelheiten der Sache darzustellen.

In Nr. 30 vom 7. Februar setzt das Blatt seine Kritik wie folgt fort:

Indem wir das resümieren, was wir in der vorigen Nummer gesagt haben, erheben wir angesichts der drei allgemeinen Punkte des Urteils des Bürgergerichts die nachstehenden Einwürfe:

1. Der Gerichtshof sucht die interessierten Faktoren vor der öffentlichen Meinung durch die Feststellung zu reinigen, daß das, was geschehen sei, weder einer Einzelperson, noch der Volksgemeinschaft einen tatsächlichen Schaden verursacht habe. Abgesehen davon, daß dies eine subjektive Ansicht des Gerichtshofes ist, welche einer der gehörten Juristen nicht teilt, muß die öffentliche Meinung sich darüber wundern, daß der Gerichtshof die Frage nicht dahin gestellt hat, ob die Aktion der interessierten Faktoren der Volksgemeinschaft nicht hätte schaden können und ob die Bedingungen der Aktion nicht unmoralisch gewesen sind.

Wie hätte das Bürgergericht geurteilt, wenn es seine Meinung vor dem letzten Reichsgerichtsurteil abgegeben hätte? Soll die Würdigung der moralischen Seite der ganzen Sache tatsächlich abhängig sein von den Urteilen der preussischen Gerichte, die wir alle, Herrn Dr. v. Dziembowski nicht ausgenommen, als unbillig ansehen? Das Bürgergericht hat kein Wörtchen der Verdammung gefunden, sogar nicht für jenes Sichverpflichten gegenüber der Regierung, daß die interessierten Faktoren nichts unternehmen würden, was das Zustandekommen des Familienschlusses erschweren oder vereiteln oder dessen rechtliches Bestehen in Frage stellen würde. Wenn das Bürgergericht sogar ein solches Sichvergleichen mit der Regierung für den Grundsätzen der nationalen Ethik nicht zuwiderlaufend ansieht, dann läuft diesen Grundsätzen wohl kein Sichvergleichen mit der Regierung zuwider. Wir sind überzeugt davon, daß der moralische Selbsterhaltungsinstinkt der Volksgemeinschaft etwas Anderes sagt.

2. Das Urteil des Bürgergerichts zeigt, daß der Gerichtshof sich nicht nur in obiger Hinsicht als einseitig erwiesen hat. Die Einseitigkeit geht aus der ganzen Art und Weise des Argumentierens hervor. Das fällt vor allem in den Absätzen auf, welche nachzuweisen versuchen, daß es für unsere Volksgemeinschaft gleichgültig sei, ob das Reiser Majorat als solches in die Hände des Provinzial-Schulkollegiums komme, oder ob die Regierung es als uneingeschränktes Eigentum gewinne, welches sie jeden Augenblick ohne irgendwelche Schwierigkeiten zu Ansiedlungszwecken verwenden könne. Um die Volksgemeinschaft davon zu überzeugen, wußte das Bürgergericht in seiner Beweisführung sehr weit

auszuholen. Dagegen sucht es nicht mit einem Worte zu erklären, weshalb der Regierung überhaupt an dem Vergleich mit den interessierten Faktoren gelegen war, weshalb die Regierung sich dafür entschieden hat, vier Millionen auszugeben. Hat das die Regierung tatsächlich ohne Ursache getan? Das Bürgergericht gibt darauf keine Antwort, es erachtet es sogar nicht für angezeigt, dessen auch nur Erwähnung zu tun. Das Verschweigen dessen, was deutlich zu Ungunsten der interessierten Faktoren zeugt, muß in der Volksgemeinschaft sehr kritische Äußerungen hervorrufen.

Die Einseitigkeit des Gerichtshofes erzieht man sogar aus Einzelheiten. Das Bürgergericht hebt z. B. mit Nachdruck hervor, daß der Familienschluß vom 2. September 1908, der die Stiftung aufhebt, einzig durch den Fürsten Anton Sulkowski und ohne die Mitbeteiligung der Grafen Wodzicki und Potocki bzw. ihrer rechtlichen Beiräte gefaßt worden sei, obgleich das Bürgergericht nebenher selbst zugeben muß, daß der Familienschluß vom 2. September allerdings aus dem mit der Regierung unterm 10. Juli 1908 abgeschlossenen Vergleich hervorgehe, welchen Vergleich bekanntlich die genannten Herren unterschrieben haben. Weshalb wendet man also beim Familienschluß speziell von ihnen die Aufmerksamkeit ab? Soll dadurch die Verantwortung der Grafen Wodzicki und Potocki sowie ihrer juristischen Beiräte auch nur um eine Spur verringert werden? Wir wiederholen, daß das nur eine Einzelheit ist, aber auch sie beweist die Einseitigkeit der Argumentation.

Gehen wir jedoch weiter zum vierten Passus, der von der Beteiligung des Herrn Dr. v. Dziembowski an den Bemühungen um Reisen spricht.

Der Hauptpunkt besagt, Herr Dr. v. Dziembowski habe an der Vorbereitung der gemeinsamen Aktion der Grafen Wodzicki und Potocki in Sachen des Vergleichs mit dem preussischen Fiskus vom 10. Juli 1908 teilgenommen, er sei jedoch bei dem formellen Abschluß des Vergleichs mit der Regierung nicht zugegen gewesen. Das bedeutet, daß das Bürgergericht seine Hauptaufgabe sehr primitiv aufgefaßt hat. Die Volksgemeinschaft hatte die Hoffnung, sie werde vom Bürgergericht erfahren, wo die Grenze der Teilnahme des Herrn Dr. v. Dziembowski an der Aktion in Sachen des mit der Regierung abgeschlossenen Vergleichs liege. Statt dessen erfährt die Volksgemeinschaft, Herr Dr. v. Dziembowski sei beim formellen Abschluß des Vergleichs mit der Regierung nicht zugegen gewesen. Das wußte man natürlich schon lange, denn das geht aus dem einschlägigen Akt hervor. Wir müssen uns darum die Sache näher ansehen, unabhängig von dem Urteil des Bürgergerichts.

Herr Dr. v. Dziembowski behauptet, er habe den Inhalt des mit der Regierung getroffenen Abkommens nicht genau gekannt, er habe speziell jene der Regierung gegenüber eingegangene Verpflichtung nicht gekannt, nichts unternehmen zu wollen, was das Zustandekommen des Familienschlusses erschweren könne usw. Gegen diese Behauptung des Herrn Dr. v. Dziembowski spricht die Tatsache, daß Herr Dr. v. Dziembowski nebst dem Fürsten Sulkowski gleich nach dem mit der Regierung abgeschlossenen Vergleich noch im Juli 1908 eine Konferenz einiger Vertreter der Presse zusammenberufen und in ihr alles daran gesetzt hat, die Presse zu bewegen, fürs Erste zu schweigen. Die Konferenz mit den Vertretern der Presse und die Bemühungen des Herrn Dr. v. Dziembowski in ihr waren die Erfüllung der gegenüber der Regierung eingegangenen Verpflichtung: hätte die Presse den mit der Regierung abgeschlossenen Vertrag kritisiert, so hätte dies das Zustandekommen des Familienschlusses erschweren können. Es lag daher Herrn Dr. v. Dziembowski, dem Fürsten

Sulkowski usw. daran, daß die Presse bis zum 2. September desselben Jahres schweige, bis zu dem Tage, an welchem der endgültige Familienschluß gefaßt wurde.

Übrigens wäre es ganz unverständlich, wie Herr Dr. v. Dziembowski als Jurist und Abgeordneter in in einer Konferenz der Presse die ganze Verantwortung für die Reifener Sache hätte auf sich nehmen können, sofern er damals die Abmachung mit der Regierung mit Einschluß jener Verpflichtung nicht genau gekannt hätte.

In der erwähnten Konferenz hat Herr Dr. von Dziembowski den Vertretern der Presse die Sache in falschem Lichte dargestellt. Einerseits verschwieg er die mit der Regierung getroffene Abmachung und deren Bedingungen, andererseits suchte er den Anwesenden einzureden, die Bereitschaft der Regierung, 4 Millionen auszusahlen, sei aus „Einflüssen der Wiener Diplomatie“ zu erklären. Gegenüber allen kritischen Beweisgründen, zog sich Herr Dr. v. Dziembowski beständig hinter den Wandschirm der „Wiener Diplomatie“ zurück. Indes ist es Tatsache, daß die „Wiener Diplomatie“ überhaupt nicht in Rechnung kam.

Und das war — soviel wir wissen — dem Bürgergericht bekannt. Das Urteil dagegen schweigt über diese Sache vollständig. Es stellt dafür Herrn von Dziembowski das glatte Zeugnis aus, daß er die „Pflichten eines polnischen Bürgers nicht verletzt habe“. Ein einziges Mitglied des Gerichts, das schon einmal vorher ein votum separatum abgegeben hatte, machte auch hier den Vorbehalt, er erachte es als eine Nachlässigkeit des Herrn Dr. v. Dziembowski, daß er vor dem Abschluß des Vergleichs sich mit den Agnaten, die einen Prozeß zu führen beabsichtigten, bzw. mit deren Vertretern nicht verständigt habe. Alle übrigen Mitglieder des Gerichts beeilten sich, die Erklärung abzugeben, daß sie die Billigkeit dieses Vorwurfs nicht anerkannten. Herr Dr. v. Dziembowski kann mit dem Bürgergericht zufrieden sein, nicht minder die Grafen Wodzicki und Potocki. Selbst Fürst Anton Sulkowski traurigen Angedenkens könnte, wenn er auferstände, zufrieden lächeln. Nach dem Erkenntnis des Bürgergerichts zu urteilen, ist alles „in Ordnung“. Ob das Gewissen aller interessierten Faktoren auch in Ordnung sein mag? Jedenfalls zweifeln wir sehr daran, daß das Urteil des Bürgergerichts die öffentliche Meinung hat beruhigen können.

Wir sagten in der vorigen Nummer am Eingang unserer Ausführungen, wir hätten Achtung vor dem bürgerlichen Wert der Mitglieder des Gerichts, wir seien jedoch nicht überzeugt von ihrer Unparteilichkeit. Das bedeutet nicht, daß wir ihnen bewußte Parteilichkeit zum Vorwurf machen; es ist aber Tatsache, daß drei Viertel der Mitglieder mit Herrn Dr. v. Dziembowski verbunden sind durch politische und nichtpolitische Beziehungen. Solche Rücksichten wirken, und sei es auch ohne daß das betreffende Individuum sich dessen bewußt ist, mittelbar auf seine Denkweise ein. Darum machten wir von vornherein darauf aufmerksam, daß die Herrn Dr. von Dziembowski gegnerische Seite in der Zusammenziehung des Bürgergerichts hätten Faktoren repräsentieren müssen, die von einem allgemeinen öffentlichen Institut, nicht aber von einer Herrn Dr. v. Dziembowski sehr nahe stehenden Zeitung gewählt worden wären. Herr von Dziembowski wußte, warum er so und nicht anders handelte. Aber die Volksgemeinschaft hat auch das Recht, daraus Schlüsse zu ziehen.

Aus Nr. 30 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 7. Februar 1911:

Verband der polnischen Buchhändler für das Deutsche Reich.

Auf Veranlassung des Nestors der großpolnischen Verleger, Herrn Karl Kozłowski, ist gestern ein „Verband der polnischen Buchhändler für das Deutsche Reich“ mit dem Sitz in Posen gegründet worden. In den Vorstand gehören folgende Herren: Jarosław Leitgeber, Vorsitzender, Karl Kozłowski, stellvertretender Vorsitzender, Maryan Riemierkiewicz, Schriftführer, Wiktor Tempłowicz, Schatzmeister, Rowinski aus Ostrowo und Stefan Knaft aus Hohenjalsa als auswärtige Mitglieder. Die Revisionskommission besteht aus den Herren: Bogdan Chrzanowski und Stanislaus Tempinski, den Vertreter der St. Adalbertbuchhandlung. — Dem neuen Verbande wünschen wir eine für unsere Kultur wünschenswerte Entwicklung.

Aus Nr. 3 des Kupiec (Posen)
vom 1. Februar 1911:

Unter der Adresse des Verbandes polnischer Fabrikanten

Könnte der Verband nicht eine kleine Ausstellung eigener Fabrikate veranstalten, die von Verein zu Verein (gemeint sind die Industrie- und kaufmännischen Vereine) wandern würde? Etliche Gegenstände, Proben, Plakate — und die Ausstellung ist fertig. Man könnte in Verbindung mit ihr Vorträge halten.

In Orten, in denen Industrie- und kaufmännische Vereine bestehen, würde die Ausstellung viel dazu beitragen, die breitesten Kreise mit den eigenen Erzeugnissen bekannt zu machen. Das wäre die einzige Möglichkeit, alle die zu überzeugen, welche die eigenen Erzeugnisse für geringwertiger halten als die fremden; ein guter Vortrag würde so manchem von denen die Augen öffnen, welche der Unterstützung des eigenen Bruders und der eigenen Industrie gleichgültig gegenüber stehen.

Aus Nr. 3 des Przegląd Kupiecki (Posen)
vom 1. Februar 1911:

Der Przegląd Kupiecki, das Organ der „Vereinigung junger polnischer Kaufleute“, bespricht das Projekt, betreffend die Versicherung der Privatbeamten und schreibt dazu u. a. folgendes:

Die Angelegenheit, betreffend die Versicherung der Privatbeamten, spukt im Deutschen Reich schon seit zehn Jahren herum. Sieben Jahre lang sind Organisationen, welche bei der Sache interessiert sind, ununterbrochen nach dieser Richtung tätig gewesen, sie haben alle möglichen Mittel benutzt, um ihr Ziel zu erreichen. Auch unsere Organisation hat an dieser Arbeit gemeinsam mit den deutschen Vereinen einen tätigen Anteil genommen, sie hat Versammlungen einberufen, Aufrufe verschickt usw.

Aus Nr. 2 des Zjednoczenie (Posen)
vom 5. Februar 1911:

Denken wir an die Bibliotheken für unsere Kinder.

Es ist bekannt, daß eins der wichtigsten Mittel zur Erlangung der Ziele, deren sich unsere Aufklärungsvereine bedienen, eine gut versorgte Bibliothek ist. Es ist daher kein Wunder, daß der größte Teil, der von den Beiträgen der Mitglieder gesammelten Fonds in unserem Verein für Ankauf von Büchern verwendet wird.

Es sind das selbstverständlich Bücher, welche ausschließlich für Erwachsene bestimmt sind und entweder der Belehrung oder der Unterhaltung dienen.

Die Aufgabe unserer Vereine ist, nicht nur die Mitglieder theoretisch auszubilden und ihnen mit Hilfe der entsprechenden Bücher Unterhaltungen zu verschaffen, sondern sie auf die Pflichten, welche auf jeder Frau, als der Erzieherin des jungen Geschlechts, lasten, hinzuweisen.

Zu den Mitgliedern eines jeden unserer Vereine gehört ein ziemlich großes Häuflein von jüngeren und älteren Kindern, seien es Kinder der Mitglieder, ihre jüngeren Familienmitglieder oder Verwandte.

Was liegt uns näher, als der Gedanke und die Sorge um die geistigen Bedürfnisse des kleinen jungen Häufleins?

Und hier kann am besten das Buch helfen. Ohne Zweifel bemüht sich jede verständige Mutter, erwachsene Schwester oder Vormündin um gute Bücher für die Kinder, welche von ihr abhängig sind; aber auch hier ist es am besten, mit gemeinschaftlichen Kräften zu arbeiten.

Manche unserer Vereine haben schon eine besondere Abteilung von Büchern für Kinder; erst vor mehreren Monaten hat der Frauenleseverein in Posen eine Bibliothek für die Kinder ihrer Mitglieder errichtet.

Es wäre zu wünschen, daß mit der Zeit alle unsere Vereine solche Bibliotheken einrichten möchten. Während der Kamevalszeit haben die Vereine gewöhnlich aus den Vergnügungen und Theatervorstellungen außerordentliche Einnahmen. Man könnte daher leichter eine gewisse Summe zur Gründung solcher Bibliothek anwenden.

Die Auswahl der Bücher zum Gebrauch für Kinder und die Jugend muß möglichst eine sehr sorgfältige sein, denn sie sind für einen jungen, sich erst entwickelnden Geist eine ihm gewissermaßen gereichte geistige Nahrung, welche eine noch viel größere Bedeutung hat, als für eine erwachsene Person. So wie das Gift in der physischen Welt dem Organismus mehr schadet, der schwach und weniger widerstandsfähig ist, so richtet es auch Schaden in der geistigen Welt an. Das moralische Gift, welches in die Seele des Kindes durch ein ungeeignetes Buch hineingeführt ist, kann der geistigen Entwicklung des Kindes einen geradezu nicht wieder gutzumachenden Schaden zufügen.

Wenn man nun eine Bibliothek für die Kinder und Jugend errichten will, so muß man nicht nur eine gewisse Summe, sondern noch mehr Mühe und Arbeit opfern.

Es wird zweifellos jeder Vorstand, der sich mit dieser Angelegenheit befassen wird, eine geneigte Meinung bei allen Mitgliedern des Vereins, und unter ihnen auch Bereitwillige für die liebevolle und nutzbringende Arbeit finden.

Der Vorstand der Vereinigung wird zur Gründung von Bibliotheken für die Kinder und Jugend nötige Informationen sehr gern erteilen.

Aus Nr. 5 des Robotnik (Posen)
vom 5. Februar 1911:

Arbeit über der Jugend.

Verschiedene Mittel können zur Aufklärung und tugendhaften Erziehung unserer Jugend dienen. Dieses Ziel ist gewiß edel und groß und es ist wert, gründlich erforscht und besprochen zu werden. Es handelt sich darum, in der Jugend die Lust und den Eifer zu allem, was schön und erhaben ist, zu bewahren, es handelt sich auch darum, daß die Jugend ernste Gedanken annehme, damit sie das empfinde, was andere, die ganze Gesamtheit betrifft, damit sie in sich die männliche Jugend der Arbeitsamkeit, Gewissenhaftigkeit und Verantwortlichkeit für ihre Taten zum Zwecke würdiger Erfüllung der Pflichten für das ganze Leben bilde.

Die Jugend hat viele Feinde, welche sie in eine ganz entgegengesetzte Richtung ziehen, die zahlreichen Gelegenheiten zu unedlen Zerstreuungen, der Einfluß schlechter Genossen und ihr Beispiel, ihre eigenen, schlechten Neigungen und das zügellose Familienleben, dies alles ist die Ursache, daß oft ein Jüngling, der kaum erwachsen ist, schon nach der Entlassung aus der Schule die Abende und Sonntagnachmittage beim Glase zubringt, lästige Reden und Flüche führt und die Autorität der Eltern verachtet.

Demgegenüber müssen wir in der heutigen Zeit alle guten Mittel, welche dazu beitragen, das Böse wieder gutzumachen, benutzen. Wenn auch diese Mittel nach außen hin zu klein und zu bescheiden erscheinen, so können sie doch zusammengenommen gute Früchte bringen.

Eins dieser Mittel zur Einwirkung auf die erwachsenen Nachkommen ist die Versorgung der Jugend mit guten und entsprechenden Büchern. Es ist doch bekannt, daß ein gedrucktes Wort großen Einfluß auf die Menschen ausübt; ein Buch ist wie ein Freund des Menschen, mit welchem man viele Stunden und Tage verkehren kann. Wir lesen oft in den Zeitungen, wie das Lesen schlechter Bücher die Menschen auf verbrecherische Wege führt. Sollte denn das Lesen guter Bücher den Menschen nicht zu einem tüchtigen, ehrwürdigen und gut denkenden Menschen machen? um so mehr, wenn er sich schon von frühester Jugend an nur mit guten Büchern befaßt. Wir erfahren doch aus dem Lebenslauf großer und bedeutender Männer, daß sie den größten Teil ihrer Begeisterung und ihrer bedeutenden Taten dem Einfluß guter Bücher verdanken!

Die für die Jugend bestimmten Bücher müssen für ihr Alter passen. Nicht jedes Buch, welches für einen Älteren paßt, paßt auch für den Jüngling; durch ein solches Buch, das für ihn zu schwer und unverständlich sein könnte, kann er die Lust zum Lesen verlieren. Deshalb müssen sich die Bibliotheken unserer Vereine mit Büchern für die Jugend versorgen und öfters ihre Mitglieder auf jene Werke aufmerksam machen.

Es ist unmöglich, alle Werke dieser Art anzugeben: Die religiösen Werke, wie das Leben der Heiligen, kurze Erklärungen aus dem Katechismus und die Sonntagsevangelien sind sehr empfehlenswert und werden gern gelesen. Wir haben auch für die Jugend passende Erzählungen, wie z. B.: „Robinsons Abenteuer“, „All in“ von Rojan und „Die Christnacht“ von Dickens, vom Verlage des Volksaufklärungsvereins in Krakau. Die in Warschau herausgegebenen Romane von Przychodowski, welche den Leser mit der Vergangenheit unseres Volkes bekannt machen, werden auch sehr gern gelesen. Es sind noch ferner zu empfehlen, die Beschreibungen fremder Länder, Reisen und auch

Bücher mit der Beschreibung unserer Pflanzen, Blumen und der auf unserer Erde lebenden Tiere.

Jünglinge, welche solche Bücher lesen, werden für das ganze zukünftige Leben viele nützliche Kenntnisse davontragen.

Außerdem muß man die heutige Jugend zur Pflege des Gesanges anhalten. Leider haben wir auch in dieser Hinsicht sehr viel vernachlässigt. Es gehen nicht nur weltliche Volkslieder in Vergessenheit, sodaß oft aus der ganzen Volkszhaar beinahe keiner die am meisten verbreiteten Lieder kennt, aber sogar auch die Kirchenlieder vergißt die Jugend und kann sie nicht singen. Der Gesang bildet doch den Sinn, hebt den Menschen, und die in unseren Liedern enthaltenen Gedanken sind fähig, den Menschen zur Liebgewinnung dessen, was edel und erhaben ist, anzuregen.

Mögen sich die Eltern aufrichtig damit befassen, ihren Kindern Kirchenlieder zu lehren, so wie es früher war, als die ganze Familie noch unsere Weihnachts- und Osterlieder oder Lieder von der Mutter Gottes gesungen hat. Die Vereine könnten wieder zur Verbreitung der bekannten weltlichen und kirchlichen Lieder durch Abhaltung entsprechenden Unterrichts beitragen.

Schließlich würden sich noch Ausflüge mit der Jugend empfehlen. Die Sozialdemokraten entwickeln für die Jugend durch Abhaltung von Ausflügen eine energische Tätigkeit. Die Ausflüge müssen entsprechend vorbereitet sein, damit sie gute Erfolge zeitigen. In verschiedenen Gegenden unseres Großherzogtums befinden sich Gebäude und herrliche Klosterkirchen, hin und wieder hört man von den Ausgrabungen aus alten Zeiten, hier und dort erzählt das Volk sonderbare Sachen über die sogenannten schwedischen Schanzen, nirgends fehlt es an interessantem Unterhaltungsthema bei den Ausflügen. Und wenn es in der Gegend nichts besonderes geben sollte, so lohnt es sich, einen Wald oder einen See zu besuchen und unsere Pflanzen, Vögel und Insekten kennen zu lernen, und die Jugend wird nach solchem Ausfluge mit ganz anderen Augen die Welt ansehen.

Solange wir keine besonderen Jugendabteilungen in unseren Vereinen haben, können solche Ausflüge hin und wieder unter der Leitung der geistlichen Patrone, wenn auch nur drei- bis viermal im Jahre, stattfinden und die Jugend wird schon davon Nutzen haben, sie wird über sich den Schutz Älterer fühlen, sie kann vieles lernen und, wie es scheint, könnten wir auf diese Weise erfolgreicher auf die Jugend einwirken.

Aus Nr. 15 der Gazeta Ostrowska (Ostrowo)
vom 4. Februar 1911:

Die Generalversammlung des polnischen Gesangsvereins in Przysgodzice fand Mittwoch, den 1. Februar d. J. statt. Der Vorsitzende Misiek eröffnete die Versammlung um 1/28 Uhr abends in Gegenwart von 23 Mitgliedern, eines Kandidaten und zweier Gäste. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung schlägt der Vorsitzende den Redakteur Szmanda zum Versammlungsleiter vor. Die Versammelten erklären sich damit einverstanden. Szmanda beruft seinerseits den Redakteur Babst zum Schriftführer und tritt zur Erledigung der Tagesordnung über.

Mieczislaus Gaertner ist als neues Mitglied aufgenommen worden. Aus dem Kassenbericht ist folgendes zu entnehmen: Einnahmen 190,03 Mark, Ausgaben 177,38 Mark. Es verbleiben in der Kasse 12,65 Mark. Nach dem Bericht des Schriftführers hielt der Verein

vom 1. April 1910 ab neun gewöhnliche Monatsitzungen, eine Generalversammlung und drei Vorstandssitzungen ab; auch veranstaltete der Verein ein Sommervergnügen und zwei Unterhaltungsabende. An der Bezirksversammlung in Adelnau und in Protoschin nahmen zwei Delegierte unseres Vereins teil. An neuen Mitgliedern sind beigetreten elf männliche und fünf weibliche Personen. Die Mitgliederzahl beträgt 19, davon sind 13 aktiv.

In den Vorstand sind durch Zuruß gewählt worden: Alexander Misika zum Vorsitzenden, Ladislaus Kolodziej zum Schriftführer, J. Sokol zum stellvertretenden Schriftführer, Eduard Sadowski zum Schatzmeister, Josef Bodylak und Stanislaus Sztofowski zu Beisitzern. Zu Kassenrevisoren sind Anton Dyzzechowski und Leo Magdanski ernannt worden.

Das Botenamt sollen jüngere aktive Mitglieder der Reihe nach übernehmen.

In den „freien Anträgen“ eiferte Redakteur Szmanda in einer längeren Rede zur eifrigen Pflege des Gesanges an. Rozal schlägt vor, zwecks Aneiferung zum Beitritt in den Gesangsverein eine öffentliche Agitationsversammlung zu veranstalten. Darüber entspinnt sich eine längere Diskussion. Unterstützt wird der Antrag von Szmanda und Misik. Nachdem noch Bodylak, Babst und Jurek gesprochen haben, schließt der Versammlungsleiter die Sitzung mit einem heißen Appell zur ausdauernden Arbeit an der Pflege des polnischen Liedes. In der Versammlung wurde oftmals hervorgehoben, daß der einzige polnische Verein in Przysgodzice — nämlich der Gesangsverein — viel zu wenig Mitglieder habe. Die Gleichgültigkeit der Landleute und namentlich der Ortsjugend für diesen Verein wirft ein ungünstiges Licht auf die Przysgodzicer.

Aus Nr. 17 der Gazeta Ostrowska (Ostrowo)
vom 9. Februar 1911:

Unter der Überschrift „Verspätete Gerechtigkeit“ bespricht die Gazeta Ostrowska kurz den Ausgang, des Essener Meineidsprozesses und knüpft daran folgende Bemerkungen:

„Eine schreckliche Warnung für Richter, sich bei der Urteilsfällung durch rücksichtslose Gerechtigkeit leiten zu lassen. In unseren Landesteilen sind die Verhältnisse derart, daß der deutsche Richter, wie einer unserer Abgeordneten im Landtag treffend bemerkte, in polnischen Sachen sich direkt überwinden muß, um gegen die Angeklagten ohne Voreingenommenheit zu sein. Gehört doch eine ganze Reihe von preußischen Richtern dem Verein der drei Buchstaben an, welcher auf seine Fahnen die Parole des rücksichtslosen Kampfes gegen das polnische Element geschrieben hat. Und wie sollten diese Richter, welche mit Haß gegen alles, was polnisch ist, genährt sind, nicht mit doppeltem Maß messen!

Und wie oft kommt es vor, daß in einem Prozeß gegen Polen ein preußischer Beamter, der in den Augen der Richter vollen Glauben findet, als Zeuge auftritt; als wenn die preußischen Beamten mehr als gewöhnliche Menschen wären und als ob unter ihnen sich auch nicht rüddige Schafe befänden.

Das Essener Urteil ist ein schreckliches „Mene-tel“ für die Richter, möge es nicht ohne Echo verhallen. —a

Aus Nr. 28 des Lech (Gnesen)
vom 4. Februar 1911:

Lichtelanzünder.

Noch immer berichten uns unsere Leser über jene, die mit Hilfe von brennenden Lichtern ihre preußische Loyalität dokumentieren wollen. So schreibt uns ein Korrespondent aus P u d e w i z:

Bei uns haben mindestens 80 Prozent der in den Hauptstraßen wohnenden Polen ihre Fenster glänzend erleuchtet. Nur ein kleines Häuflein verstand seine nationale Würde zu bewahren.

Ist es nicht eine Schande, daß sich Polen auf diese Art erniedrigen und Lichter brennen, während nicht einmal die Deutschen, die aus der Regierungskrippe schöpfen, ihre patriotischen Gefühle auf diese Art offenbaren. So haben z. B. die hier zahlreich ansässigen Ansiedler sich auch in diesem Jahre an der Illumination nicht beteiligt.

Aus W e l n a u teilt man uns mit, daß sich auch dort ziemlich viele Polen gefunden haben, die ihre Häuser illuminierten. Den traurigsten Eindruck hat es gemacht, daß sich an der Spitze dieser schwarz-weißen Patrioten der Vorsitzende des Industrievereins befand. Seinem Beispiel folgten zahlreiche Industrielle.

Eine sehr traurige Erscheinung!

Aus G o n j a w a teilt man uns mit:

Wie überall, so haben auch in Gonsjawa die Lichtelanzünder nicht gefehlt, und es scheint, daß in dieser Hinsicht unser Städtchen sogar größere Städte übertroffen hat, weil man sich nicht nur mit dem Brennen von Lichtern begnügte, sondern weil die lokalen Bürger auch in Scharen zu den deutschen Festen eilten. Der ganze Markt war glänzend beleuchtet, und nicht nur in den Schaufenstern, sondern auch in den Privatwohnungen brannten Lichter. Nur das Schnittwarengeschäft von Skompski hatte nicht illuminiert.

Es war dies, mit einem Worte gesagt, eine so prachtvolle Feier, als ob die Polen jegliche Freiheit und gemeinsam mit den Deutschen alle konstitutionellen Rechte hätten. Am Donnerstag, am Vorabend des Geburtstages des Königs, veranstalteten die Herren Lehrer ein Festessen, und da sie zu viele Polen hatten, warfen sie einen zur Tür hinaus; ebenso entfernten sie aus der von Lehrern veranstalteten Theatervorstellung jene, die sie nicht eingeladen hatten. Und dies mit Recht, denn wenn man nicht eingeladen hat, der wird zur Tür hinausgeworfen.

Am Freitag, am Geburtstage des Königs, trieb sich schon vom frühen Morgen an eine Menge von Schulkindern auf dem Marktplatz umher, verbrannte Stroh und mit Petroleum getränkte Lappen, und das dauerte den ganzen Tag hindurch bis 9 Uhr abends. Augenscheinlich haben in Gonsjawa die polnischen Eltern keine Beschäftigung für ihre Kinder; augenscheinlich wissen sie nicht, daß ihre Kinder nicht polnisch lesen und schreiben können. Sie kommen zum Vorbereitungsunterricht für die heiligen Sakramente, stehen wie die Ochsen da, wissen nichts und verstehen nichts. Und wenn man das den Eltern sagt, dann schieben sie die Schuld der Schule zu, denn für Schulzwecke zahlen sie, die Schule soll ihren Kindern die Glaubenswahrheiten beibringen. Die Schule bringt sie ihnen auch bei, aber wie? Wehe euch Eltern, eine schwere Rechnung werdet ihr einst vor Gott wegen der neuen heidnischen Erziehung eurer Kinder ablegen müssen.

Freitag abend fand eine Versammlung der Krieger statt. Auch diese Versammlung beehrten wiederum Polen, ja sogar ein Mitglied der Bruderschaft der heiligen Schutzengel war dorthin geeilt. Es wurden dort so viele Toaste ausgebracht, daß die Scheiben zerplittert auf das Pflaster fielen, ja auch eine Polin schrie aus voller

Stimme, bis schließlich einem Schneider die Ehre wiederfuhr, daß man ihn mit dem ehrenvollen Namen „dummer Pollack“ und „verfluchtes Rindvieh“ belegte, worauf er die Treppe herunterfuhr; aber ihm und allen jenen, die das Fremde loben und das Eigene nicht kennen, ist recht geschehen. Sie selbst halten sich für klug und intelligent und die Deutschen sagen ihnen, daß sie dumm sind. Und der Deutsche spricht die Wahrheit, denn die Polen achten sich nicht, denn sie machen sich nichts aus ihrem polnisch-nationalen Leben, aus ihren Ideen, sie leben gleichsam als preußische Knechte, lecken die sie schlagenden Hände und hüpfen auf jeden ihrer Winke.

Bei Stadtverordnetenwahlen haben die Deutschen und Juden zusammen 27 Stimmen, die evangelische Schule besuchen nur 13 Kinder, aber die Polen werfen sich ihnen zu Füßen, lecken die Pöten und brennen Lichter.

Erwachen wir, rühren wir uns, achten wir uns selbst, damit auch die Fremden gezwungen sind, uns zu achten.

Aus Nr. 30 des Lech (Gnesen)
vom 7. Februar 1911:

Lichtelanzünder.

Man schreibt uns aus Mieltischin:

Wenn unser Städtchen auch nur klein ist, so hat man dennoch die Lichter nicht vergessen. Zunächst erglänzten alle Fenster des Gastwirts Pilarzki und zwar in einer Weise, daß sie den ganzen Markt erleuchteten, sicherlich deshalb, damit manchmal manche Deutschen auf ein Gläschen eintreten möchten. Der dem Kirchenvorstande angehörende Gastwirt Sikorski hatte ebenfalls seine Fenster erleuchtet, sicherlich, um nicht die Gunst des deutschen Schulzen zu verlieren, denn wenn er nur irgendwie kann, sucht er die Gunst desselben. Der Gastwirt Staszak hatte gleichfalls seine Fenster illuminiert, sicherlich deshalb, weil er den Konsens erhalten hat. Schließlich hatte noch der Bäcker Pachura seine Fenster erleuchtet, sicherlich deshalb, weil unser Herr Distriktskommissar zu ihm nach einem Sack voll Holzkohlen zum Plätten kommt und er an diesen „viel“ verdient.

So etwas passiert in unserm kleinen Städtchen. Gott sei gedankt, daß es nur vier derartige Leute gibt.

Aus Nr. 28 des Dziennik Kujawski (Hohenjalza)
vom 4. Februar 1911:

Verein polnisch-katholischer Arbeiter in Rudzisko.

Am 29. Januar d. Js. wurde für die hiesige Pfarochie ein Verein polnisch-katholischer Arbeiter gegründet. Einen erschöpfenden und klaren Vortrag über die Bedeutung und die Aufgabe der Arbeitervereine hielt Propst Kurzawski aus Pakosch, wofür ihm die zahlreich Erschienenen mit einem „Gott vergelts“ dankten. Als Mitglieder traten sofort 95 Arbeiter bei.

Glück auf!

Aus Nr. 32 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 9. Februar 1911:

Vor dem Gesetz ist jeder preußische Bürger gleich.

So lautet der vierte Artikel der preußischen Verfassung — auf dem Papier. In Wirklichkeit verhält

sich die Sache eine Kleinigkeit anders, und dies hat Herr J. Urbanski aus Thorn am eigenen — polnischen — Fell gespürt. Er erwarb in der Zwangsversteigerung die Besizung des Baumeisters Thöerig in Jagdschütz bei Bromberg, auf welche er 17000 Mark hypothekarisch eingetragen hatte. Als Herr Urbanski das Haus in der Zwangsversteigerung kaufen mußte, war es fast vollendet, ausgenommen die innern Arbeiten.

Herr Urbanski vollendete den Bau und vermietete die Wohnungen. Er hatte aber die Rechnung ohne den Wirt — oder den Landrat gemacht. Er hatte gleichfalls vergessen, daß die preußische Kultur bei ihrem Sichbreitmachen in den polnischen Landen auf den Teller ihrer Wohltaten auch den § 13 des Ansiedlungsgesetzes gelegt hatte. Genug, der Herr Landrat des Kreises Bromberg-Land sandte Herrn Urbanski die Aufforderung, sich um den Konsens für eine neue Ansiedlung zu bemühen. Herr Urbanski fiel gleichsam aus den Wolken. Was sollte das heißen, er hatte ein fast fertig gebautes Haus von dem Baumeister Thöerig gekauft, der es auf Grund eines erhaltenen Konsenses erbaut hatte, und jetzt sollte er sich von neuem um einen zweiten Konsens bemühen! Wie begründet dies der Herr Landrat?! Er blickte in das amtliche Schreiben und las schwarz auf weiß die Begründung des Herrn Landrats, dem es als preußischen Beamten niemals an Begründungen fehlen kann, daß im Augenblick des Erwerbes das Haus noch nicht fertiggestellt war, sich also zum Bewohnen nicht eignete, daß also Herr Urbanski, der es bewohnbar gemacht hatte, sich um den Konsens bemühen müßte.

Der Herr Landrat muß das „Gesetz“ kennen, dachte sich Herr Urbanski, da er aber krank zu Bett lag, tat er in dieser Sache nichts. Man erinnerte ihn aber daran, daß er im Staate der Polizei und der Beamten lebt, denn eines Tages erhielt er von dem Kommissar in Bromberg die Aufforderung, sich um den Konsens zu bemühen und die vermieteten Wohnungen zu räumen, unter Androhung einer Strafe von 60 Mark oder 7 Tagen Haft und zwangsweiser Entfernung der Mieter aus dem Hause.

Es gibt in Preußen noch ein Recht, dachte sich Herr Urbanski; er beschwerte sich also beim Landrat über den Kommissar und sandte ein Gesuch um Erteilung des Konsenses von dem Kreisaußschuß, wobei er bemerkte, daß er die wiederholte Bemühung um den Konsens für überflüssig gehalten habe, weil er nur einen gestatteten Bau vollendet habe.

Der Herr Landrat vergaß aber den Herrn Urbanski nicht und erinnerte ihn daran, daß er in den Ostmarken lebt und zu den Bürgern zweiter Klasse gehört. Der Selbstherrscher des Kreises lud Herrn Urbanski gnädigst zu sich ein und gab ihm bekannt, daß er ihm den Konsens erteilen würde, wenn er sich schriftlich verpflichten würde, sein Haus an einen Polen weder zu verkaufen noch zu verpachten. Herr Urbanski achtet sich zu sehr, um auf diesen „kulturellen“ Vorschlag einzugehen! Am 2. Februar übersandte ihm der Herr Landrat ein amtliches Schreiben, in welchem er ihm seine Vermittelung bei dem Regierungspräsidenten versprach, falls er sich verpflichten würde:

1. das Haus an keinen Polen zu verkaufen oder zu vermieten,
2. zur Sicherung der vorstehenden Verpflichtung eine besondere Hypothek in Höhe von 2500 Mk. auf sein Grundstück zu Gunsten des Kreises einzutragen zu lassen,
3. für jede eine Wohnung mietende Familie zur Regulierung der Kirchen- und Gemeindeverhältnisse 250 Mk. zu zahlen.

Das Urteil darüber, wer ein Pole ist und wer nicht, soll einzig und allein dem Herrn Landrat zu-

stehen. Jene 2500 Mk. sollten der Kreiskasse anheimfallen im Falle des Nichtinhaltens der Verpflichtung oder des Verkaufes des Hauses an einen Deutschen, dem er nicht die gleiche Verpflichtung auferlegen würde.

Wo bleibt die Krin, wo Rom — und wo das preußische Recht, muß man sich dem gegenüber fragen. Herr Urbanski wird sich an das Gericht und an den Landtag wenden, dem die außerordentlich „milde“ Anwendung des § 13 von der Abgeordnetentribüne herab vorgelegt werden wird. Wird es einen Zweck haben? Der Herr Minister wird mit dem Kopfe nicken, wird antworten „wir sind nicht in der Lage“ oder eine ähnliche Phrase, und vielleicht, vielleicht wird ein Wunder geschehen und Herrn Urbanski wird sein Recht zuteil werden. Denn auch Wunder sind im preußischen Staate möglich.

Aus Nr. 30 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 7. Februar 1911:

Bank Bydgoski.

Am Sonnabend fand im „Polnischen Hause“ die Generalversammlung der „Bromberger Bank“ statt. Den Vorsitz führte der bisherige Vorsitzende des Aufsichtsrates, Rechtsanwalt Dr. Englich, das Schriftführeramt versah das neue Vorstandsmitglied, Dr. Biewiorowski. Aus der allgemeinen Übersicht, die der Vorsitzende über die Entwicklung dieser so jungen Institution gab, erfahren wir, daß ihr Wachsen ein geradezu außerordentliches ist, was auch der Verbandsrevisor, Geistlicher Volt, in seinem Revisionsprotokoll vermerkt hat. Im ersten Jahre ihres Bestehens hatte die Bank noch einen kleinen Verlust, in diesem, dem zweiten Jahre, hat sie dagegen bereits einen bedeutenden Gewinn erzielt. Der Kassenbericht, den Herr Kurlandt erstattete, weist in manchen Positionen eine geradezu außerordentliche Zunahme und Entwicklung auf. So betrug der Gesamtumsatz 4 206 407 Mk., die Anteile betragen 24 600 Mk., im Jahre 1910 sind für über 1 000 000 Mk. Wechsel diskontiert worden, die Depositen erreichten die ansehnliche Höhe von 437 618 Mk., und auch das Immobilienkonto stellt sich sehr günstig dar.

Der Reingewinn von 4251 Mk. ist wie folgt verteilt worden:

In den Reservefonds 491 Mk., in den Pensionsfonds 1100 Mk., der Rest ist für die 6 % betragende Dividende bestimmt.

In dem Kassenbericht wurde mit Nachdruck hervorgehoben, daß die außerordentliche Entwicklung der Bank vor allem dem Direktor Raciniowski, seiner Umsicht und seinen Verbindungen, die er hat, zu verdanken ist. Es ist dies, wie wir mit Vergnügen hervorheben, eine verdiente Anerkennung.

In den Aufsichtsrat wurden gewählt Herr M. Sentkowski, ein bekannter Kaufmann aus Bromberg, und Herr J. Rogalski aus Grünberg (Zielona gora). Beide wurden einstimmig gewählt, der letztere auf Vorschlag des Organisten Landowicz aus Dombrowka, der ihn nicht nur als geeigneten, sondern auch als einen sich allgemeinen Vertrauens erfreuenden Mann wärmstens empfahl.

Wenn wir hier die außerordentliche Entwicklung der Bromberger Bank betonen, so müssen wir gleichzeitig mit Nachdruck hervorheben, daß dies nicht mit Nachteil für die hier bereits bestehenden polnischen Banken verbunden war. Diese, besonders aber die Bank Ludowy, haben sich auch weiterhin günstig entwickelt. Dies beweist, daß die Bromberger Bank in der Tat eine Lücke ausgefüllt hat, die sich noch auf dem Gebiete des Bankwesens bei uns bemerkbar machte.

Besitzveränderungen
nach den Mitteilungen der polnischen Presse
in der Zeit vom 15. bis 31. Januar 1911. *)

Laufende Nr.	Ort	Name und Wohnort des		Nationalität a) des Verkäufers b) des Erwerbers	Flächen- größe Morgen	Bei städtischen Liegenschaften nähere Bezeichnung des Grundstücks	Kauf- preis
		Verkäufers	Erwerbers				

A. Städte.

1	Grabow	Joseph Karolewski	Speter	a) Pole b) Deutscher	—	Hausgrundstück	42 000
2	Hohenfalsa	Fuchs, Gärtner	Johann Gutorski	a) Deutscher b) Pole	—	4 Morgen Gartenland	6 000
3	Labischin	Adalbert Nowak aus Znin	Katharina Lewan- dowska	a) Pole b) Pole	—	Hausgrundstück mit Zubehör	5 250
4	Posen Stadt	Wl. Stelmazjewski	Bank Przemyslawcow	a) Pole b) Pole	—	Grundstück Annenstr. 4	76 000
5	Strelno	Giemza, Bäcker aus Kruschwitz	Karl Pischak	a) Pole b) Deutscher	—	Grundstück an der Hl. Geiststr.	50 000
6	Wongrowitz	Trynka, Fleischer- meister	Rnaack, Töpfer- meister	a) Pole b) Deutscher	—	Grundstück an der Brombergerstr.	21 500

B. Plattes Land.

a) Provinz Posen.

7	Brakoniewice, Kr. Kolmar	Grzecika aus Po- trzymowo, Kr. Witkowo	Splatterische Eheleute	a) Pole b) Deutscher	?	—	?
8	Ganin b. Stenichewo	Wojciech Kolinski	Chrzonijczak	a) Pole b) Pole	200	—	90 000
9	Grabowo, Kr. Mogilno	Thomas Gonsior	Skaza	a) Pole b) Pole	240	—	75 000
9a	Razmierz, Ko- morowo und Emilianowo	Ansiedl.-Kommission	Herzog Alfred von Sachsen-Coburg- Gotha	a) Deutscher b) Deutscher	10 300	—	?
10	Zanowice bei Grone a. Br.	Zwei Juden aus Wongrowitz	Kierski	a) Deutscher b) Pole	800	—	?
11	Koldromb, Kr. Znin	Polnische Bank	Beckwerth	a) Pole b) Deutscher	60	—	42 000
12	Odra	Stephan Ankiewicz aus Wollstein	Beiffert	a) Pole b) Deutscher	Gastwirt- schaft mit Ackerland	—	90 000
13	Piecki bei Strelno	Andreas Domalski aus Wola wap.	Bronisl. Wisniewski	a) Pole b) Pole	Kleines Acker- grund- stück desgl.	—	3 200
14	Wola kozuż- kowko	Wojciech Nowakowski	Wejelowski, Stell- macher	a) Pole b) Pole	—	—	3 450

b) Provinz Westpreußen.

15	Gzarze Kr. Culm	?	Kadzinski	a) Deutscher b) Pole	Kleines Grund- stück mit Acker	—	?
		?	Wl. Wadolski	a) Deutscher b) Pole	desgl.	—	?
		?	Jaworski	a) Deutscher b) Pole	desgl.	—	?
16	Gruppe, Kr. Graudenz	Smwalski aus Stargard	Kopper	a) Pole b) Deutscher	Bauern- wirtschaft	—	57 400

*) Siehe Nr. 4/11 S. 102, Nr. 5/11 S. 139 ff.

Kaufende Nr.	Ort	Name und Wohnort des		Nationalität a) des Verkäufers b) des Erwerbers	Flächen= größe Morgen	Bei städtischen Liegenschaften nähere Bezeichnung des Grundstücks	Kauf= preis M
		Käufers	Verkäufers				
17	Gruppe, Kr. Graudenz	Wilemski aus Boleſchin	Suwałski aus Gruppe	a) Pole b) Pole	Bauern= wirtschaft 4830	—	75 000
18	Wallitſch, Kr. Brieſen	Stanislaus v. Chel= micki	Adalbert v. Chelmicſki	a) Pole b) Pole		—	668 300

Aus Nr. 30 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 7. Februar 1911:

Lindenwald, Kreis Wirſig.

Schon lange war von dieser Gegend nichts zu hören, und deshalb ist es auch die höchste Zeit, wieder einmal ihrer zu gedenken. Der Ring der deutschen Ansiedlungen um Lindenwald herum schließt sich immer mehr. Die Ansiedler spielen die großen Herren. Man erzählt viele interessante Dinge von diesen Ankömmlingen. Einige, die Schulden gemacht haben, sind dahin ausgerückt, wo der Pfeffer wächst, andere beabsichtigen dies ebenfalls zu tun. Am originellsten ist die frisch importierte Marke der Ansiedler aus Rußland. Diese armen Kerle verstehen nicht ein einziges Wort deutsch; ein aufgeklärter Landsmann hat sich sogar eine polnische Zeitung verschrieben, um in einer ihm verständlichen Sprache lesen zu können, was in der Welt vorgeht.

Dafür herrschen in unserer Pfarodie unerträgliche Verhältnisse. Der örtliche Seelsorger, Propst Meger, erfreut sich nicht des Vertrauens der Pfarochianen, die ihn beschuldigen, daß er die Absicht habe, die Pfarodie zu germanisieren. Deshalb und aus anderen Gründen ist das Verhältnis zwischen ihm und der Pfarodie ein sehr gespanntes. Es genügt zu sagen, daß ihm jene ein Dorn im Auge sind, die polnischen Vereinen angehören. Wenn auch die Pfarochianen sämtlich Polen sind, so verachtet er dennoch alle Rundschreiben in deutscher Sprache, welche viele nicht beherrschen. Einen angesehenen Wirt, welcher elf Jahre auf dem Chore sang, ließ er von diesem entfernen, weil er ein eifriger Mitarbeiter im Volksverein ist. Für seine feindliche Haltung gegenüber unserer Sache zeugen noch andere seiner Taten, die wir hier nicht besprechen werden. Er hat die Pfarochianen so sehr gegen sich aufgebracht, daß sie sich mit dem Gedanken tragen, die Bitte an das Konsistorium zu richten, ihn aus der Pfarodie zu entfernen.

Da trotz erneuter Bitten Propst Meger in den dortigen Vereinen nicht arbeiten will, im Gegenteil die Entwicklung derselben nach Möglichkeit hindert, ist es lobenswert, daß die dortige Bevölkerung von dem einmal eingeschlagenen Wege nicht abweicht und sich bemüht, für ihre Bestrebungen auf verschiedenen Seiten Hilfe zu finden. So hat auch die Versammlung des Volksvereins, die heute stattgefunden hat, eine große Zahl von Mitgliedern herangezogen und diese, am Geiste gestärkt, werden sich weiterhin um so eifriger an die Arbeit machen. Als eingeladener Redner erschien Herr Nowakowski von der Redaktion des Dziennik Bydgoski. Er schilderte unsere gegenwärtige Lage und beschrieb die Bedrückung und Knebelung, die unsere Nationalität auf Schritt und Tritt zu erdulden habe.

Die in dem uns aufgezwungenen Kampfe errungene Widerstandsfähigkeit werde, nach Ansicht des Redners, alle Versuche, uns den Untergang zu bereiten, zunichte machen. Es sei nur ausdauernde Arbeit auf allen Gebieten erforderlich, und wir würden uns durch Arbeit und Aufklärung eine bessere Zukunft erkämpfen. Diese Rede ergänzte Herr Palczynski aus Wisitno. Dann ermunterte der Vorsitzende Kempinski, der seiner Freude über den gelungenen Verlauf der Versammlung Ausdruck gab, zur Unterstützung der polnischen Zeitungen, besonders aber jener, die ohne Lug und Trug für das Volk arbeiten.

Nach Absingen einiger Heimatslieder wurde die Versammlung geschlossen.

Aus West-, Ostpreußen und Pommern.

Aus Nr. 14 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 2. Februar 1911:

Voran die Polen schuld sind?

Den deutschen Blättern wird aus Berlin mitgeteilt, daß die polnische Frage daran schuld ist, daß die deutsche Regierung dem Reichstag das Reichsapothekengesetz nicht vorlegen kann. Die deutsche Regierung hat ein solches Gesetz schon vorbereitet, doch die preußische Regierung will sich damit nicht einverstanden erklären, daß die polnischen Apotheker ebenso wie alle anderen den Konsens zur Einrichtung einer Apotheke der Reihe nach bekommen sollen. Die preußische Regierung will die Möglichkeit haben, den großpolnischen Agitatoren, wie die deutschen Blätter schreiben, die Konzession zu verjagen. Da aber der gegenwärtige Reichstag für eine derartige Ausnahmevorschrift gegen die Polen nicht zu haben sein würde, darum wird die deutsche Regierung das schon ausgearbeitete Apothekengesetz dem Reichstag nicht vorlegen, sondern sie wird gewiß auf die Bildung eines neuen antipolnischen Blocks im Reichstage warten. Also sind die Polen daran schuld, daß es kein Reichsapothekengesetz geben wird.

Für uns ist es insofern interessant, als es sich von neuem zeigt, daß wenn die polnischen Abgeordneten den antipolnischen Block im Reichstage nicht zertrümmert hätten, dieser antipolnische Block im Reichstage gewiß wieder neue antipolnische Gesetze gegen die Polen beschließen haben würde.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß die deutsche Regierung im Reichstage ein Ausnahmegesetz gegen die polnischen Blätter durchbringen wollte, und hier zeigt

es sich wiederum, daß auch ein Gesetz gegen die polnischen Apotheker schon fertig war. Und bei diesen beiden Gesetzen wäre es sicher nicht geblieben.

Die Politik der polnischen Abgeordneten war also, wie es sich zeigt, doch sehr klug.

Aus Nr. 15 des Pielgrzym (Pelplin)

vom 4. Februar 1911:

Aus der Fremde

wird uns geschrieben:

Schlag auf Schlag fällt auf unsere Volksgeamtheit nieder. Vor kurzem haben wir hervorragende Männer auf dem Gebiete des polnischen Gemeinwesens, wie den Abgeordneten Dr. Szuman und den Prälaten Wawrzyniak begraben, und heute stehen wir wieder am offenen Grabe des unvergeßlichen Abgeordneten Prälaten v. Jazdzewski. Rühmende Nekrologe haben dem Verstorbenen neben allen polnischen Blättern auch die Hauptzentrumsorgane, wie die Germania und die Köln. Volksztg. gewidmet, indem sie den Prälaten v. Jazdzewski sel. Angedenkens als einen Ritter hingestellt haben, der während des Kulturkampfes Schulter an Schulter mit Windhorst, Reichensperger, Schorlemer u. a. m. für unsere heiligste Sache, für unsere katholische Religion gekämpft hat. Dafür haben die Polen auch in polnischen Angelegenheiten eine würdige Unterstützung der damaligen Zentrumsparlei gefunden. — Heute herrschen andere Verhältnisse; beide Parteien haben sich getrennt, beide Parteien gehen für sich allein, die frühere Brüderlichkeit zwischen beiden Parteien ist gestört worden, das Verhältnis hat sich gelockert. Beiden Parteien muß man Schuld geben. Angesichts der bevorstehenden Reichstagswahlen drängt sich mir aber unwillkürlich die Frage auf: Besteht die Möglichkeit für eine Einigung beider Parteien? — Meiner Ansicht nach besteht sie. Die kommenden Wahlen sollen, wie man aus der gegenwärtigen Atmosphäre folgern kann, und wenn die Voraussagen nicht täuschen, entscheiden, ob die christlichen Parteien, d. h. die Katholiken und Konservativen, oder die Atheisten, die Ungläubigen und um das goldene Kalb Herumtanzenden, d. h. die Sozialdemokraten und Liberalen den Reigen führen sollen. Wir dem Glauben unserer Vorfahren getreuen Polen werden uns dem christlichen Lager anschließen. Unser Glaube verbindet uns mehr mit den Katholiken, in diesem Falle mit den Zentrumsleuten. Es wäre also angebracht, schon vor den Wahlen Stellung dazu zu nehmen, um die Ungläubigen von der Wahl auszuschließen. Möglich ist das aber nur durch Abschließung von Bündnissen oder Kompromissen. Es ist ja wahr, daß wir Polen von den Kompromissen mit den Zentrumsleuten bei den Landtagswahlen wenig Vorteile gehabt haben, da ein Teil von ihnen — die Beamten — aus Furcht vor dem Hakatismus und der Regierung — es hat sich hierbei um die Existenz gehandelt — für den Gegner gestimmt hat, weil die Wahlen öffentlich sind. Bei den Reichstagswahlen liegt dieser Umstand nicht vor, und es ist zu hoffen, daß es dank der ausgeprägten und vorzüglichen Zentrumsdisziplin gelingen wird, solche saumseligen und unsicheren Wähler zur Erfüllung des eingegangenen Bündnisses zu bewegen, weil die Wahlen geheim sind. — Kompromisse müssen selbstverständlich beiden Teilen Nutzen bringen. Es wäre also Sache des Zentral- oder Provinzialkomitees, die Kompromißbedingungen mit der Zentrumsparlei zu besprechen und festzusetzen.

Möge es mir gestattet sein, die Wahlkreise anzuführen, in denen die katholische Bevölkerung, die polnische und deutsche zusammen, die Mehrheit bilden,

und die gegenwärtig von Lutheranern und Liberalen vertreten werden, während diese Mandate Katholiken haben könnten.

Im Wahlkreis Stuhm-Marienwerder gibt es über 11 200 katholische Wähler; bei der Reichstagswahl 1907 haben erhalten: der Pole 7226, der Zentrumsmann 940, der Freikonservative oder Reichsparteiler 10 058 Stimmen. Wo sind die über 3000 katholischen Stimmen geblieben? — Im Wahlkreis Rosenberg-Löbau gibt es zusammen über 10 600 Katholiken; 1907 haben erhalten: der Pole 8635, der Zentrumsmann 83 und der Freikonservative 11 149 Stimmen; auch hier fehlen 2000 katholische Stimmen. Im Wahlkreis Thorn-Kulm gibt es zusammen über 18 000 wahlberechtigte Katholiken; indessen haben 1907 erhalten: der Pole 14 864, der Zentrumsmann 18 und der Freisinnige 15 538 Stimmen. Im Wahlkreis Graudenz-Strasburg beträgt die Zahl der katholischen Stimmen über 15 600; dagegen haben 1907 erhalten: der Pole 13 549 und der Freisinnige 14 587 Stimmen. Im Bromberger Wahlkreis können über 11 000 Katholiken stimmen; 1907 haben erhalten der Pole 8027 und der Freikonservative 15 814 Stimmen. — Jetzt führe ich noch Wahlkreise an, in denen man mit den Zentrumsleuten zusammen arbeiten könnte: Danzig Stadt, Czarnikau-Kolmar, Striegau-Schweidnitz, Meseritz-Bornitz, Fraustadt-Lissa. Ferner kommen von den hiesigen rheinländisch-westfälischen Wahlkreisen, in denen man die Zentrumsleute für die Hilfe im Osten unterstützen könnte, in Betracht: Bochum-Gelsenkirchen, Duisburg-Mühlheim, Dortmund-Hörde u. a. — Es verlohnt sich der Mühe, das in Erwägung zu ziehen. Vielleicht könnte einer der Leser mit noch mehr Material dienen. Sowohl wir Polen als auch das Zentrum scheinen verlassen dazustehen; und es scheint, daß man gegen uns noch mehr losstürmen wird. Vergessen wir nicht: wo sich zwei zanken, da freut sich der Dritte.

Ein Verbannter.

Mit den obigen Ausführungen könnte man sich einverstanden erklären, wenn das heutige Zentrum so wäre wie zu Zeiten Windhorsts und Mallinrodt's. Heute sind die Zentrumsleute leider zum größten Teil nicht nur Gegner, sondern sogar Feinde der Polen, und wir haben keinen Grund, uns mit ihnen zu verbinden, wenn uns diese Verbindung zum Nachteil gereicht.

Aus Nr. 17 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)

vom 9. Februar 1911:

Um die Krippe voller Fraß.

Die Gazeta Grudziadzka hat niemals daran gezweifelt, daß die preußischen Polenfreßer nur deshalb gegen die Polen eine Hege veranstalten, daß sie nur deshalb die Ansiedlungspolitik der Regierung verteidigen, daß sie vor allen Dingen nur deshalb die Enteignung fordern, weil ihnen daran liegt, sich und den ihnen nahestehenden Personen die Krippe mit ausreichendem und schmackhaftem Fraß zu füllen. Schließlich fangen auch die — Deutschen an, dies zu begreifen. Das haben vor einigen Tagen deutsche Blätter, und besonders die Westdeutsche Landeszeitung ausgesprochen. Sie schreibt über die Ansiedlungspolitik der preußischen Regierung, zu der die preußische Regierung von den preußischen Polenfreßern gezwungen worden ist und wird, wörtlich folgendes:

(Rückübersetzung aus dem Polnischen.)

„Die einzige günstige Folge der Ansiedlungspolitik war, daß sie die schon gefährdete Existenz einer ganzen

Reihe von Deutschen gerettet hat, und es ist allgemein bekannt, daß die Ansiedlungskommission schon lange zu bestehen hätte aufhören müssen, wenn nicht so viele interessierte und wirtschaftlich bedrohte Herren von ihr abhängig gewesen wären."

Also es handelt sich den preußischen Polenfreßern um die harten Taler und um den Graß für sich und die ihrigen; das sehen nicht nur die Polen, sondern auch die Deutschen, welche die Augen dazu haben, um zu sehen. Als Beweis hierfür können die oben angeführten Worte der Westdeutschen Landeszeitung gelten.

Die erwähnte Zeitung entrüstet sich auch darüber, daß die Steuern, welche von der ganzen Bevölkerung gezahlt werden, zu solchen Zwecken verwendet werden. Dieses Blatt weist auch nach, daß die ganze antipolnische Politik der preußischen Regierung vor dem Bankerott steht. Es beweist auch, was wir schon längst geschrieben haben, daß die preußischen Polenfreßer nur deshalb so gewaltsam die Enteignung fordern, weil es sich ohne Anwendung der Enteignung sehr bald zeigen würde, daß das ganz künstlich aufgebaute antipolnische Gebäude zusammenbrechen und die Ansiedlungskommission bankrott werden muß.

Die Westd. Landeszeitung weist ferner nach, daß von den 65 Quadratmeilen, welche die Ansiedlungskommission bisher gekauft hat, 45 1/2 aus deutschen und nur 19 1/2 aus polnischen Händen stammen.

Die Tätigkeit der Ansiedlungskommission hat auch die polnische Bevölkerung zu einer hartnäckigen Verteidigung des Grundes und Bodens veranlaßt, und zwar mit dem Erfolg, daß sich gegenwärtig in den Händen der Polen 400 000 Morgen mehr Grund und Boden befinden als vor der Gründung der Ansiedlungskommission.

Ferner weist die Westd. Landesztg. darauf hin, daß das Enteignungsgesetz die Enteignung von nur 70 000 ha oder 280 000 Morgen vorsehe. Wenn diese Fläche enteignet sein wird, dann wird es nach 2 oder 3 Jahren der Ansiedlungskommission wieder an Land fehlen. Was dann? Soll dann wieder ein neues Enteignungsgesetz beschlossen werden? Soll man dann weiter in den Schmutz der Ungerechtigkeit versinken.

Zum Schluß fragt dann die erwähnte Zeitung, ob es nicht besser wäre, die ganze antipolnische Politik schießen zu lassen.

Diese Stimme eines offensichtlich schätzenswerten deutschen Blattes ist jedenfalls sehr interessant.

Geben wir uns aber nicht der Täuschung hin, daß diese Stimme des schätzenswerten und vernünftigen deutschen Blattes auf die preußische Regierung Einfluß ausüben und den rasenden sowie wütenden Pöbel der preußischen Polenfreßer zu Verstand bringen wird. Die preußische Staatsmaschine muß noch tiefer in den Schmutz versinken, sie muß sich so festrennen, daß sie nicht mehr imstande ist, sich von der Stelle zu rühren. Dann wird schließlich die preußische Regierung mit der Nase an die untrügliche Wahrheit stoßen, daß die preußischen Polenfreßer sie auf Abwege geführt hat. Und dann wird sie vielleicht die Obhut der Polenfreßer von sich abschütteln.

Ob es dann aber nicht schon zu spät sein wird, ob dann der Schaden noch gut gemacht werden kann, den die antipolnische Politik dem preußischen Staate selbst zufügt, das wissen wir nicht.

Aus Nr. 16 der Gazeta Olsztyńska (Allenstein)
vom 7. Februar 1911:

Aus der Parochie Wartenburg.

Geehrte Leser!

Auch ich muß etwas an unsere Gazeta schreiben. Früher war ich ein fanatischer Zentrumsmann, doch jetzt habe ich mich den Polen und dem polnischen Kandidaten, Propst Barczewski, angeschlossen, denn heute sieht es doch jeder klar auf der Hand, wie die Zentrumsleute uns in Berlin verteidigt haben und wie sie im allgemeinen mit uns umgehen, und dann fordern sie noch, daß wir Polen ihnen unsere Stimme geben sollen. Das Volksblatt freut sich, daß der Pole nicht siegen wird — und doch gibt es in diesem Bezirk mehr Polen, wenn nur jeder Pole seinem Kandidaten die Stimme geben möchte. Und die Zentrumsleute stellen sogar dort Kandidaten auf, wo es ihrer kaum 200 bis 300 gibt — und uns möchten sie das freie Stimmrecht nehmen? Mögen die Zentrumsleute nur vor ihrer eignen Tür stehen und uns in Ruhe lassen.

Also ermländischen Brüder, machen wir uns hurtig ans Werk, wählen wir den Pfarrer Barczewski und lassen wir den Zentrumsmann Orłowski unbeachtet.
Ein früherer Zentrumsmann.

Aus Nr. 12 des Mazur (Ortelsburg)
vom 9. Februar 1911:

Der Herr Pastor J. A. Loppe aus Domaczewo

hat uns in liebenswürdiger Weise eine schöne Erzählung unter dem Titel „Die masurischen Brüder im Pinsker Moor, eine Erzählung über die masurischen Auswanderer in Podlachien“ übersandt.

Herr Pastor J. A. Loppe hat uns diese Erzählung mit folgenden Begleitworten geschickt:

„Möge der Herrgott diesen Verlag segnen zur Festigung der masurischen Brüder in der Einheit des Glaubens und der Sprache mit den anderen polnischen Mitbrüdern. Ein Glückauf euch und uns.“

J. A. Loppe, Pastor.“

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 13 des Katolik (Bentzen D.-S.)
vom 31. Januar 1911.

Polentum und Germanisierung.

Unter dieser Ueberschrift bringt die Schles. Volkszeitung einen, wie sie selbst hinzufügt, von einem Polen eingesandten Artikel. Dieser Artikel, der gegen unsere Blätter gerichtet ist, enthält ziemlich interessante Ausführungen. Jedoch muß von vornherein bemerkt werden, daß dieser Artikel fast seinem ganzen Inhalt nach irrig ist; er erteilt unsern Blättern verschiedene „gute“ Ratschläge, die, soweit sie gut sind, längst von uns praktisch angewendet werden und, soweit sie nicht gut sind, von uns niemals in die Tat umgesetzt werden dürften. Weiter bringt dieser Artikel über uns sogar solche Dinge, die nie bestanden haben. Dies könnte uns gehörig empören, wenn wir nicht genügend Stärke in der Tugend weitgehender Nachsicht besäßen.

Wir werden den Artikel des Herrn Polen Stück für Stück zergliedern und beleuchten, und unsere geehrten Leser mögen alles aufmerksam durchlesen, denn dies werden oft interessante und belehrende Dinge sein. — Zunächst bemerkt dieser Pole kurz, daß sich unser

Blatt in letzter Zeit scharf gegen manche Bestrebungen der Polengermanisierung gewandt habe, und schreibt dann weiter:

„Gewiß ist es Pflicht des polnischen Volks, sich in jeder Hinsicht seine Eigenart zu erhalten und sich gegen jedwede Bedrohung desselben ganz entschieden zu wehren. Das Volk wäre nicht mehr wert, zu existieren, welches sich ohne Kampf bedingungslos in die Arme eines andern werfen, welches sich selbst vernichten wollte und in einem anderen ohne weiteres aufzugehen wünschte. Und daher ist es gut, ja notwendig, daß mehrere da sind, die wankelmütige Volksgenossen an ihre Pflichten erinnern. — Aber bedauerlich ist die Art und Weise, auf die der Katolik und verwandte Blätter dieser Pflicht gerecht zu werden suchen. Traurig wäre es, wenn alle Leser mit den Ausführungen genannter Blätter einverstanden wären. Nein, bei der großen Menge kann dies nicht der Fall sein. Ich weiß, daß meine Volksgenossen auch noch gerecht zu urteilen vermögen. — Ihr lauten Rufer im und zum Streite auf polnischer Seite, habt ihr denn nichts Besseres zu tun, als das arme Volk zu verheizen? Der Haß ist schon lange geschürt, verhezt ist es schon zur Genüge.“

So schreibt dieser Pole. Auf seinen ersten Satz haben wir nichts zu erwidern. Was er aber von der bedauerlichen Schreibart unserer Blätter schreibt, so ist uns nicht bekannt, worum es sich diesem Herrn handelt. Wenn es sich ihm nur um den Geschmack handelt, so können wir uns mit ihm nicht auseinandersetzen. Schon die alten Lateiner sagten sprichwörtlich: *De gustibus non est disputandum*, und sie sprachen mit vollem Recht so, denn jeder hat seinen Geschmack. Was die Leser anbetrifft, so stimmen sie mit uns vollständig überein, denn es ist richtig, daß die große Volksmenge noch gerecht urteilen kann. Dich aber, Herr Pole, würde die gerechte große Volksmenge zur Steinigung da für verurteilen, daß du eine solche Unwahrheit, wir verheizen das arme Volk und schürten Haß, geschrieben hast.

Was die Verhezung anbetrifft, so wäre es besser, wenn du Herr Pole, die Sorge um diese Angelegenheit den Polizeibehörden und Staatsanwälten überlässest, die nur gar zu gewissenhaft darüber wachen, daß unsere Zeitungen nicht heizen, und die unser Blatt ungleich genauer lesen, als du, Herr Pole. Es wäre nötig, daß du bei den Gerichten den polnischen Prozessen beiwohntest, und du würdest dort die Überzeugung gewinnen, daß du, zur Überwachung und Beurteilung, ob unsere Zeitungen heizen oder nicht, ganz überflüssig seist.

Übrigens haben wir keine Veranlassung, das Volk zu verheizen, dies tun verschiedene andere Faktoren. Der erste, der unser Volk mächtig verhezte, war Bismarck während des Kulturkampfes. Auch vor dem Auftreten Bismarcks gegen das Volk gab es schon polnische Arbeiter auf dem Felde Oberschlesiens; es gab z. B. einen Josef Lompa, der sein ganzes Leben an der Aufklärung und kulturellen Hebung gearbeitet, der außerordentlich viel gearbeitet, Duzende von Büchern für das Volk verfaßt, Zeitungen für das Volk geschrieben und herausgegeben hat, und dennoch verhezte er dieses Volk nicht, ja er setzte es nicht einmal in Bewegung und starb selbst vor Hunger. Als aber Bismarck den Glauben und die Nationalität des Volks angriff, setzte er das ganze Volk nicht nur in Bewegung, sondern er brachte es in Aufruhr. Und heute unterhalten diese Empörung des Volks die politischen Erben Bismarcks, nicht aber die polnischen Zeitungen.

Uns kommt es keineswegs auf eine Verhezung an, denn wir wollen und trachten danach, daß unser Volk

nüchtern, klar, vernünftig, entschieden dächte und urteile, aber bei dieser Verhezung kann kein Mensch nüchtern denken. Wir wünschen, daß unser Volk in jeder Beziehung aufgeklärt wäre, daß es bei der Verteidigung seiner Existenz umsichtig und regsam wäre, daß es daran arbeitete, seine materiellen, nationalen, kulturellen und alle anderen Güter zu vermehren und alle diese Güter seiner Nachkommenschaft zu sichern. In diesem Geiste arbeiten wir, und werden wir arbeiten. Was die Art und Weise dieser unserer Arbeit anbetrifft, so überlasse, Herr Pole von der Schles. Volksztg., diese Angelegenheit schon uns, die wir eine langjährige Praxis und Erfahrung hinter uns haben. Dem uns und unserer Arbeit Fernstehenden mag bisweilen dies oder jenes unrichtig erscheinen, was sich bei näherer Betrachtung als sehr gut oder sogar notwendig und unumgänglich erweist.

Wenn du, Herr Pole, weiter von einer Schürung des Hasses durch uns sprichst, so sei so gütig und sage uns: Wo, wann, wie und gegen wen haben wir Haß geschürt? Wenn du, Herr Pole, uns dies beweisen und deine Photographie übersenden willst, so sind wir bereit, zum Lohn dein Ebenbild mit einem schönen Rand auf der ersten Seite unseres Blattes zu veröffentlichen mit der Unterschrift: „Ehre dem großen Entdecker!“ Gleichzeitig werden wir unsere Leser auffordern, dir ihre Glückwünsche ob der unerhörten Entdeckung darzubringen. — Wir warten also und bitten!

Über die weitere Ausführung des Herrn Polen von der Schles. Volksztg. werden wir in der nächsten Nummer sprechen.

Fortsetzung
aus Nr. 14 des Katolik
vom 2. Februar 1911:

Weiter wendet sich der geehrte Herr Pole in der Schles. Volksztg. unmittelbar gegen uns: „Warum geht ihr nicht hin und sagt dem Volke frank und frei, was es dem germanischen Stamme zu verdanken hat? Dem germanischen Stamme, der auch nicht aus sich selbst geworden, was er ist, der so viel, so unendlich viel von fremden Völkern erhalten und angenommen hat. Weshalb laßt ihr unser Volk das Gute, das es hat, nicht in Ruhe und Frieden genießen, weshalb macht ihr es nicht auf seine Mission aufmerksam, die von Westen kommenden Kulturerrungenschaften anzunehmen und als Durchgangsvolk es nach dem Osten weiterzugeben! Oder steht der Osten bereits auf solcher stolzen Höhe der Kultur? O, ich glaube es nicht! Da brodelte und zischt es, da zucken Blitze, und drohende Wetterleuchten erhellen das politische Firmament! Es ist das der Kampf des Volksgeistes, der nach größerer Freiheit ringt, der die vielen, unendlich drückenden Fesseln, die Folge unentwickelter Kultur, abzustreifen bemüht ist.“

So schreibt dieser Pole. Darauf muß wiederum mit einigen aufklärenden Bemerkungen geantwortet werden. Warum gehen wir nicht unter das Volk, und warum erzählen wir ihm nicht, was alles die polnische Nation der deutschen verdankt? Nun, Herr Pole, weil dies ein sehr gefährliches Unternehmen wäre; der preußische Staatsanwalt könnte uns ein über das andere mal auf Grund verschiedener Paragraphen zur gerichtlichen Verantwortung ziehen, einmal vielleicht, weil wir zu Gewalttätigkeiten aufreizen, das andere mal, weil wir staatliche Geseze und Einrichtungen lächerlich machen usw.

Sage uns doch auch, Herr Pole von der Schles. Volksztg., was verdankt denn eigentlich die polnische Nation der deutschen? Nicht etwa die Teilung Polens und die Vernichtung der höchsten politischen Freiheit?

Nicht etwa die Germanisierung Nieder- und Mittel-schlesiens? Nicht etwa die Ansiedlungskommission im Posenen und Westpreußen? Nicht etwa die Verdrängung unserer Muttersprache aus allen Schulen und Ämtern? Nicht das Enteignungsgezet? Nicht das Maulkorbgezet? Nicht Hunderte und Tausende von Prozessen und Strafen, sogar wegen so elementarer Dinge, wie das Lehren der Muttersprache? Nicht die Hemmung unserer Kultur, unserer materiellen und geistigen Entwicklung? Verdanken wir nicht so und so viele andere ähnliche „Wohltaten“ der deutschen Nation?

Wir könnten diese „Wohltaten“ ins Unendliche aufzählen. Aber du wirst, Herr Pole, vielleicht einwenden, daß nicht alle Deutschen so mit uns verfahren. Wir geben zu, daß es nicht alle Deutschen tun, sondern nur die österreichischen und preußischen Deutschen, aber auch von diesen billigen alles dies nicht alle! Was hat das aber zu bedeuten, wenn wir zu denjenigen Deutschen, die uns kein Unrecht zugefügt haben, keine nachbarlichen Beziehungen haben, weil sie von uns zu weit entfernt wohnen; wenn wir infolge dieser Entfernung mit ihnen keine Beziehungen unterhalten, höchstens nur gegenseitig sympathisieren können? Von ihnen empfangen wir nie Wohltaten, außer von Zeit zu Zeit Sympathien, die wir unsererseits gleichfalls mit Sympathien erwiderten. Du wirst, Herr Pole, vielleicht sagen, daß wir alles von den Deutschen empfangene Gute vergessen haben und dem Volke erzählen sollen, was wirklich Gutes wir von der deutschen Nation empfangen haben. Du möchtest vielleicht, daß wir vergessen, was uns unaufhörlich bedrückt und quält, was uns aufs tiefste schmerzt und beschwert; statt dessen wünschtest du, daß wir Tag und Nacht erfundene Lügen erzählen, daß wir sehr viel Gutes oder alles Gute, was wir hatten oder noch haben, nur der deutschen Nation oder vielleicht gar den Alldeutschen und Hafatisten danken!!! Daß die ganze polnische Nation dafür vor den deutschen Göttern Verbeugungen machen und ihre Hände küssen soll und jeden Deutschen gleichjam als ihren Wohltäter, Vater, Lehrer und Herrn verehren soll.

Wenn du, Herr Pole, so niedrige und unmoralische Instinkte haben solltest, so müßten wir diese Auseinandersetzungen mit dir abrechnen. Aber wir glauben noch nicht, daß du so verkehrte Reigungen hast; wir glauben vielmehr, daß dies nur eine augenblickliche Unüberlegtheit auf deiner Seite, ein sozusagen vorübergehender Kopfschwindel war. Darum werden wir dein Geschreibe noch weiter beleuchten.

Daß die deutsche Nation nicht von selbst geworden ist, was sie ist, geben wir dir gern zu. Denn daß die deutsche Nation jahrhundertlang zu ihrem Vorteile so viele Völker und Nationen im Süden und Osten unterjocht und ausgebeutet hatte, ist eine nur zu bekannte geschichtliche Wahrheit. Daß auch die polnische Nation den Deutschen infolge ihrer manchmal an Leichtsinns grenzenden Gutmütigkeit wiederholt geholfen hat, ist ebenfalls bekannt. Nur der polnischen Gutmütigkeit verdanken die Deutschen, daß das preußische Königreich entstanden ist, die Polen nach Wien gegen die Türken zogen, um die Deutschen zu retten usw. Du schreibst also die Wahrheit, wenn du sagst, daß die deutsche Nation von anderen Nationen viel entlehnt und empfangen hat und mit Hilfe ihrer Bemühungen das geworden ist, was sie ist, ein höchst unangenehmer Nachbar für die benachbarten Nationen und Staaten.

Wenn du aber, Herr Pole, fragst, warum wir unser Volk nicht in Ruhe die Güter genießen lassen, die es hat, so erwidern wir, daß du diese Frage einer anderen Seite, nicht uns hättest stellen müssen. Gerade wir wünschen nichts mehr, als daß man unser

Volk endlich zu schikanieren aufhöre und es in Ruhe lasse, damit es in Ruhe und ungehindert an der Festigung seiner Existenz, an der Hebung seiner Kultur, an der Mehrung seiner Güter, welcher Art immer sie seien, arbeiten könnte. Wenn aber die Gegner des polnischen Volks von allen Seiten und auf verschiedene Weise die Rechte und Güter dieses Volks zu beschneiden und zu vernichten trachten, so ist es natürlich unsere Pflicht, darauf aufmerksam zu machen, dem Volke die Augen zu öffnen und es zur Verteidigung seiner Existenz und seiner Güter aufzufordern. Das ist die Wahrheit, und eine gegenteilige Behauptung ist Lüge.

Später mehr!

Fortsetzung aus Nr. 15 des Katolik (Beuthen D.-S.) vom 4. Februar 1911:

Bevor wir, Herr Pole von der Schles. Volksztg., zu einer weiteren Auseinandersetzung mit dir herantreten, werden wir dir kurz erklären, daß die polnische Nation ihre eigene, schon etwa 1000 Jahre alte Kultur hat, und daß sie ihre Kultur nicht der deutschen Kultur, sondern anderen Faktoren und ihrer eigenen Tüchtigkeit verdankt.

Die Kultur und Zivilisation, d. i. den Fonds an Wissen, Wohlstand und seinen Sitten der gegebenen Volksgesamtheit kann eine Nation entweder selbständig durch eigene Errungenschaft oder durch Verpflanzung einer fremden Kultur und Zivilisation in ihr Vaterland oder gleichzeitig auf die eine und andere Art erwerben und vermehren. — Die Anfänge der Kultur in der Welt und ihre ersten wichtigeren Fortschritte waren in Asien. Asien ist die Wiege des Menschengeschlechts auf Erden; die Länder Asiens waren zuerst von Menschen bewohnt; dort entstanden auch die ersten Nationen und Staaten, die ersten Gesetze, Wissenschaften und Künste, kurz die erste Kultur. Und diese Kultur erreichte eine sehr hohe Stufe in Ägypten, Palästina, Phönizien, Babilon usw.

Die Völker zerstreuten sich indes immer mehr nach Norden und Westen und bevölkerten langsam den Süden und später Nordeuropa. So drang auch die Kultur immer mehr nach Europa vor. Im Altertum, noch vor der Geburt Christi, erreichte die Kultur in Europa die größte Höhe in Griechenland und Italien, und zwar dank der Tüchtigkeit der Menschen, die diese Länder bewohnten, sowie dank der günstigen geographischen Lage. Zuerst eigneten sich die Griechen die Kultur der verschiedenen Länder Asiens an, schließlich aber trugen sie selbst durch ihre Arbeit zur Hebung der Kultur zu einer ungemein hohen Stufe bei. Die Römer nahmen die Kultur teils von den asiatischen Völkern, teils von den Griechen an, worauf sie schließlich auch selbst bei sich die Kultur vermehrten und hoben.

Die alten Römer eroberten allmählich fast die ganze damals bekannte Welt. Zur Zeit der Geburt Christi war Rom die Hauptstadt der Welt, dort war der Reichtum der ganzen Welt aufgehäuft, dort war damals auch die Kultur der ganzen Welt konzentriert. Während die Griechen in den schönen Künsten und Wissenschaften voranleuchteten, waren die Römer in Staatsangelegenheiten, besonders in der Gesetzgebung und Kriegskunst Meister. Die Gesetzgebungen aller heutigen europäischen Staaten waren auf der granitnen Grundlage der weisen römischen Gesetze ausgebaut. Rom und Griechenland waren die Wiege der Kultur für die übrigen europäischen Länder usw.

Aus Rom und Italien überhaupt kam die Kultur in die Länder des heutigen Deutschlands, zu den

Germanen, den Vorfahren der heutigen Deutschen. Aus Rom und Italien kam die Kultur auch zu den Westslawen, unseren Vorfahren. Da aber die germanischen Völker in weiter Linie unmittelbar an das alte römische Reich grenzten und zu den Römern verschiedene Beziehungen unterhielten, so gelangte auch die Kultur früher zu diesen Völkern; aus diesem Grunde kam auch der hl. Glaube früher in die deutschen Länder. Die Slawenländer waren dagegen von der römischen Kultur bedeutend entfernt und durch unwegsame Wälder, Flüsse, Berge abgeschnitten. So gelangte auch die römische Kultur und der hl. Glaube später zu den Slawen.

Aber auch die Slawen, unsere Vorfahren, waren doch nicht ganz ohne Kultur; ihre Kultur war sogar ausgezeichnet! Sie verstanden den Acker gut zu bestellen, ihre Religion und ihre Sitten waren mild, ihre Gastfreundschaft war für die Fremden wie für die Fremden ganz ungewöhnlich; Schlösser kannten sie nicht, weil es Diebe unter ihnen nicht gab; der Reisende und Bedürftige wurde nämlich überall so freigebig bewirtet, daß es ihm nicht einmal in den Sinn kam, sich etwas unrechtmäßig anzueignen. Die Slawen verstanden auch große Städte zu bauen und Handel zu treiben, soweit hierzu die geographischen Verhältnisse entsprachen. Die Geschichte erzählt Wunderdinge von einer großen slawischen Stadt in Pommern; sie hieß Vineta. Ein fremder Reisender erzählt, diese Stadt sei die größte in Europa gewesen, und man hätte in Europa nichts finden können, was zur Annehmlichkeit und zum Nutzen gedient hätte und in dieser großen und reichen Stadt nicht vorhanden gewesen wäre; dorthin seien zu Handelszwecken Griechen, Dänen, Ruthenen und andere Völker zusammengekommen usw. In einer Kultur bei den Slawen hat es sogar vor der Annahme des Christentums nicht gefehlt.

So nahm denn auch Polen, als es aus dem Slawentum in den Kreis der Geschichte eintrat, sofort unter den europäischen Staaten nicht die letzte Stelle ein. Als der deutsche Kaiser Otto im Jahre 1000 nach Gnesen kam, wurde er von dem polnischen Könige Boleslaus Chrobry so empfangen, daß der Kaiser den Reichtum und die Pracht, die am Hofe dieses polnischen Königs herrschten, nicht genug bewundern konnte. Das alles war in dem damaligen Polen nur auf Grund einer älteren Kultur möglich.

In den späteren Zeiten schöpfte Polen weitere Kulturfonds seines durch eigene Errungenschaft, sei es unmittelbar an den Quellen der alten Kultur, d. i. in Italien, am allerwenigsten von den Deutschen, denn die Deutschen selbst schöpften die Kultur aus Italien. So begab sich z. B. unser Landsmann aus Oberschlesien, der hl. Hyazinth, zur Erlangung höherer Kenntnisse nicht nach Deutschland, obgleich er es näher gehabt hätte, sondern nach Italien, und solche Beispiele könnte man nach Hunderten aufzählen. — Nachdem die Polen die lateinische und italienische Kultur nach Polen verpflanzt hatten, entwickelten sie diese im Laufe der Zeit bei sich selbständig zu einer hohen Stufe. Auch unsere polnische Sprache bildete und entwickelte sich nach dem Muster der lateinischen, nicht der deutschen, Sprache.

In der ganzen Geschichte der polnischen Nation überhaupt beeinflussten und vermehrten verschiedene Kulturen die polnische Kultur. Es gab Zeiten, in denen sogar die tschechische Kultur großen Einfluß auf die polnische Kultur ausübte und jeder zur Intelligenz sich zählende Pole es als Pflicht ansah, fließend tschechisch zu sprechen. Sogar die Kultur der entlegenen französischen Nation wirkte durch lange Jahre sehr stark auf die polnische Kultur ein, und die polnische Literatur und Volksgeamtheit war von französischem

Wesen durchdrungen. Aber irgendeinen Zeitraum, in welchem auch die deutsche Kultur in Polen das Übergewicht gehabt hätte, würden wir in der polnischen Geschichte vergeblich suchen. Einen Einfluß der deutschen Kultur in Polen gab es sogar damals nicht, als zwei Deutsche hintereinander den polnischen Thron als Könige einnahmen.

Also zu sagen und zu schreiben, daß die Polen der deutschen Nation sehr viel, ja sogar die Kultur verdankten, ist eine solche Ungereimtheit und geradezu etwas so Lappisches, daß man sich etwas Unflügeres kaum vorstellen kann. Nur ein düntelhafter Satirist, der in seinem Hochmut glaubt, daß die Deutschen ein Herrenvolk seien, dem alle Nationen die Stiefel putzen müßten, kann behaupten, daß die polnische Nation ihre Kultur von den Deutschen habe und ihnen dafür dankbar sein müsse, und daß die Führer des polnischen Volkes nichts Eifrigeres und Besseres zu tun hätten, als unter das Volk zu gehen und Tag und Nacht zu erzählen, daß die polnische Nation alles den Deutschen verdanke.

Fortsetzung aus Nr. 16 des Katolik (Beuthen D.-S.) vom 7. Februar 1911:

Der Herr Pole von der Schles. Volksztg. fragt uns weiter, weshalb wir das Volk auf seine hohe Mission nicht aufmerksam machten, d. h. daß es die deutschen Kulturerrungenschaften mit Freuden annehmen und nach dem Osten — also doch wohl an die Russen — weitergeben solle. Wir wissen nicht, aus welchen Gründen der Herr Pole die Überzeugung gewonnen hat, daß die polnische Nation die Mission habe, der „Handlanger für deutsche Kultur“ zu sein. Wir können eine solche Mission der polnischen Nation nicht erblicken, und wir meinen, daß die göttliche Vorsehung der polnischen Nation eine ganz andere Aufgabe zugewiesen hat, als der Apostel deutscher Kultur zu sein, die sich uns Polen und anderen Nationen so grausam fühlbar gemacht hat.

Überdies wünschen wir durchaus nicht, daß sich die Russen von der deutschen Kultur durchdringen ließen, denn unsern unter der Herrschaft der Russen lebenden Brüdern wünschen wir nicht das harte und beklagenswerte Los, das uns die deutsche Kultur in Preußen bereitet hat. — Es ist auch noch die Frage, ob die russische Nation die deutsche Kultur so gern annehmen würde; gerade in Rußland fehlt es nicht an ausgezeichneten Männern, die behaupten, die russische Nation sei gut und gerecht, nur das Regime sei schlecht; auf dieses Regime aber wirken deutsche Einflüsse ein, und in diesem Regime wimmelt es nur so von verkappten Deutschen. — Von all dem könnte man viel schreiben.

Dann schreibt jener Pole weiter: „Und unser eigenes Volk! Gibt es denn da wirklich nichts zu bessern? Gehet hin und forget allüberall dafür, daß die breiten Massen unseres Volkes mehr gehoben würden. Das Volk ist ja stolz und gesund in seinem Kern. Es ist so wißbegierig und nimmt so leicht das Gute an. Es läßt sich ja so leicht für die höchsten und schönsten Ideale begeistern. Wirkt in dieser Richtung auf das Volk ein, dann werdet ihr wahre Volkswohlthäter, dann setzt ihr euch im Herzen des Volks ein unvergängliches Denkmal, und spätere Generationen werden dereinst mit Dankbarkeit eure Namen nennen!“

Solch gute Ratschläge erteilt uns der Herr Pole von der Schles. Volksztg.! Aber leider beweisen diese Ratschläge, daß diesem Herrn Polen die schlesischen

Dinge und Angelegenheiten völlig fremd sind. Dies macht den Eindruck, als ob dieser Herr auf diese elende Erde eben erst vom Himmel herab gefallen wäre und sich auf ihr noch nicht umgesehen hätte. Wenn er, anstatt den Artikel in der Schles. Volksztg. zu schreiben, Jahrgänge unseres Blattes in die Hand genommen und sie wenigstens nur oberflächlich durchgesehen hätte, so würde er sich gewiß genügend überzeugt haben, daß seit dem Bestehen unseres Blattes bis heute alle diese guten Ratschläge, die er uns erteilt, fortwährend von uns praktiziert werden. Überall und stets bemühen wir uns um die Hebung des Volks und taten in dieser Beziehung alles, was in unseren Kräften stand.

Daß unser Volk so wißbegierig wäre und sich für die hohen Ideale so leicht begeisterte, das trifft, Herr Pole, ebenfalls nicht ganz zu. Es gibt unter unserem Volke gewiß eine große Anzahl von Personen, von denen man dies ohne Übertreibung sagen kann. Aber von der größeren Mehrheit unseres Volkes läßt sich dies nicht sagen. Seit wievielen Jahren z. B. wird schon unser Volk zum Lesen polnischer Zeitungen angeregt, und wieviele gibt es noch, die gar nichts lesen, obwohl sie nicht eine, sondern mehrere Zeitungen lesen könnten? Seit wieviel Jahren wird nicht das Volk angeregt, keinen deutschen Vereinen anzugehören, und woraus setzen sich dennoch die deutschen Vereine zusammen, aus Deutschen oder aus Polen? — Unser Volk beaeistert sich also nicht so leicht für hohe Ideale; es ist sehr viel Arbeit nötig, um die polnischen Angelegenheiten vorwärts zu bringen; bei dieser Arbeit stößt man aber auf Tausende von Hindernissen seitens der offiziellen und nicht offiziellen Gegner des Volks.

Wenn du, Herr Pole, so klug bist, so gehe du unter das Volk und begeistere es für ein nützliches Ideal, wenigstens dazu, dem Fusel zu entsagen, der immer noch soviel Unglück und Not über unser Volk bringt! Geh und nimm mit der Wirklichkeit, mit den Schwierigkeiten, mit den Hindernissen Fühlung, und du wirst eine andere Überzeugung gewinnen und uns deine guten Ratschläge nicht mehr erteilen.

Weiter predigt uns der Herr Pole folgende Moral: „Warum predigt man den Nationalitätenhaß, der sich so tief und fest einfrisst in die Herzen, so viele edle Triebe erstickt? Gewinnt man etwas dabei? Die Geschichte verneint dies. Die Hakatisten hätten nicht soviel erreicht, so manches in den gegen uns geschmiedeten Gesetzen fehlte sicher, wenn man mit stolzer Ruhe das Unabänderliche auf sich genommen hätte, anstatt mit blindem Grimm nutzlos zu wüten.“

Schon in einer der vorhergehenden Nummern erwiderten wir dir, Herr Pole, auf deine Vorwürfe, daß wir hezten und Haß schürten, und wir haben keinen Grund hier denselben Vorwurf von neuem zurückzuweisen.

Was die Hakatisten anbetrifft, so ist diese deine Behauptung so hinfällig und unbegründet, daß es um jedes Wort schade ist, darauf zu erwidern. Wenn du eine solche Gewißheit hast, so führe gefälligst Beweise an. — Wir können dir noch das eine sagen, daß in den Kreisen Ratibor und Leobschütz viele Tausend Mähren leben; diese taten ihren Mund nie auf und nehmen alles schweigend hin. Und dennoch behandelt man diese Mähren um kein Haar besser, als das polnische Volk. Die selbe Bedrückung hier, wie dort. Und das ist doch wohl ein Beweis gegen dich, Herr Pole. — Übrigens wissen wir auch das nicht, wo wir „mit blindem Grimm gewütet“ hätten. — Du solltest unbedingt klarer schreiben und nach Möglichkeit Beweise anführen, Herr Pole, sonst werden deine ganz neuen Entdeckungen nicht einmal für eine Hundebude ausreichen.

Aus Nr. 28 des Kurjer Śląski (Zabrze)
vom 4. Februar 1911:

Eine Bürgerstimme über die gegen die polnischen Zeitungen von der „Zentrale“ einiger Geistlichen gerichteten Kriegserklärung.

Ich möchte mit den Lesern einige Betrachtungen teilen, die sich mir bei dem Lesen eines Artikels aus der Schles. Volksztg. aufdrängten.

Am Eingang äußert der Verfasser (angeblich ein Pole) eine sehr vernünftige Ansicht, und zwar: „Es ist Pflicht des polnischen Volkes, sich in jeder Hinsicht seine Eigenart zu erhalten und sich gegen jedwede Bedrohung derselben ganz entschieden zu wehren. Das Volk wäre nicht wert zu existieren, welches sich ohne Kampf bedingungslos in die Arme eines anderen werfen, welches sich selbst verachten und in einem anderen ohne weiteres aufzugehen wünschte. Und daher ist es gut, ja notwendig, daß mehrere da sind, die wankelmütige Volksgenossen an ihre (nationale) Pflichten erinnern.“

Darum stimme ich mit dem Verfasser vollständig überein. Aber unter keiner Bedingung kann man den folgenden Ausführungen und Ratschlägen des Verfassers zustimmen. Er sagt nämlich: „Ihr lauten Rufer im Streite auf polnischer Seite, habt Ihr denn nichts Besseres zu tun, als das arme Volk zu verhezen?“

Ich frage: Worin konnte den Verfasser eine „Verhezung“ in den polnischen Zeitungen in Oberschlesien erblicken? Höchstens darin, daß die Zeitungen das Volk von der Germanisierung zurückhalten, daß sie auf die verschiedenen Unbilden hinweisen, die uns geschehen, daß sie ihren Korrespondenten, die sich über die von dem polnischen Volke auf Schritt und Tritt erlittenen Verfolgungen beklagen, das Wort erteilen.

Daß solche Mitteilungen den Leser oft auf das Lebhafteste empören, ist richtig. Aber daß die Zeitungen solche „empörenden“ Dinge nicht veröffentlichen, das hängt nicht von ihnen allein ab, sondern von einem anderen, von den Hakatisten und der Regierung.

Mögen die Hakatisten nicht unablässig hezen, und die Regierung fange an, uns hinsichtlich unserer Nationalität gerecht zu behandeln — möge sie ihren Beamten entsprechende Weisungen erteilen — möge sie dafür sorgen, daß uns kein Unrecht geschieht, dann wird die „Verhezung“ in den Zeitungen von selbst aufhören. Solange dies nicht eintritt, solange uns unzählige Unbilden ohne Unterlaß geschehen, so lange müssen auch die polnischen Zeitungen davon schreiben. Ein Verschweigen solcher Dinge wäre einfach eine Vernachlässigung ihrer wichtigsten Pflicht, eine Blendung der Leser, und es würde sich das Wort der heiligen Schrift bewahrheiten: „Wenn ein Blinder einen anderen Blinden führt, fallen beide in die Grube.“

Weiter rät der Verfasser den polnischen Blättern, sie sollten ihrem Volke davon erzählen, „was es dem germanischen Volksstamme zu verdanken habe“.

Ich frage: Wozu sollte dies nützen? Sagt doch an einer anderen Stelle der Verfasser selbst, die Zeitungen sollten dafür sorgen, „das Volk in kultureller Beziehung nach Möglichkeit zu heben.“ Dem polnischen Volke fortwährend zu predigen, wieviel es den Deutschen in kultureller Hinsicht zu verdanken habe, ist doch kein Mittel, die Kultur des Volkes zu heben? Oder sollte das Bewußtsein dessen, was sich das polnische Volk von der germanischen Kultur angeeignet hat, ein Grund sein, daß dieses Volk seiner eigenen Kultur und polnischen Nationalität entsagen und die deutsche Nationalität annehmen soll? In diesem Falle müßten die Japaner ihre Sprache und Nationalität aufgeben

und die deutsche annehmen, denn sie haben sich doch sehr viele Dinge der deutschen Kultur angeeignet!

Weiter sagt der Verfasser: „Warum laßt Ihr das Volk das Gute, was es hat, nicht ruhig genießen?“

Hier erlaubt sich der Verfasser wohl nur einen Spaß. Wer hindert denn das polnische Volk, seine natürlichen Güter zu genießen? Wenn das Volk seine Literatur durch beliebiges Lesen von Büchern, durch das Singen von Liedern, durch den Besuch von Theatern (auch nur Liebhabertheatern) usw. genießen will, wer verbietet ihm dies, etwa die polnischen Zeitungen?

Endlich sagt jener „Pole“, man hätte alle Ausnahmegeetze, alle Schläge, die uns die Regierung versetzt hat, mit „stolzer Ruhe“, also schweigend hinnehmen sollen.

Hier hat der Verfasser offenbar schon vergessen, was er am Anfang des Artikels gesagt hat. Sind doch diese Ausnahmegeetze dazu gegeben, um uns als Nation auszurotten. Wie sollten wir sie schweigend, mit „stolzer Ruhe“ hinnehmen, wenn der Verfasser am Anfang seines Artikels selbst zugab, „daß die polnische Nation nicht nur das Recht, sondern geradezu die Pflicht hat, sich gegen alles zu wehren, was seine nationale Eigenart bedroht?“ Wie stellt sich der Verfasser eine solche mit „stolzer Ruhe“ verbundene Abwehr vor? Höchstens als eine Drohung mit der Faust in der Tasche.

Dies genügt, um sich einen Begriff zu machen, was für ein „Pole“ es gewesen sein muß, der solche Ratschläge erteilt. Entweder ist er ein Pole mit deutschen Anschauungen oder ein völliger Phantast, ein Menschenfeind, der die Verhältnisse im preußischen Teilgebiet nicht kennt.

Ein polnischer Geistlicher.

Aus Nr. 14 des Głos Śląski (Gleiwitz)
vom 2. Februar 1911:

Verwirrung im polnischen Lager Oberschlesiens.

Die bekannte „Versöhnung“ in Oberschlesien und vor allem die bekannte Umkehr des Herrn Korfanty rufen immer noch eine große Verwirrung im polnischen Lager hervor. Es gibt Leute, die Jahre lang geradezu fanatische Anhänger Herrn Korfantis waren, heut aber, nachdem sie sich überzeugt, daß dieser Mensch die nationalen Ideale in marktstreuerischer Weise zur gewöhnlichen „Geschäftsmache“ ausgebeutet hat, so erbittert sind, daß sie der nationalen Bewegung den Rücken kehren, zu den Sozialdemokraten übergehen und überhaupt mit Mißtrauen auf die polnische Intelligenz in Oberschlesien blicken.

Davon zeugt u. a. auch die in der vorigen Nummer gebrachte Zuschrift aus Ruda-Hammer. Und von solchen Kundgebungen der Unzufriedenheit und tiefer Erbitterung unter den breiteren Volksmassen hören wir immer mehr, denn man spricht und schreibt uns davon aus verschiedenen Gegenden.

Wir erachten es als unsere Pflicht, einige Worte darüber zu schreiben. Besonders bedauerenswert ist die Erscheinung, daß es Leute gibt, die der nationalen Bewegung den Rücken kehren und zu den Sozialdemokraten übergehen. Denn wenn Herr Korfanty sich aus den nationalen Idealen nichts machte, wenn er sie in geschmackloser marktstreuerischer Weise ausbeutete, wenn er einen brudermörderischen Kampf deshalb führte, weil ihn die Zentrumsleute dazu reizten, wie er dies jetzt selbst gesteht, so darf und kann die nationale Sache darunter noch keinen Schaden und keine Einbuße erleiden. Herr Korfanty ist nicht die nationale Sache, und die nationale Sache ist nicht Herr Korfanty.

Die Erbitterung jener früheren Anhänger Herrn Korfantis kann man verstehen, denn sie waren ihm gefolgt, hatten ihm vertraut und geglaubt, weil sie nicht vermuteten, was im Innern des Herzens dieses Menschen steckt. Wenn auch jemand sein Vaterland wahrhaft liebt, das Wohl seiner Nation wünscht, so wird er mit den nationalen Idealen nicht unablässig nach rechts und links herumwerfen, wird er mit ihnen nicht Handel treiben und sich ihrer nicht zur Ausbeutung bedienen. Die nationalen Ideale sind eine heilige Sache, und weil sie eine heilige Sache sind, gerade deshalb vertragen sie nicht lange eine Ausbeutung. Ihre Ausbeutung rächt sich früher oder später stets an den, der die Ausbeutung ausgeübt hat oder ausübt.

Wir wiederholen also: Obgleich man die Erbitterung der früheren Anhänger Korfantis versteht, so darf man sich doch für unsere Sache nicht die Lust benehmen lassen, und die mehr aufgeklärten Gemüter müssen mit Volldampf arbeiten, daß das von Korfanty der nationalen Sache zugefügte Unrecht wieder gut gemacht werde. Für einen rechten Polen kann es nur in der nationalen Bewegung einen Platz geben. Die Sozialdemokraten sind Feinde zugleich des Glaubens und der Kirche, sowie unserer Nationalität. Das sozialdemokratische Lager ist kein Ort für einen Polen. Ebenso ist die gegen die polnische Intelligenz sich kundgebende Abneigung unbegründet und ungerechtfertigt. Keine Volksversammlung kann der Intelligenz entraten, wenn sie fortschreiten und sich entwickeln will. Nicht nur Volksversammlungen bemühen sich, für sich eine Intelligenz zu erziehen, sondern alle politischen Parteien, die sozialdemokratische Partei nicht ausgeschlossen, achten darauf, daß in ihrem Kreise die Intelligenz vertreten wäre. Andererseits gewinnt die Intelligenz erst dann Bedeutung und politischen Wert, wenn ihre Vertreter, an der Spitze der Volksversammlung stehend, als Leiter und Führer für die Nation arbeiten, ihr mit ihrer Arbeit, mit ihren erworbenen Kenntnissen, mit ihrem Herzen, mit ihrer polnischen Seele und mit ihrem Verstand dienen.

Und wie man einerseits die Allgemeinheit der polnischen Intelligenz für die bekannte Umkehr Korfantis nicht verantwortlich machen kann, weil diese Allgemeinheit nicht dafür kann, daß Herr Korfanty seine Überzeugungen verschachert hat, wofür er sie überhaupt einmal besaß, so erlauben wir uns andererseits auf denjenigen Teil unserer Intelligenz hinzuweisen, der wenig oder gar nichts arbeitet, sei es in den Verbänden, in den Versammlungen unserer Vereine, sei es überhaupt im öffentlichen Leben. Dieser Teil der Intelligenz müßte im Interesse der polnischen Sache und mit Rücksicht auf die Anknüpfung eines herzlichen Verhältnisses zum Volke ihr Verhalten ändern.

Wir haben unter der Intelligenz Leute, die für die gute Sache wirklich arbeiten und sich an dem öffentlichen Leben rege beteiligen. Aber es gibt auch solche, die dies nicht tun. Dieses Verhalten müßten sie um so mehr in der gegenwärtigen Lage ändern, als sich infolge der Umkehr Korfantis unter dem Volke Abneigung und Mißtrauen gegen die Allgemeinheit unserer Intelligenz kundgeben.

Unsere Versöhnungselemente, die in Kattowitz und Königshütte ihre „Versöhnung“ zur Knebelung der selbständigen politischen Denkart zusammengeleimt haben, legen sich über diese Erscheinungen gar keine Rechenschaft ab und meinen, daß sie mit ihrer „Versöhnung“ die öffentliche Sache aus dem Abgrund gerettet hätten. Indes haben sie nicht gerettet, sondern in der Volksversammlung nur eine größere Verwirrung, einen Mißton und eine Spaltung hervorgerufen. Wo sich Herr Korfanty befindet, dort kann doch weder von einer ordentlichen öffentlichen Tätigkeit, noch von einer ordentlichen Regelung der öffentlichen Verhältnisse

die Rede sein. Dort kann nur ein Chaos, Verwirrung und Mißtrauen sein.

Ein Mensch, der die öffentliche Presse, ganze Jahre hindurch die nationalen Ideale ausgebeutet hat, der heute selbst leichtsinnig sagt, er habe den brudermörderischen Kampf nur deshalb geführt, weil ihn die Zentrumsleute dazu gereizt hätten, ein solcher Mensch — wir wiederholen es — muß eine Erbitterung hervorrufen, die sich in verschiedenen Kreisen auf die Allgemeinheit der polnischen Intelligenz zu übertragen beginnt. Trotz all dem bitten wir diese Kreise, nicht zu vergessen, daß die nationale Sache nicht Herr Korjanty und er nicht die nationale Sache ist, und daß man überhaupt die Allgemeinheit der Intelligenz nicht dafür verantwortlich machen kann, was Herr Korjanty getrieben hat.

Aus dem Innern und dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 22 des Kraj (Posen)
vom 27. Januar 1910:

Die Polen in der Lausitz.

Neu-Welcow, den 15. Januar.

Die geehrte Redaktion unseres lieben Kraj hat uns versprochen, sich mit uns in der Lausitz, diesem slawischen Kirchhof, zu beschäftigen. Die Lausitzer sterben aus. Es scheint, daß dieses ehemals so tüchtige Volk in den letzten Zügen liege, was die Polen schmerzlich berühren müßte. Die Lausitzer Gegend wird vollständig deutsch. Die Lausitzer Tracht, wie auch die Sitten und Gebräuche gera'ten in Vergessenheit. Und an allem ist die protestantische Kirche schuld, denn sie ist der Verbreiter des Deutschtums und seiner Kultur.

Die Lausitzer Sitten, Gebräuche und auch die Sprache haben sich so ziemlich in den katholischen Gegenden erhalten. Wiederum ein Beweis dafür, daß, wenn irgendwo, so doch nur in der katholischen Kirche die unterjochten Völker Schutz und Schirm ihrer Sprache und ihrer Sitten genießen.

Ein andermal will ich über dieses Thema mich etwas mehr auslassen, heute nur ein paar Worte über unsere Verhältnisse, über welche ein Korrespondent schon etwas geschrieben hat.

Zuerst muß ich dem tüchtigen und rührigen Valentin Zielinski, der bei uns den Kraj einführte, ein Lob erteilen. Werden unter uns mehrere die Aufklärung verbreiten, so werden wir gegen die germanisatorischen Versuche gefeit sein. Wir werden uns nicht von den Haskatisten aufessen lassen. Weiter müßten wir alle den polnischen Vereinen beitreten, denn nur diejenigen, die sich zusammenscharen, und die, die sich in Vereinen zusammenfinden, verstehen unsere schwere Lage und denken an die Verteidigung unserer Ideale, unseres heiligen Glaubens und unserer polnischen Sprache.

Am 1. Dezember war hier Volkszählung; würde unser Völkchen eine polnische Zeitung wie den Kraj oder die Gazeta Grudziöndzka gelesen haben, so würde diese Volkszählung anders ausgefallen sein. Aber so haben diese Herren unser Völkchen als Deutsche eingetragen, und der arme Mensch wußte nicht, daß er ein Recht habe, zu verlangen, als Pole eingetragen zu werden.

Vor fünf Jahren hatten wir hier 900 Polen und heuer müßten es mindestens 1000 sein. Ich werde nicht verfehlen, das Resultat der Volkszählung der Redaktion mitzuteilen. (Wir bitten sehr darum. — Die Red.) Wir sprechen so viel von unseren Idealen, diesen nationalen Schätzen, von der Vaterlandsliebe usw. Doch dies alles bleibt und ist nur oberflächlich, wenn wir keine

polnischen Zeitungen lesen, und nicht polnischen Vereinen angehören.

Wer schwäbische Käseblätter liest und den ersten besten Vereinen angehört, der ist kein Pole, sondern ein Verräter unseres teuersten Vaterlandes. Und derjenige, welcher weder diese noch andere Zeitungen liest, der ist weder kalt noch warm; von einem solchen sagt die heilige Schrift, daß er nicht selig werden könne. Ein solcher Mensch trägt den Mantel auf beiden Schultern. Vor einem solchen nimm dich in acht, lieber Bruder, denn er ist imstande, dich, ja seinen eigenen Vater und seine Mutter zu verraten.

Polnische Jugend! Im Namen des geliebten polnischen Vaterlandes beschwöre ich dich, trete ein in die Reihen des „Sokols“; dort wird dein Geist gehärtet, dort kannst du deine Gesundheit pflegen. Und gerade im Sokolverein haben wir tüchtige Leute wie Kulinski und Durzynski, die dem Verein mit Vorträgen dienen.

Ich bitte alle gutwilligen Menschen inständigst, für den Sokol zu agitieren und ihm beizutreten. Jeder Pole ein Sokol, oder vielmehr jeder Sokol ein tüchtiger, frischer Pole, — so sollte es sein.

Wie richtig, bemerkte seiner Zeit Kunz in der im Dezember veranstalteten Versammlung, daß man um jeden Preis unsere Vereine unterstützen müsse. Wir verteidigen unsern Glauben und unsre Muttersprache — wir befestigen uns in ihnen in den polnisch-katholischen Arbeitervereinen. Tretet also diesen Vereinen bei, ihr lieben Landsleute.

Denken wir daran, daß, „Gottesmühlen langsam, aber sicher mahlen“. Der Tod kann uns jederzeit überraschen — sind wir Mitglieder eines polnisch-katholischen Arbeitervereins, so werden wir ein katholisches Begräbnis erhalten. Und dafür müßte doch jeder von uns sorgen, es sei denn, daß er ein roter Heide geworden ist, oder wie ein wildes Tier lebt und auch als ein solches sterben will. Ich denke, daß unter uns solche Leute nicht vorhanden sind. (?)

Liebe Polinnen, tretet dem polnischen Frauenverein, „Gwiazdä“ bei. Vorsitzende dieses Vereins ist die tüchtige Landmännin Duszynska, eine gute und vorbildliche Polin und Patriotin. Eifern wir also unsere Frauen und Töchter zum Beitritt in die „Gwiazdä“ an.

Mögen die Polinnen sich die deutschen Frauen zum Vorbild nehmen, welche sogenannte „Fatterfereiny“ und sogar hasatistische „fereiny“ gründen. Also auch wir haben die Pflicht uns in Vereinen nicht des Hasses oder irgend eines Boykotts zusammenzuschließen, sondern zur Verteidigung unseres heiligen Glaubens und im Sinne der Verbreitung der Aufklärung und Bildung.

Die deutschen Frauen haben ein offensives, wir ein defensives Ziel. Sie säen Haß, wir christliche Liebe. Zum Beitritt in solche Vereine brauche ich erst nicht anzuspornen, uns müßte das Gefühl dahin führen.

Die Gesamtheit wird gut fahren, wenn es den Arbeitern gut gehen, wenn deren Existenz gesichert sein wird. Die deutschen Kapitalisten saugen uns auf unerhörte Weise aus. Aber daran sind wir selber schuld, denn wir kümmern uns nicht um uns selbst. Und doch müßte der Mensch nicht nur genug Brot, sondern auch etwas zum Brot haben, eine anständige Wohnung und Kleidung. — Es werden für uns bessere Zeiten anbrechen, wenn wir uns organisiert haben werden. Wir haben keine andere Wahl, als der polnischen Berufsorganisation beizutreten.

Delegierter für Welcow ist Herr Valentin Zielinski; an ihn mögen sich alle diejenigen wenden, die nach nicht organisiert sind oder in fremden Verbänden herumirren. Wenn die Arbeitersache und das eigene Geschick am Herzen liegen, und wer nicht Verräter seiner selbst und seiner Familie sein will, der muß sofort der Berufsvereinigung beitreten.

Am Schluß meiner Ausführungen erinnere ich euch an die Parole „Der Landsmann zum Landsmann“. Wir haben hier den Kaufmann Herrn Duszynski, der ein vorbildlicher Pole und Katholik ist — daher wären wir elende Feiglinge und des polnischen Namens unwürdig, wenn wir Fremde unterstützen und dadurch den eigenen Landsmann verderben wollten! Also unterstützt und kauft nur beim Landsmann Duszynski. Er ließ sich unter uns Arbeitern nieder, er arbeitet in unseren Vereinen. Er schämt sich nicht unser, und trotz seiner höheren Bildung hilft er uns, wo er nur kann, denn er fühlt und begreift unser Schicksal. — — — (Es folgt noch eine Anweisung der Zeitung Kray und eine Aufzählung der Vorteile, die diese Zeitung ihren Abonnenten angeblich bietet.)

Aus Nr. 4 der Niedziela (Berlin-Charlottenburg)
vom 22. Januar 1911:

Unsere Minister!

Unsere Minister — fragst Du, geehrter Leser vielleicht — was soll das heißen?! Willst Du uns vielleicht als „unsere Landsleute“ die früheren Minister Posadowsky und Poddieleski vorstellen, oder willst Du von dem verstorbenen Patron des Verbandes der Erwerbs- und Wirtschafts-Genossenschaften, dem Prälaten Wawrzyniak, sprechen, der, man kann dies wirklich sagen, im preussischen Anteil der Finanzminister unserer Volksversammlung gewesen ist?! Oder willst Du von anderen sozialen Faktoren sprechen?! Nein, ich will einiges über wirkliche Minister sprechen, die sich als Polen fühlen und dennoch an der Regierung eines Staates der Jetztzeit teilnehmen. Ich habe nämlich die polnischen Minister im österreichischen Kabinett im Sinne.

Weshalb sollen auch wir in Preußen sie nicht „unsere“ Minister nennen? Als Polen, als Mitglieder einer politisch geteilten, aber als kultureller Organismus unteilbaren Nation, sind sie doch in verschiedener Hinsicht „die Unseren“. Als Minister dienen sie der österreichischen Monarchie, aber zugleich auch als Polen den Interessen der polnischen Volksversammlung innerhalb des Gebietes dieser Monarchie; da nun die Interessen der anderen Zweige der polnischen Nation in vielen Hinsichten von der politischen Haltung, der kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung dieses allerfreiesten Anteils abhängig sind, kommt die Arbeit der polnischen Minister im Wiener Kabinett immerhin mittelbar der ganzen polnischen Nation zugute. Abgesehen davon, ob die polnischen Einflüsse in Wien die Anwendung des Enteignungsgesetzes bei uns aufhalten oder nicht, abgesehen auch von andern Dingen, darf man doch darauf aufmerksam machen, daß der wirtschaftliche Fortschritt Galiziens auch für die andern Landesteile von hoher Bedeutung ist; wenn man z. B. zu dem Entschluß kommt, einen für Galizien wichtigen, verschiedene Flüsse verbindenden Kanal zu bauen, so ziehen hieraus auch das Königreich und der preussische Anteil Nutzen. Und gerade jetzt beginnt der Widerstand gegen den Bau eines solchen Kanals zu schwinden, und zwar infolge der Einflüsse der polnischen Fraktion, deren Präsident Dr. Glombinski Mitglied des Kabinetts geworden ist, und in welchem auch gleichzeitig der frühere Beamte Jaleski Platz genommen hat, der für den Bau gleichfalls lebhaft eingetreten ist.

Ferner können wir im preussischen Anteil, die wir die Bedeutung der Demokratisierung der Volksversammlung verstehen, mit ganz besonderem Stolz von „unsern Ministern in Galizien“ sprechen, weil in dem neuen Kabinett zum ersten Male ein entschiedener

Nationaldemokrat Platz genommen hat. Es waren schon längst Polen Minister in Wien, seit dem Augenblick, als die parlamentarische Regierung begann, aber es lieferte die Minister der konservative Zweig der galizischen Volksversammlung, aus welchem auch die Fraktion ihren Präsidenten wählte. Allmählich schwanden die übermächtigen Einflüsse der Schlachta; das sichtbare Zeichen des Schwindens ihres Übergewichts war die Wahl des Abgeordneten Dr. Glombinski zum Präsidenten der Fraktion und seine jetzige Ernennung zum Minister ist ein weiterer Beweis dafür, daß die furchtbare Politik der Stanczyken sich endgültig überlebt hat.

Unter den polnischen Ministern in Österreich befanden sich wackere Leute. Der Umstand, daß man wegen Berufung einer entsprechenden Zahl von Polen noch niemals in Sorge war, beweist, daß die Polen der Jetztzeit politisch zu arbeiten verstehen, falls sie nur freie Hand haben, daß sie nicht gänzlich unfähig sind, wie dies unsere politischen Feinde behaupten! Der neue polnische Minister Dr. Glombinski hat sich schon vielfach als Politiker ausgezeichnet; daß er sich als Demokrat an die Oberfläche emporzuschwingen verstanden hat, beweist die gesunden Verhältnisse in der galizischen Demokratie, was wieder den andern Landesteilen zum Nutzen gereichen muß.

Hegen wir die Hoffnung, daß unser neuer Minister in Wien mit Erfolg zum Besten der Monarchie arbeiten wird, und hierdurch auch mittelbar zu Besten der Gesamtheit der Polen, indem er würdig das polnische Land dieser Monarchie vertritt.

Janko.

Aus Nr. 24 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 29. Januar 1911:

Die Schlacht bei Tannenberg.

Historischer Vortrag des Professors
Bernhard von Schweinkopf.

Im XV. Jahrhundert wohnte in unseren Marken ein Stamm unbekannter Herkunft, der „Polen“ genannt wurde. Der anfänglich in der Eigenschaft als landwirtschaftliche Saisonarbeiter eingewanderte Stamm siedelte sich in den uralten deutschen Landen an und bildete dank der Großmut der deutschen Kaiser eine Nation, deren Oberpräsident den Titel „König“ trug.

In der von uns beschriebenen Zeit war der Litauer Wladislaus Jagiello polnischer Oberpräsident, ein Tyrann und Barbar, der mit Vorliebe Menschenfresserei trieb. Das deutsche Herz zitterte noch bis zum heutigen Tage, wenn es nur an die Grausamkeiten dieses wilden Menschen denkt. Es genügt zu sagen, daß er eines schönen Tages seinen Onkel Kiejstut roh aufraß und mit dem Blute seiner Tante Biruta herunterspülte. Der aufgefressene Kiejstut, der diese allpolnische Intrige nicht vertragen konnte, beklagte sich beim deutschen Kaiser, der auch in seinem Gerechtigkeitsgefühl seiner damaligen Polizei, den Kreuzrittern befohl, unter den in Deutschland wohnenden lästigen Ausländern Ordnung zu schaffen. Der Hochmeister der Kreuzritter Ulrich von Jungingen, ein Mann mit hohen ritterlichen Eigenschaften, forderte den Jagiello zum Kampfe heraus. Da er indessen wußte, daß dieser Barbar keine Mittel zum Ankauf von Waffen besaß, sandte er ihm, bevor er zum Kampfe mit ihm antrat, zwei Wagen voll Schwertern, Speeren usw., Waffen, die damals bei den ritterlichen Kämpfen angewandt wurden. — Da habt ihr Waffen, damit ihr etwas zur Verteidigung habt, — sagten die Gesandten

des Hochmeisters. — Wollt ihr noch mehr, so werden wir euch solche geben.

Anstatt sich auf eine solche edle Aufforderung hin zu ergeben und dem Hochmeister gebührend zu huldigen, nahm Jagiello die Gesandten mit wahrhaft slawischer Frechheit auf und kündigte der rechtmäßigen Behörde Widerstand an.

Auf den Feldern Tannenbergs, das von den polnischen Geschichtsfälschern Grunwald genannt wird, trafen die frommen Scharen der deutschen Ritter mit den wilden Horden der Jagiello'schen Schirren zusammen.

Der Hochmeister trat zunächst vor und befahl der Menge, auseinander zu gehen. Da dieser Aufforderung nicht Folge geleistet wurde, war die Ritterschaft gezwungen, die widerspenstigen Lehnsleute mit Gewalt zum Gehorsam zu bewegen; diese aber beharrten in ihrer Frechheit und wichen nicht vom Felde. Der Triumph der kreuzritterlichen Waffen war sicher, als der Hochmeister Ulrich, von seiner Großmut fortgerissen, rief: — Brüder, Ritter! Was sollen wir uns mit dieser Bande herumschlagen! Es ist ja bekannt, daß der Klügere nachgibt, geben wir also der niedrigeren Kultur nach.

Nachdem er dies gesagt hatte, spornte er sein Roß und beabsichtigte mit den ihn umgebenden Komturen in sein Lager zurückzukehren. Aber es öffnete sich der Himmel und aus ihm traten Geister heraus und luden den Hochmeister nach Walhalla ein, wo er, nachdem er im Jahre 1410 dort feierlich eingezogen war, bis jetzt sitzt und auf den Erfolg der kreuzritterlichen Waffen, sowie zu Ehren des deutschen Sieges bei Tannenberg Bier trinkt.

Aus Nr. 5 des Związkowice (Kattowitz)
vom 4. Februar 1911:

Die Palastrevolution in der Vereinigung.

Vor Weihnachten versammelten sich die Leiter der Vereinigungen Deutschlands in Bochum und hielten dort eine generelle, gegenseitige Kopfwaschung ab. Als Extrakt dieser für manchen so schmerzlichen Operation, erschienen in allen Zeitungen Beschlüsse, welche den betreffenden Kollegen redlich auf die Nase gegeben haben. Der erste von diesen Beschlüssen war der, daß die Agitatoren der Vereinigung für gewisse Zeitungen nicht agitieren und sich anderen gegenüber neutral verhalten sollen. Es handelte sich augenscheinlich um einen Kampf zwischen dem Wiarus Polski und der Gazeta Grudziądzka, denn letztere ist mit diesem Beschluß sehr zufrieden und beweist, daß die Beamten der Vereinigung eigentlich von den Lesern der Gazeta Grudziądzka abhängig sind und wenn sie sich nicht mäßigen sollten, so werden die Leser der Gazeta Grudziądzka sie in ihre Ämter nicht mehr wählen. Die Gazeta Grudziądzka hat in dieser Weise durch die Blume gesagt, daß sie durch ihre Leser in der Vereinigung regiere und daß die Beamten dieser Organisation eigentlich materiell von ihr abhängig seien. Es ist also für sie vorteilhafter, für die Gazeta Grudziądzka zu agitieren als für den elenden Wiarus Polski, welcher nicht einmal 10 000 Abonnenten besitzt.

Der zweite Beschluß richtet sich geradezu gegen den Vorsitzenden des Zentralvorstandes Herrn Sosinski, welcher in einem Anfall gewisser Gemütschwäche, aus der Vereinigung eine interkonfessionelle und internationale Organisation machte. Bei der Generalwäsche wurde auch ihm der Kopf gewaschen, es wurde ihm gesagt, daß die allgewaltige Nationaldemokratie mit

dem Kurjer Poznański an der Spitze sich einen solchen Charakter der Vereinigung, welchen ihr Herr Sosinski verliehen hat, nach außen hin nicht wünsche, sie betont vielmehr den katholischen und polnischen Charakter.

Das ist augenscheinlich für den Leiter, welcher nach einem fünfjährigen Präsidieren nicht einmal den Charakter seiner Organisation kennt, eine noch nicht dagewesene Kompromittation, und soll wohl eine ausdrückliche Aufforderung an Herrn Sosinski sein, selbst den Präsidentenstuhl zu verlassen, bevor ihn die Demokraten selbst stürzen. Die Aufforderung ist für Personen wie Herr Sosinski, viel zu fein, und er wird wahrscheinlich so lange warten, bis ihn dasselbe Los trifft, das ihn in Posen als Abgeordneten kandidaten getroffen hatte. Das Amt ist ihm viel zu lieb, als das ihn die öffentliche Brandmarkung zur Niederlegung desselben bewegen sollte. Jedenfalls werfen die neuesten Beschlüsse des Aufsichtsrates der Vereinigung ein charakteristisches Licht auf die Verhältnisse, welche an der Spitze dieser Organisation herrschen. Es gräbt einer dem anderen Gruben ohne Ende, um selbst ein Amt zu erlangen.

Aus Nr. 26 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 1. Februar 1911:

Das Vermögen des „Polenbundes“

betrug 23 000 Mk. in dem Augenblick, als sich dieser einst so tätigen und nützlichen Organisation verschiedene „Reformatoren“ angeschlossen. Von dieser Zeit an schmolz das Vermögen immer mehr zusammen, bis es sich schließlich um die Hälfte verringert hatte. Die letzte Generalversammlung des Polenbundes, die in Bochum stattfand, beschloß die Verschmelzung des Polenbundes mit dem Posener Straz-Verein; die übrig gebliebenen Fonds sollten an die Kasse des Hauptvorstandes des Straz-Vereins in Posen abgeführt werden und es wurde der letzte Vorstand des Polenbundes mit der Durchführung dieses Beschlusses betraut. Diesen Beschluß bestätigte die Zusammenkunft der Vertreter der politischen Vereine, die in Wanne stattfand und an der sich auch der Vorsitzende des Hauptvorstandes des Verbandes der Straz-Vereine, der Abgeordnete Dr. von Niegolewski, beteiligte.

Der Vorstand des schon längst nicht mehr bestehenden Polenbundes löste sich dann auf; wir haben wenigstens gelesen, daß einige Mitglieder des Vorstandes ausgeschieden sind.

Trotzdem sind, wie wir erfahren, die Fonds des Polenbundes bis zu diesem Augenblick an die Zentralkasse der Straz in Posen nicht abgeführt worden. Aus journalistischem Pflichtgefühl, sowie auch als Schöpfer und langjährige Mitglieder und Mitarbeiter des Polenbundes fordern wir den letzten Schatzmeister dieser Organisation auf, die vom Polenbunde hinterlassenen Gelder unverzüglich nach Posen an den Hauptkassierer Dr. Ryblewski, oder an den Leiter des Bureaus des Straz, Dr. Fr. Schroeder in Posen, Ritterstr. 12, zu senden.

Die in der Fremde bestehenden Straz-Vereine mögen entschieden die Überweisung der Gelder an die Hauptkasse fordern, denn die Ehre des Emigrantenbundes und das Andenken an den aufgelösten Polenbund fordern, daß man uns nicht jagen kann, wir seien dem Verbands der Strazvereine mit leeren Händen beigetreten.

Denken wir daran, daß im Augenblick ihres Beitritts zur Straz die Fremde Mitbesitzerin ihres

fast 100 000 Mk. betragenden Vermögens geworden ist und die Möglichkeit gewonnen hat, von der Hilfe gebildeter und erfahrener Männer Gebrauch machen zu können, die in Posen für diese nützliche Aufklärungsorganisation arbeiten. Aus diesem Grunde wird auch jedem Verein empfohlen, sich unmittelbar mit Posen in Verbindung zu setzen; es schließt dies nicht die Bildung von Bezirksausschüssen aus, falls die Statuten entsprechend geändert werden und die Zahl der Straz-Vereine wachsen wird. Die Bildung irgend eines Vorstandes oder Komitees für ganz Rheinland und Westfalen würden wir nicht für richtig halten, denn wir haben hier bereits eine allerhöchste politische Instanz, das ständig tätige Haupt-Wahlkomitee. Die Bildung einer zweiten derartigen Instanz könnte zu Mißverständnissen führen und zwar nach Art jener, wie sie ziemlich scharf sogar zwischen dem Polenbund und der polnischen Berufsvereinigung zum Vorschein gekommen sind. Wenn es sich um eine Verständigung zwischen den einzelnen Vereinen, oder um das Zusammenrufen der Vorsitzenden der Brudervereine einer gewissen Gegend zu gemeinsamer Beratung handeln wird, dann kann sich der Hauptvorstand zu diesem Zwecke des Vorsitzenden eines der Vereine bedienen; diese sind aber nach Möglichkeit der Reihe nach zu berücksichtigen, damit niemand über Zurücksetzung klagen kann.

Aus dem Auslande.

Aus Nr. 47 des *Ślowo Polskie* (Lemberg)
vom 28. Januar 1911:

Germanisierung ohne Enteignung.

Der antipolnische „Ostmarken-Verein“ hat dem preußischen Ministerium, das sich zu der Durchführung des Enteignungsgesetzes nicht entschließen kann, den Krieg erklärt. Er beruft sich auf die patriotischen Kreise der Nation, um durch ihre Mobilisierung gegen die Regierung diese zur Ausführung des politischen Testaments v. Bülow's zu zwingen und bei diesen Bestrebungen wird er von dem ihm nahestehenden „Alldeutschen Bund“ unterstützt. Das Organ dieses Bundes, die „Alldeutschen Blätter“, veröffentlicht auch in seiner letzten Ausgabe die wichtigste Ursache, weshalb die preußische Regierung von der Durchführung des Gesetzes, dessen Durchbringung sie vor zwei Jahren als eine staatliche Notwendigkeit erachtete, Abstand nahm. Wir lesen dort wörtlich: „In erster Linie ist dies eine Rücksicht auf die befreundete Wiener Regierung. Es ist unstreitig richtig, daß es sich darum handelt, so lange zu warten, bis die österreichische Regierung von den Delegationen ihre Forderungen für Heer und Flotte bewilligt erhält. Da hierzu die Stimmen der polnischen Abgeordneten erforderlich sind, wird Preußen, um sie bei gutem Humor zu erhalten, mit der Enteignung so lange warten, bis die „Abligen“ „ja“ gesagt haben. Die Wiener Regierung hat zu unserem nachbarlichen Altruismus viel Vertrauen, aber sie kennt ja ihre Freunde in Berlin. Preußen ist tatsächlich so wenig selbststüchtig, wie dies in Wien gewünscht wird und hat sich damit einverstanden erklärt, mit der Enteignung so lange zu warten, bis die Militär- und Flottenpläne genehmigt sind.“

Diese neue Wendung in dem Verhalten Preußens gegenüber den Einflüssen der polnischen Fraktion in Wien ist mit Rücksicht auf das Interesse seiner auswärtigen Politik interessant. Wir wollen damit nicht gesagt haben, daß sie auch richtig sei. Es genügt die Tatsache, daß selbst nach Ansicht unserer Burenfreunde diese Einflüsse so mächtig sind, daß mit ihnen die auf

die Weltherrschaft Anspruch erhebenden Preußen rechnen müssen. Jedenfalls ist es bekannt, daß die Rücksichtnahme auf das Bündnis mit Österreich nicht die einzige ist, die die preußische Regierung von der Anwendung des Enteignungsgesetzes abhält.

Das Kabinett v. Bethmann-Hollweg muß auch mit den Wünschen der mächtigen agrarkonservativen Partei rechnen, auf die es sich vor allen Dingen im Land- und Reichstage stützen will und die nicht mit Unrecht in der Anwendung des Enteignungsgesetzes den ersten entschiedenen Schritt auf der schiefen Ebene erblickt, die zur Vernichtung ihrer traditionellen Stellung und ihres Übergewichtes im Staate führt.

Angesichts der stürmischen Agitation des Bauernbundes, der die zwangsweise Enteignung jeglichen Großgrundbesitzes in den Ostmarken, nicht nur des polnischen, sondern auch des deutschen, des deutschen sogar in erster Linie, verlangt, ist es nicht zu verwundern, daß die Vertreter des deutschen Grundbesitzes die Regierung dahin beeinflussen wollen, daß sie das gefährliche Gesetz auf dem Papiere beläßt; es ist auch kein Wunder, daß die Regierung Kaiser Wilhelms, dem Anwachsen der sozialdemokratischen Flut und der antimonarchischen Bestrebungen gegenüber, diesen Erscheinungen gewissenhaft Rechnung trägt und keine Neigung zeigt, ein Gesetz zur Anwendung zu bringen, dessen unvermeidliche Folge die Schwächung der sichersten Stützen der Monarchie wäre.

Verschiedene Ursachen tragen also dazu bei, die preußische Regierung von dem Beschreiten der vom Fürsten Bülow gewiesenen Bahn abzuhalten, und es unterliegt heute schon, nach den von den Ministern im preußischen Abgeordnetenhaus abgegebenen Erklärungen, keinem Zweifel, daß das Enteignungsgesetz nicht in dem laufenden Jahre und vielleicht auch niemals zur Anwendung gelangt. Man muß sich jedoch hüten, aus diesen Entschlüssen der Regierung falsche Schlußfolgerungen zu ziehen und auf dieser falschen Unterlage politische Berechnungen aufzubauen. Aus den Aufgaben des Enteignungsgesetzes geht durchaus nicht hervor, daß die Regierung die Absicht habe, mit dem System der rücksichtslosen Germanisierungspolitik zu brechen oder sie wenigstens zu mildern; es ist auch daraus durchaus nicht zu folgern, daß auf ihre Entschlüssen die Haltung der polnischen parlamentarischen Vertretung in Berlin, wie z. B. die in letzter Zeit bewiesene Bereitwilligkeit zur Berücksichtigung des staatlichen oder monarchischen Interesses, von Einfluß gewesen wäre.

Das Aufgeben des Enteignungsgesetzes ist Tatsache. Es ist aber auch Tatsache, daß die Vertreter der preußischen Regierung nicht nur nicht mit den Versicherungen kargen, daß sie zur weiteren entschiedenen Befolgung der Germanisierungspolitik entschlossen seien, sondern daß sie auch jede Gelegenheit benutzen, um durch das Einflechten von Ausnahmegestimmungen in die neuen Gesetze oder durch deren zweideutige Fassung sich die weitere Einschränkung der Rechte der polnischen Gesellschaft zu ermöglichen, ihr die Möglichkeit der selbständigen Entwicklung zu rauben, sie zur Beteiligung an den Vorteilen der für die deutsche Nation in Aussicht genommenen Reformen nicht zuzulassen. Dieses Bestreben, für die polnische Bevölkerung ausnahmsweise ungünstige Verhältnisse zu schaffen, in Verbindung mit dem Bestreben, die allgemeinen staatlichen und gesellschaftlichen Beziehungen aufzubessern, trat sowohl in der Gesetzesvorlage, betreffend die Wertzuwachssteuer, als auch in dem Gesetze über die Arbeiterkassen grell in die Erscheinung. Die Regierung verbindet mit dem Gedanken allgemein gesellschaftlicher Reformen, systematisch die Absicht, sich die Möglichkeit zu schaffen, an der Ausrottung der polnischen Be-

völlerung weiter zu arbeiten. Hervorgehoben muß dabei werden, daß in diesem Bestreben dieselben Parteien sie unterstützen, die sie bei der Durchführung des Enteignungsgesetzes hindern, nämlich nicht nur die Konservativen, sondern auch das katholische Zentrum.

Dieselben Parteien, die gern die polnische Hilfe in Anspruch nehmen, ja sich sogar um sie reißen, wenn es sich um ihr Partei- oder Staatsinteresse handelt, tun nicht das geringste, um die Regierung und deren in der Verfolgung des polnischen Volkes übereifrige Organe von der strengsten Durchführung aller ungesetzlichen germanisatorischen Vorschriften, Verfügungen und Schikanen zurückzuhalten.

Wenn also die Regierungskreise, sowohl die konservativen, als auch die des Zentrums, durch ihr allgemeines Verhalten und vielleicht auch durch ihre verbindlichen Erklärungen für die Festigung des Einbruchs sorgen, als ob eine Wendung in der Politik der polnischen Bevölkerung gegenüber bevorstände, um auf diese Weise die polnische parlamentarische Vertretung von einer geradezu feindlichen Stellungnahme zurückzuhalten, so spielen sie ein falsches Spiel. Sie erwecken Hoffnungen, an deren Verwickelung sie gar nicht denken, und indem sie auf diese Weise die polnische Vertretung nach rechts, in die gefährliche Nachbarschaft der Reaktion ziehen, rauben sie der polnischen Gesellschaft den Rest der Sympathien, die ihr einst von den liberalen Parteien entgegengebracht wurden. Wenn gegenwärtig die ganze deutsche Linke, von den grundsätzlichen antipolnischen Nationalliberalen und den freisinnigen Parteien an bis zu den Sozialdemokraten herab, der polnischen Nation gegenüber eine feindliche Haltung einnimmt, so ist dies die Folge des Betretens einer unsicheren Bahn der polnischen parlamentarischen Politik unter dem Einfluß von tendenziös in eigenem Interesse durch das Zentrum und die antipolnische, reaktionäre Rechte genährten Täuschungen.

Die Enteignung wird nicht kommen, und sie würde wahrscheinlich auch nicht stattfinden, wenn die polnischen Fraktionen im Land- und Reichstage eine andere Stellung einnehmen. In der Lage der polnischen Bevölkerung jedoch ist eine Wendung zum Besseren nicht eingetreten, dagegen ist im Abgeordnetenhaus bereits ein Gesetz angekündigt worden, das zweifellos den Herzenswünschen der hakatistischen Kreise entsprechen wird. Es ist die Einbringung eines neuen Parzellierungsgesetzes angekündigt worden, dessen Zweck eine größere Berücksichtigung der Interessen des Großgrundbesitzes bei der Aufteilung des Grundes und Bodens sein soll, als dies bis jetzt der Fall gewesen ist. Es handelt sich darum, entsprechend den konservativen Wünschen, der übermäßigen Zersplitterung der Latifundien und dem Verschwinden größerer Landgüter vorzubeugen. Es wird also wahrscheinlich eine Einschränkung der Privatparzellierung eintreten, jene Einschränkung, deren Bewilligung die Hakatisten noch vor dem Enteignungsgesetze so dringend verlangten und deren unfertige Vorlage seit zwei Jahren im Ministerium gelegen hat.

Wir dürfen uns nicht täuschen. Die Regierung wird sich der Opposition der mächtigen hakatistischen Beamtenclique nicht aussetzen und sich ihrer Hilfe bei den neuen Reichstagswahlen nicht berauben wollen. Und da sie ihr die Enteignung nicht geben kann, wird sie den Versuch machen, sie durch den Erlaß des von ihr gewünschten antipolnischen Parzellierungsgesetzes zu befriedigen. Angesichts der bisherigen Erfahrungen ist die Befürchtung begründet, daß sowohl Sympathie, als auch Freundschaft täuschen werden. Umso mehr ist Vorsicht in der Politik der polnischen Vertretung in Berlin geboten, so lange nicht in dieser Sache eine Entscheidung gefallen ist.

Ein neues und sei es auch antipolnisches Parzellierungsgesetz wird die polnische Gesellschaft vertragen: sie wird Mittel und Wege finden, auf anderem Gebiete den neuen Verlust wieder auszugleichen. Viel schlimmer für sie wäre die Erbitterung über eine sehr unvolkstümliche, das Gefühl der Nationalwürde beleidigende Politik, wenn letztere mit einer grellen Enttäuschung enden sollte.

Aus Nr. 94 des Deutschen Volksblatts für Galizien (Lemberg)

vom 3. Februar 1911:

Die Sprachenfrage.

Ein Gebiet, auf dem unendlich viel gesündigt wird, ist die Sprachenfrage in Galizien. Durch die Ministerialerlasse aus dem Jahre 1860 (4. Juli Z. 2166) und 1869 (5. Juni Z. 2354) ist die deutsche Sprache in Galizien sichergestellt. Ja der Präsidial-Erlaß der k. k. Statthalterei in Lemberg (v. 11. Juni 1869 Z. 3085) schärft den Behörden genaue „Beobachtung und strengste Beachtung“ ein. — Wie diese Verordnungen gehandhabt werden, wissen wir alle. Es fällt den Beamten gar nicht ein, Deutsch als eine völlig gleichberechtigte Landessprache zu behandeln. Die ganze Amtierung ist so gründlich polonisiert worden, daß in der Praxis von der deutschen Sprache kaum etwas übriggeblieben ist. Wo ist ein Gericht, das deutsche Vorladungen schickt! wo ein Steueramt, das deutsche Verschreibungen und Quittungen herausgibt: wo ein Amt, das deutsche Protokolle verfaßt? Besteht ein Deutscher auf dem Gebrauch der deutschen Sprache, so wird er sofort als „Hakatist“ grob behandelt; läßt er sich aber nicht einschüchtern, so beginnt oft ein Rennen und Suchen, um einen Beamten aussindig zu machen, der das Deutsche in Wort und Schrift fehlerlos beherrscht. Unzählige Ämter gibt es in Galizien, in denen kein einziger solcher Beamter zu finden ist! — Wahrlich, die Herren Zentralisten in Wien bis in die höchsten Kreise hinauf würden sich sehr wundern, wenn sie einmal die volle Wahrheit über die Zustände in Galizien erfahren würden.

Der dadurch angerichtete Schaden ist unberechenbar. Es ist ganz sicher: der innere Zusammenhang des Habsburgerreiches lockert sich in dem Maße, in welchem die deutsche Sprache zurückgedrängt wird. Das sollten jene Herren in der Regierung nicht vergessen, die jetzt wieder einem slawisch-kerikalen Kurs zutreiben. (Den Beweis für diesen neuen Kurs liefert das Kabinett Wienerth III und Statthalter Graf Thun in Böhmen.) Ein kraftvolles Großösterreich ohne die Vorherrschaft der deutschen Sprache ist ein Ding der Unmöglichkeit. Ein Beweis für diese Wahrheiten ist der unbewußte Haß der Polen gegen die deutsche Sprache und ihr rücksichtsloser Kampf gegen dieselbe. Sie selbst haben von diesem unsinnigen Kampf allerdings den größten Schaden, denn sie sinken dadurch zu einem Kulturvolk zweiten Ranges herab oder vielmehr sind schon herabgesunken.

In Wissenschaft und Technik stehen die Deutschen ohne Frage an der Spitze. Wer darum die deutsche Sprache nicht versteht, dem ist der Zugang zu diesem Quell der Kultur verschlossen. Wir erleben es ja alle Tage. Wo eine komplizierte Maschine oder dergl. gebraucht wird, da stammt sie aus einer deutschen Fabrik, deutsche Ingenieure und Monteure müssen kommen und sie aufstellen. Man fragt sich unwillkürlich: Ja, es gibt doch so viele polnische Ingenieure, warum machen die das nicht? — Ganz einfach! weil sie's nicht verstehen. Sie können ja kein Deutsch mehr und sind nie

über Krafau hinausgekommen. — So stehts auf allen Gebieten moderner Technik, Wasserbau, Tiefbau, Hochbau usw.

Wir wissen wohl, daß die Polen die deutsche Sprache so hassen und überall ausmerzen, weil sie dadurch den Aufbau des polnischen Königreiches vorbereiten wollen. Aber nur langsam, ihr Herren Polen, das polnische Reich wird nicht entstehen, so lange es ein kraftvolles deutsches Reich und ein mächtiges Rußland gibt.

Weiter haben aber auch die Ruthenen und die Juden Schaden von einer Vernichtung der deutschen Sprache in Galizien. Die Juden wissen ganz gut, daß man mit der deutschen Sprache in der Welt weiter kommt und bessere Geschäfte machen kann, als mit der polnischen. Darum werden die Juden es mit Freuden begrüßen, wenn der Zurückdrängung der deutschen Sprache in Galizien endlich „Halt“ geboten wird.

Ebenso freundlich stehen die Ruthenen der deutschen Sprache gegenüber. In den letzten Jahren geht ein mächtiges Streben durch die Ruthenen, an der mitteleuropäischen Kultur teilzunehmen. Sie wissen eben, daß sie am schnellsten dahin gelangen, wenn sie die deutsche Sprache beherrschen. Darum pflegen sie mit vollem Bewußtsein die deutsche Sprache. Und wir Deutschen? Es ist ein trauriges Blatt aus der Geschichte des galizischen Deutschtums, wie wenig der Deutsche seine Sprache geachtet hat. Wir wollen nicht von jenen reden, die auf das Klopfen an der Tür mit „proszę“ antworten, die ihre Kinder mit Kaziu, Zosiu rufen, die mit jedem polnischen Juden polnisch sprechen, die in den Ämtern polnisch radebrechen, um zu zeigen, daß sie diese Sprache höher achten, als die deutsche. Nein, das sind einzelne. Die Schuld liegt bei der Gesamtheit, welche statt der Rechte der deutschen Sprache zu wahren und zähe zu verteidigen, dieselben verächtlich preisgegeben haben. Hätten die Deutschen 1869 bei Er scheinen der Sprachenverordnungen auf ihren Rechten bestanden und keine Übertretung hingehen lassen, es sähe heute in Galizien ganz anders aus. Heute nimmt jeder Deutsche polnische Zuschriften an (wozu er nicht verpflichtet ist), unterschreibt polnische Protokolle (von denen er nicht versteht) usw. Ja, in den meisten deutschen Gemeinden stellen Deutsche polnische Totenzettel aus, schicken deutsche Gemeindevorsteher polnische Vorladungen. So habens die Deutschen seit 40 Jahren getrieben. Wenn heute die Behörde bei allen Ämtern Erhebungen veranstalten würde, ob die Deutschen je von ihren Rechten Gebrauch gemacht hätten, die meisten Ämter könnten mit einem bedingungslosen „Nein“ antworten, und die oberste Behörde könnte sagen: Wenn die Deutschen selbst von ihren Rechten keinen Gebrauch machen, so heben wir sie einfach auf — und die deutsche Sprache würde aufhören, in Galizien eine landesübliche Sprache zu sein. Auf dem Gebiete der öffentlichen Volksschulen ist es schon soweit gekommen. Das Gesetz kennt tatsächlich in Galizien nur Schulen mit polnischer oder ruthenischer Unterrichtssprache, aber keine mit deutscher!

Leider ist es auf diesem Gebiete seit Erwachen der völkischen Bewegung wenig besser geworden. Der einzelne fürchtet sich, auf seinem Recht zu bestehen. Aus Furcht vor Schaden, d. h. vor der Rache der polnischen Beamten. Meistens kennen die Leute auch die Sprachenverordnungen zu wenig. Hier kanns nur besser werden, wenn ganze Gemeinden einmütig vorgehen und keiner zum Verräter wird um eines vorübergehenden Vorteils willen. Hier liegt noch ein Feld der Betätigung der Ortsgruppen des Bundes.

Gesetzlich hat die deutsche Sprache in Galizien noch weitgehende Rechte, und zwar, was den wenigsten bekannt ist, nicht nur bei den k. k. Behörden, sondern sogar beim Landesauschuß und Bezirksauschuß. Nach dem Gesetz vom 9. April 1907 (L. G. und

B. Bl. 1907 Stück 4) ist der Landesauschuß sowohl, wie der Bezirksauschuß nicht nur verpflichtet, Eingaben von Parteien und Gemeinden in deutscher Sprache anzunehmen, sondern auch in deutscher Sprache zu erledigen. Ebenso sind diese Ämter verpflichtet, Zuschriften an die deutschen Gemeindeämter in deutscher Sprache zu richten. Wenn die Gemeinden in dieser Frage energischer vorgehen würden, würden wir viel schneller vorwärts kommen. Jedenfalls müssen wir dieser für den Bestand des Deutschtums so wichtigen Frage bedeutend mehr, als bisher, unser Augenmerk zuwenden.

Die Volkszählung in Galizien.

Die heutige Volkszählung zeigte wieder einmal klar und deutlich, wie die Polen vielfach auf Kosten anderer leben wollen, nicht nur in materieller Hinsicht, sondern auch in Bezug auf nationale Projektmacherei. Es war urkomisch, in den polnischen Zeitungen täglich all das Gezeter und die Angst darüber zu lesen, daß die galizischen Juden sich nicht mehr zum Polentum bekennen, sondern „jüdisch“ als Umgangssprache angeben wollen. Man bat, man drohte den Juden, sie aber beharrten auf ihrem Standpunkte, und in vielen jüdischen Versammlungen in Galizien wurde beschlossen, an der jüdischen Umgangssprache festzuhalten. Die Angst der Polen vor den Juden ist begreiflich. Wenn sich von den 800 000 Juden 500 000 nicht mehr zu den Polen rechnen, geht die Zahl der Polen um so viel zurück. Jetzt zeigte es sich wieder, wie man in Galizien Polen züchtet. Die Deutschen erkennen überall den Rassenunterschied der Juden an und wünschen kein Aufgehen derselben im Deutschtum, weil dies naturgemäß widersinnig ist, die Polen dagegen sind auf jüdisches Blut veressen. Wer die Machtstellung des Judentums in Galizien kennt, wird die Lüsterheit der Polen auf die Juden begreifen. Man denke sich die Juden aus Galizien weg und Galizien ist finanziell ruiniert.

Die Volkszählung ist in Galizien noch bei weitem nicht abgeschlossen, und schon häufen sich die Klagen auch aus den deutschen Gemeinden über Vergewaltigungen und Ungefehrlichkeiten seitens der polnischen Zählkommissare. Ein polnisches Sprichwort sagt: In Polen macht jeder, was er will. Da nun die Polen in Galizien im Besitze aller Gewalt sind, machen sie eben, was sie wollen. Und wie man's eben in Galizien gewöhnt ist: die Regierung, die Statthalterei erläßt Verfügungen an die Bezirkshauptmannschaften, der Bezirkshauptmann schert sich aber den Teufel um die Verordnungen des Statthalters und handelt nach eigenem Willen. So auch bei der Volkszählung. Der Statthalter versichert schriftlich, daß die Bezirkshauptmannschaften beauftragt wurden, den deutschen Gemeinden deutsche Zählbogen auszufolgen, die Zählkommissare aber beriefen sich bei Vornahme der Volkszählung in den deutschen Gemeinden auf den ausdrücklichen Befehl der Bezirkshauptleute und verweigerten deutsche Zählbogen. Das gesetzlich gewährleistete Recht einer Gemeinde, den Zählkommissär selbst zu stellen, wurde mit geringen Ausnahmen vergewaltigt. Im Bezirke Grodek wurde den Gemeindevorstehern mit 40 K Strafe gedroht, wenn sie sich den Verfügungen des polnischen Zählkommissärs nicht fügen. Überall wurden die deutschen Namen ins Polnische verunstaltet. Auch Beeinflussungen und versteckte Drohungen seitens der Kommissare kamen vor. In Beckersdorf bei Bobhajce waren ein polnischer Beamter und zwei jüdische (!) Studenten tätig. Als einige Deutsche darauf bestanden, als Deutsche eingetragen zu werden, gab ihnen der Kommissär zu verstehen, sie würden besser tun, sich zur polnischen Umgangssprache

zu bekennen. Tatsächlich bekamen es die Kommissare fertig, einige hundert Deutsche als Polen einzutragen. Am meisten hatte man es auf die Kinder deutscher Eltern dort abgesehen, wo sie mangels einer deutschen Schule gezwungen sind, eine polnische zu besuchen. Diese wollte man ohne viel Federlesen zu Polen machen, und der Seelenfang wird wohl auch reichlich gewesen sein. Interessant ist die Volkszählung in Hohenbach gewesen. Das ist das klassische Grab des Deutschtums in Galizien, das von den Polen geschaufelt wurde, denn im Jahre 1900 gab es in dieser großen, reindeutschen Gemeinde nach dem statistischen Ausweis der polnischen Zählkommission 4 ganze Deutsche! Auch heuer hat man daselbst die Preßion ausgeübt, doch hat die wackere Gemeinde der Bezirkshauptmannschaft Mielez einen Protest gegen die Übergriffe des Kommissars eingereicht. Ob mit Erfolg? Wir geben uns keinen Täuschungen hin? Wacker hielten sich auch die Deutschen in Brutental, indem sie, wenn auch auf polnischen Bogen, dennoch das Wort „Deutsch“ in der Spalte Umgangssprache eintragen ließen. Es kann nicht unterlassen werden, auch bei dieser Gelegenheit zu betonen, daß in den deutschkatholischen Gemeinden das größte nationale Unglück der Mangel an deutschen Geistlichen ist. Der polnische Pfarrer richtet seine deutsche Gemeinde in völliger Beziehung zugrunde. So führen die Deutschen in Felizienthal darüber Klage, daß ihr Pfarrer als Zählkommissar alles polnisch eingetragen habe, und sogar in Alzen, dieser strammdeutschen Gemeinde in Westgalizien, sitzt ein Stockpole als Pfarrer. Ist in solchen Gemeinden eine segensreiche Wirksamkeit des Geistlichen möglich? Von allen Seiten laufen beim Bunde Berichte aus den deutschen Gemeinden ein, aus denen hervorgeht, daß der Herr Statthalter von Galizien bei all seinem guten Willen dennoch das eine nicht bedacht haben wird, daß er nämlich unbotmäßige Unterbeamten hat, die sich an seine Verordnungen niemals halten. Wir werden nicht ermangeln, ihm darüber zu berichten.

Aus Nr. 94 des Deutschen Volksblattes
für Galizien (Lemberg)
vom 3. Februar 1911:

Die polnischen Sokolen.

Hierüber führte der Landtagsabgeordnete J. Rozdon in der Budgetdebatte des schlesischen Landtages folgendes aus:

„Die Sokolen oder Falken, weil der graue Falke ihr Symbol ist, sind dem Gesetze gegenüber Sportvereine, wie die deutschen Turnvereine. Darüber hinaus sind sie eminente nationale Vereine der extremsten allpolnischen Richtung. Professor Bernhard, gewiß ein genauer Kenner, sagt von ihnen „sie sind unruhestiftend, durchaus staatsfeindlich, destruktiv wirkend und alle Mittel der politischen Reklame und Massenwirkung anwendend“. Der Verband der preussischen 170 Sokolvereine gab die zehn Gebote des Sokolen heraus; das erste desselben lautet: „Du sollst kein anderes Vaterland haben, als das polnische!“

Aus Anlaß der Kosciuszkofeier im Jahre 1901 schrieb das einflußreiche Tageblatt Dziennik polski vom 22. Januar: „Wir müssen unsere nationalen Kräfte sammeln für einen vielleicht schon in der nächsten Zukunft bevorstehenden, entscheidenden Augenblick.“ Das führende Organ des linken Flügels des Polenklubs, die Nowa Reforma, schrieb aus Anlaß der Kosciuszkofeier in Nr. 243 u. a. folgendes: „Der Präsident der Sokolvereine hob in seiner Festrede hervor, daß die von Kosciuszko vertretene Idee (nämlich die bewaffnete

Erhebung zur Wiederherstellung Polens vom Meere zum Meere), daß diese Idee zur Idee der Sokolvereine geworden ist. Ein anderer Redner, Staszczyk, gab am Schlusse seiner Ansprache der Hoffnung Ausdruck, daß die Zeit, wo auf dem Grabstein Kosciuszkos in Krakau zu dem einzigen dort eingegrabenen Worte: „Kosciuszko“, d. h. dem Kosciuszko, bald ein zweites hinzukommen werde: „Die Befreiten“ („Oswobodzeni“) nicht mehr fern sei. Andere Blätter schrieben damals über die Notwendigkeit, polnische Legionen und neue Grunwaldsiege vorzubereiten.

Greifen wir aus den zahlreichen Berichten über Sokolfeiern einen heraus. Am 16. Mai 1909 beging einer der Lemberger Sokolvereine das Fest seiner Fahnenweihe. Nach dem Berichte des Zentralorganes der Allpolen, des Slowo Polskie, vom 17. Mai 1909, wurde eine Feldmesse abgehalten, nach deren Schluß der die Messe zelebrierende Kirchenfürst in seiner Ansprache seine aufrichtige Freude über die Fortschritte des Sokolentums aussprach und darauf hinwies, daß das auf der einen Seite mit dem Bilde des polnischen weißen Adlers, auf der anderen Seite mit dem Bildnis der Muttergottes, „der Königin Polens“, geschmückte Banner am besten das Losungswort andeute, unter dem das Sokolentum weiterzuschreiten habe.“ Dann heißt es weiter wörtlich: „Gehet also hin in Gottes Namen, so wie die polnischen Ritter, wie Jolkiwski und die Konföderierten von Bar, gehet hin in den Kampf für Glauben und Vaterland, und mögen euch diese Losungsrufe am raschesten dahin führen, was unsere einzige, uns allen gemeinsame Sehnsucht ist: zu einer besseren Zukunft. Schreiten wir zur Befreiung, zur Wiedergeburt des Vaterlandes; Amen.“ Der so sprach, war der Lemberger Erzbischof Wilczewski, von dem ich in einer deutschen Zeitung gelesen habe, daß er aus einer deutschen Bauernfamilie, Bieber, in Wilamowice bei Biala stammte. Und nun erst der Präsident der Sokolen, wie wußte der begeistert vom polnischen Vaterlande zu reden; er sagte unter anderem: „Heute, wo das polnische Sokolentum sich zu einer gewaltigen Organisation entwickelt hat, muß es kämpfen und ohne Unterlaß daran denken und dafür streiten, damit auf unserer Erde immer näher die Freiheit heranrücken möchte,“ und er schloß mit den bezeichnenden Worten: „Denn lange noch müssen wir um das kämpfen, wonach die Seele des Polen mit Sehnsucht ringt: um die Freiheit und die Selbständigkeit unseres Vaterlandes. Diesem Vaterlande Ehre und Ruhm!“ Der also sprach, das war der Bundespräsident des Sokolentums im österr. Teilungsgebiet, und heißt dieser Mann, dessen Seele von so schwerer Sehnsucht nach Befreiung des Vaterlandes erfüllt ist, bezeichnender Weise Dr. Fischer. Es sprach noch der Vizepräsident der Stadt Lemberg, Dr. Eppler; die weiteren Funktionäre erwähnt der Bericht über das Einschlagen der Nägel: Dr. Eppler, Hoffmann, der Obmann des Vereins, Dr. Siegmund, die Frauen Siegmund, Hoffmann, Fischer usw. Slowo Polskie berichtet weiter über den Fahnen schwur: „Es ertönt das Signal; an die Stufen des Altars tritt der Präsident Siegmund, neben ihn der Bannerträger, und während allgemeine Stille eintritt, ertönt der feierliche Schwur: „Bei der in der polnischen Brust unauslöschlichen Liebe zum Vaterlande, bei den heiligen Gebeinen derer, die im Kampfe für die Freiheit des Vaterlandes gefallen, bei dem teuren Wahlpruch und Feldruf des Sokolentums gelobe und schwöre ich im Angesichte des Sokolentums und der polnischen Nation, dieses Banner rein und unbefleckt voranzutragen. So wahr mir Gott helfe und die Königin der Krone Polens!“ Der also schwur, heißt merkwürdigerweise Anton Langner. Es ertönten die Fanfaren, aber nicht etwa mit den Klängen des „Gott

erhalte“, nein, zur „Hymne der Legionen“, die unter Napoleons Führung gegen Österreich stritten, zum Massenchor: „Noch ist Polen nicht verloren“, mit dem die Feier ihren Abschluß fand. Und dieselben Leute singen auch: „Gottes Sonne, strahl' in Frieden auf ein glücklich Österreich“.

Weiß die österreichische Zentralbehörde, daß diese nichtpolitisch sein sollenden Turnvereine sich nur mit Politik beschäftigen?

Die Gründung deutscher Turnvereine wird mit allen Mitteln zu verhindern gesucht, denn diese könnten Politik treiben! Und die Sokolen? Ja, Michel, das ist etwas anderes! Die Sokolen bilden das polnische Heer, mit dessen Hilfe das von den „staatsstreuen“ Polen so heiß ersehnte Königreich Polen errichtet werden muß. Und die österreichische Regierung ist diesen Tatsachen gegenüber blind und taub!

Aus Nr. 44 der Nowa Reforma (Krakau)
vom 27. Januar 1911:

Von jenseits des Ozeans.

In der Bilanz der polnischen Auswanderer in den Vereinigten Staaten für das abgelaufene Jahr nimmt der polnische Nationalbund, der seinen Hauptsitz in Chicago und in zahlreichen Städten Ortsgruppen hat, die erste Stelle ein. Der Bund entwickelt sich günstig, und das abgelaufene Jahr gehört sogar zu den günstigsten. Wie das amtliche Organ des polnischen Nationalbundes Zgoda (Die Eintracht) hervorhebt, wurden im Januar 1910 in den Bund 1928, im Februar 2041, im März 1674, im April 1483, im Mai 1290, im Juni 1424, im Juli 1173, im August 1348, im September 939, im Oktober 1070, im November 1155 und im Dezember etwa 1200 neue Mitglieder aufgenommen. Das macht auf das ganze Jahr 16725 neue Mitglieder aus oder mehr als der ganze Bund vor 11 Jahren im Jahre 1899 Mitglieder zählte.

An Lebensversicherungen hat der Bund im abgelaufenen Jahre 365 000 Dollar oder 1 825 000 Kronen ausgezahlt. Das Bundesvermögen beträgt über eine Million Dollar oder 5 Millionen Kronen. Von den in Aussicht genommenen Unternehmungen hat der Bund zwei ausgeführt, er hat Kosciuszko ein Denkmal errichtet und in Newyork das Vereinshaus für Auswanderer wiederhergestellt. Ein drittes großes Werk wird binnen kurzem ausgeführt werden. Die Bundeskommission wird nächstens die Baupläne und Kostenanschläge für eine höhere polnische Schule in Chicago vorlegen, und die diesjährige Hauptversammlung des Bundes wird wahrscheinlich die endgültigen Beschlüsse in betreff dieser Schule fassen.

Der Verwalter des erwähnten Auswanderungshauses in Ellis Island bei Newyork, P. Blalecki, berichtet in der Zeitschrift Zgoda über die traurigen Szenen, die sich dort aus dem Grunde abspielen, daß viele Auswanderer die verlangten 25 Dollars nicht bei sich führen. In diesem Falle helfen keine Bürgschaften selbst von den Verwandten oder Bekannten; den Auswanderern nach Ellis Island übersandte Geldbeihilfen werden nicht berücksichtigt, denn das Auswanderungsgesetz verlangt, daß der neue Ankömmling sein eigenes Geld und eine Eisenbahnfahrkarte nach dem Bestimmungsorte haben müsse. Trotzdem kommen jedoch tausende Einwanderer, die davon Kenntnis haben oder nicht, hier ohne Geld an und setzen sich der Gefahr aus, zwangsweise die Rückkehr nach Europa antreten zu müssen.

Im Jahre 1910 wanderten nach den Vereinigten Staaten, über den Newyorker Hafen, 1 104 090 Personen aus. Von dieser Zahl kamen 770 000 Personen im Zwischendeck an, davon über 700 000 zwecks dauernder Niederlassung in den Vereinigten Staaten oder in Kanada. Die Mehrzahl der Einwanderer kam aus den Häfen des Mittelmeeres. Die vorstehenden Zahlen sind den amtlichen Rechenschaftsberichten entnommen worden.

In der Angelegenheit, betreffend die in dem römisch-katholischen Bunde vorgekommenen, viele Hunderttausende betragenden Unterschlagungen, fand in Buffalo eine Vorsitzenden-Versammlung von 13 Gruppen dieses Bundes statt. Die Versammlung hat beschlossen, den Bundesvorstand zur Ernennung einer Untersuchungskommission in dieser Angelegenheit aufzufordern.

Wie der in Milwaukee erscheinende Kurjer Polski mitteilt, soll indes in dieser Sache ein Strafprozeß in Chicago gegen den wegen dieser Unterschlagung angeklagten Ostrowski stattgefunden haben. Die Sache wurde bis zum 13. d. Mts. vertagt. Ueber ihren Ausfall ist uns noch nichts bekannt, da die polnischen Blätter dieses Datums aus Amerika noch nicht eingetroffen sind.

Aus Nr. 21 des Kurjer Warszawski (Warschau)
vom 21. Januar 1911:

Korrespondenz des Kurjer Warszawski.

Berlin, den 20. Januar 1911.

Versammlung jugendlicher Hufatisten.

Bis spät in die Nacht hinein dauerte die für gestern abend angekündigte Versammlung der Gruppe „Ostmark“ angehörigen Studenten.

Mit der notwendigen Legitimation versehen, begab ich mich rechtzeitig nach dem oberen Saale des „Residenztheaters“, wo sich bereits ein Gedränge bemerkbar machte. Hinter den Tischen saßen einige Hundert Studenten, der größte Teil von ihnen in ihren bunten Kappen. Einzelne Tische waren von den Mitgliedern des neugegründeten Studentinnenklubs eingenommen, der sich nach Kräften bemüht den älteren Vereinen gleichzukommen und der deswegen an allen Versammlungen der Studenten regen Anteil nimmt.

Auf der geschmückten Bühne steht ein langer weißer Tisch, hinter welchem man zwei junge, sehr junge Studenten sieht, die die heutige Versammlung leiten. Es haben sich neben ihnen niedergelassen: Erzellenz Raschdau, ein ehemaliger Diplomat und der immer mehr berühmt werdende Professor der Volkswirtschaftslehre an der Berliner Universität, Ludwig Bernhard.

Der Saal füllt sich nach und nach vollkommen. Nach einem vom Leiter der Versammlung gegebenen Zeichen, beginnt mit seinen Ausführungen der Gesandte Raschdau. Er ist derjenige, den noch vor kurzem seine Reisen nach Wien führten, um dort seine hafatistischen Ziele zu verkünden. Raschdau ähnelt mehr einem ausgedienten Unteroffizier eines Infanterielinienregiments, als einem Diplomaten. Er spricht sehr gewandt und versichert kein Fanatiker zu sein. Er ist gern bereit, jedem Polen seine Hand zu reichen, sobald dieser die tausendjährige deutsche Kultur anerkennen würde. Raschdau gibt zu, daß die polnische Frage dem Deutschland mehr Verdruß als Nutzen gebracht hat. Friedrich der Große würde sich heute sicherlich erst überlegen, ob er an eine Teilung Polens herantreten solle oder nicht. Wenn er dies getan hat, so geschah es nur darum, weil er befürchtete, daß die Russen auch diesen Teil annektieren würden, die sich zur damaligen Zeit auch sicherlich an den Thoren Berlins eingefunden hätten.

Der Redner besprach hierauf alle diejenigen Fragen, die nach seiner Meinung dem polnischen Element im Osten das Übergewicht geben. Er gelangte zu dem Resultat, daß die Hauptkraft des Polentums im Posen in der Geistlichkeit zu suchen ist, von der 80% der Regierung und der deutsch-nationalen Idee feindlich gesinnt ist.

Raschdau appellierte am Schlusse seiner Rede an die Jugend. Die Jugend solle sich nicht durch die Schwierigkeiten und die lange Zeitdauer des Kampfes abschrecken lassen, sie solle vielmehr scharenweise nach dem Osten ziehen, wo sie dem Vaterlande einen überaus wichtigen Dienst leisten könne, für den eine Belohnung nicht ausbleiben wird.

Ein charakteristisches Trampeln mit den Füßen gilt als Zeichen allgemeiner Befriedigung. Vor dem weißen Tische erscheint Professor Bernhard, der durch daselbe Geräusch von den Studenten begrüßt wird. Bernhard, ein noch junger Mann mit einem sympathischen Äußeren, besitzt die Gabe, die Aufmerksamkeit seiner Hörer über eine Stunde lang an sich zu fesseln und sie nur dann mit sich zu reißen, wenn er dies tatsächlich will. Er kennt die polnischen Verhältnisse ziemlich gut, es ist ihm nichts fremdes, was bei uns vorgeht, und indem er über die polnische Frage spricht, bedient er sich gleichzeitig einer Unmenge von Tatsachen und Anekdoten, die hier nicht aufgeführt werden.

Seine eigentliche Aufgabe ist heute, der Jugend klar zu machen, daß über dem Deutschen Reiche, hauptsächlich aber über Preußen, eine große Gefahr schwebt, da die Politik der Regierung den Polen gegenüber durch Saumseligkeit und den friedlichen Charakter der Regierung immer unruhiger zu werden scheint. Die Regierung scheut vor der Enteignung und will alles das opfern, was wir bereits erbeutet haben. Bernhard geht in der Geschichte der Polenpolitik zurück. Er bespricht der Reihe nach alle die zahlreichen Wandlungen, welche sich in den letzten Jahren in dem Verhalten der preussischen Regierung den Polen gegenüber gezeigt haben. Seit 1½ Jahren stockt bereits die Ansiedlungspolitik. Es ist daher kein Wunder, daß es unter dem Deutschtum Leute gibt, die sich folgendes denken: „25 Jahre lang arbeiten wir ohne jeglichen Erfolg. Ganze Milliarden haben wir bereits geopfert. Es ist daher die höchste Zeit, daß wir uns aus dieser abenteuerlichen Politik zurückziehen

und den uns von der öffentlichen Meinung in Europa infolge des Enteignungsgesetzes aufgedrückten Makel wieder beseitigen!“

Hierauf antwortet Bernhard: So ist's. Die Polen haben durch ihren Fleiß und ihre Ausdauer ungeheure Resultate erzielt, um die wir sie eigentlich beneiden müssen. Heute ist jedoch der Zeitpunkt gekommen, um all ihre Arbeit zu zerstören, und sie wieder auf jene Stufe zu stellen, auf der sie eigentlich stehen müßten!

Das Polentum steht heute auf sehr schwachen Füßen; das ganze Machwerk wankt, es bedarf nur eines guten Willens und die Deutschen werden Sieger.

Die schwache Seite der Polen bildet ihre heutige finanzielle Lage, die nach dem Verlust eines solchen Genies, wie es Prälat Wawrzyniak war, keinen richtigen Leiter hat und im Kampfe mit dem deutschen Kapital unterliegen muß.

Weiter ist der gegenwärtig unter den Polen herrschende Parteihader einer ihrer größten Fehler, der die polnische Volks Gesamtheit dem Ruin entgegenführt.

Einen ganz besonderen schwachen Punkt der Polen finden wir in ihren Religionsunterschieden. Zahlreiche Demokraten nämlich, sowie die Führer der Arbeiterbewegung sind antikatholisch.

Dem harten Druck der letzten 15 Jahre, der der Gesamtheit anscheinend neue Kräfte zuführte, beginnen endlich die Polen zu unterliegen. Dies merkt nun der polnische Adel. Er will sich deshalb mit der Regierung wieder versöhnen und Ruhe haben.

Ein unverbesserlicher Fehler wäre es, die uns zum Frieden gereichte polnische Hand anzunehmen, da gerade jetzt der günstigste Augenblick zur vollkommenen Vernichtung der Polen gekommen sei. Die Regierung darf von der Anwendung des Enteignungsgesetzes nicht zurücktreten, möge sie die deutsche Jugend, die Zukunft der Nation, daran erinnern.

Mit einem andauernden Getrappel dankten die Studenten dem Professor für seinen Vortrag, aus dem ich die charakteristischsten Punkte hier wiederzugeben bemüht bin. Es setzte hierauf unter Gläsergeklirr und Zetergeschrei gegen die Polen eine längere Diskussion ein. Die Jugend soll Resolutionen beschließen, in denen die Regierung zur Anwendung des Enteignungsgesetzes, vor welchem sich bekanntlich die Konservativen fürchten, aufgefordert wird.

